

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechspaltige Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Wochen- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerabend, den 29. Mai 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juni eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
mit der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt
haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises.

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
halts unseres Blattes angesehen. Im

Unterhaltungsblatt

werden wird vorerst zwei kleinere Arbeiten bringen:

„Die Gräfin“ von Hans Röder,

eine Erzählung, die in Berlin spielt, und

„Gottlieb Adler u. Sohn“,

das Charakterbild eines in Russisch-Polen reich gewordenen

deutschen Fabrikanten. Unser nächster großer Roman heißt:

„Cesarine“

und entstammt der Meistersfeder des französischen Roman-
schriftstellers Jean Richpin. Die Handlung setzt ein
mit dem Rückzuge der französischen Ostarmee unter Bourbaki
und endet in der blutigen Maiwoche 1871.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeuteure sowie
unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
ments zum Preise von

1,10 M. für den Monat Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897

unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Lex Rede in zweiter Lesung.

Ein seltsamer Anblick! Im preussischen Abgeordnetenhaus
sämtliche Plätze besetzt, von den breiten Lücken auf der
Ministerbank abgesehen! Fürst Hohenlohe fehlte, die Schönstedt
und von der Rede repräsentierten das preussische Staats-
ministerium, der eigentliche Vertreter der Vorlage
vom Regierungstische war der jugendliche Geheimrath
v. Philippborn. Einig in der Ablehnung der lex Rede und
aller Abänderungsvorschläge waren das Centrum, die Polen
und die freisinnigen Gruppen. Jede der beiden kon-
servativen Parteien hatte zu dem Entwurf der Regierung be-
sondere Verbesserungsvorschläge eingebracht, die von ihnen mit
Zähigkeit, aber ohne Glanz vertreten wurden. Die
kleinen Kniffe parlamentarischer Taktik wurden von dieser
Seite immer wieder von neuem versucht, um die Entscheidung
auf morgen zu vertagen, um so durch die erhoffte Verminderung
der Linken und des Centrums die Knebelung des Vereinsrechtes
durchzuführen. Dieser Versuch mißglückte. Die gesammte Linke
und das Centrum standen fest zusammen, um die zweite Lesung
der Vorlage heute zu erledigen. Aber freilich auch nur darin
war die volle Einigkeit zu erzielen.

Den Nationalliberalen gebührt die Schuld, daß die lex
Rede heute nicht vollständig begraben werden konnte. Hätte
diese Partei, die in ihrer Presse, in ihren Versammlungen
und in der Rede ihres Vertreters in der ersten
Lesung nicht genug scharfe Worte des Abg. Krause gegen
das Werk des Ministers des Innern und gegen die ihm
untergeordneten Organe finden konnte, gehandelt wie sie in
den letzten Wochen gesprochen hat, so wäre von der lex Rede
heute nicht mehr ein Pünktchen über dem i übrig. So aber
lehnten die Nationalliberalen wohl die Hauptbestimmungen des
Gesetzentwurfes ab, sie ließen aber, wenn auch in etwas
abgeänderter Fassung, die noch immer genug gefährliche
Bestimmung in das Gesetz hineinkommen, daß Minderjährige
an politischen Vereinen und Versammlungen nicht teilnehmen
dürfen. Und damit haben die Nationalliberalen es glücklich
erreicht, daß das Abgeordnetenhaus mindestens noch zweimal in
dieser Session Stellung nehmen muß zu der Reform des
Vereinsrechtes, und zwar nicht bloß zu dem, was heute
noch von der lex Rede übrig geblieben, sondern auch zu den
Abänderungsanträgen der Limburg-Stürum, Zedlitz und wie
alle die tapferen Mannesgeister heißen.

Und drei Wochen sind eine lange, lange Zeit für die
Tapferen, die der Fahne der Möller, Bued, Eynern und
Sattler folgen! Wie gewaltig stand heute schon der Ton der
Schmieding und Sattler ab von der Rede des Abg. Krause
bei der ersten Lesung der Vereinsgesetz-Novelle! Und wenn
drei Wochen wieder ins Land gegangen sein werden, hat die
Partei vielleicht schon ganz den alten Ruse der Partei Drei-
scheibe nachgelebt und zur reaktionären Mehrheit die erforder-
lichen Hilfsgruppen abkommandiert. Herr v. Eynern, einer
der Kuser im Streite gegen die Sozialdemokratie, fehlte heute
und der würdige Herr v. Bued, der Generalsekretär des Ver-
bandes deutscher Industrieller, hat seine Gedankenverbindung
mit seinem alten Freunde Herrn von Tausch wieder an den
Tag gelegt, indem er vorerst als einziger seiner Partei für

das preussische Sozialistengesetz Zedlitz'scher Prägung stimmte.
An den Reden der Nationalliberalen konnte man erkennen,
wie sehr sie die Haltung ihres Parteigängers Bued begriffen,
wie sehr ihnen noch die Erinnerung an ihre „Verdienste“ um
das Zustandekommen und die Verlängerung des Sozialisten-
gesetzes in allen Gliedern steck. Die Lehre des Abgeordneten
Krause von der Wirkungslosigkeit polizeilicher und anderer
Gewaltmaßnahmen gegen große geistige Strömungen ist
noch nicht zum anerkannten Grundsatz der nationalliberalen
Partei geworden. Andererseits war es der fast Mitleid erweckenden
Verteidigung seines Kindes durch den Minister des Innern
nicht gegeben, Schwankende umzustimmen.

Was Herr v. d. Rede als Material beibrachte, um die
Nothwendigkeit so tiefingreifender Hemmungen des Vereins-
und Versammlungsebens zu erweisen, war mehr als kläglich.
Zum theil waren die Beispiele schon mehrere Jahre alt und
dabei fast harmlos, zum theil bezogen sie sich auf vereinzelte
Aussagen der in Deutschland nur in sehr wenigen Exem-
plaren vorkommenden Anarchisten, die übrigens von einem so
gewiegten Fachmann wie dem v. Tausch nicht als echte
Anarchisten anerkannt werden, endlich waren nicht alle Bei-
spiele richtig, so nicht die Behauptung, daß der Londoner inter-
nationale Kongress eine Resolution angenommen habe, wonach
Polen wiederhergestellt werden soll. Es existiren unseres
Wissens vier gedruckte von verschiedenen Seiten hergestellte
Kongressprotokolle und zahlreiche Zeitungsberichte über den
letzten internationalen Kongress; in keinem kommt diese falsche
Angabe vor, die Herrn v. d. Rede für die Begründung seiner
Vereinsgesetz-Novelle vor dem preussischen Abgeordnetenhaus
aber gerade gut genug ist!

Mit bloß 13 Stimmen Mehrheit, bei Abwesenheit von
32 Abgeordneten, wurden die hauptsächlichsten Erweiterungen
der Polizeimacht über das Vereinswesen abgelehnt. Viel zu
klein ist diese Mehrheit, um zu der Gewissheit zu be-
rechtigen, daß dieses Abgeordnetenhaus den Entwurf über-
haupt nicht zum Gesetz werden auswirken lassen.

Bis jetzt hat die Reaktion einen Erfolg zu verzeichnen,
das Verbot der Theilnahme von Frauen und Minderjährigen
an Vereinen und Versammlungen, die die Polizei für politische
hält. Was das für unsere Gewerkschaften bedeutet, ist ja
jedermann klar, der die Praxis in Bayern kennt und
für die Reden des Geheimraths Philippborn das nöthige
Verständniß hatte.

Montag soll die dritte Lesung des Gesetzentwurfes statt-
finden und dann kommt noch nach drei Wochen die bei Ver-
fassungsänderungen erforderliche Wiederholung der Abstimmung.

Wir sehen ruhiger als irgend eine andere Partei der
weiteren Arbeit am Vereinsgesetz zu, ist doch das wahrste
Wort, das in der zweiten Lesung gefallen ist, das des Abg.
Porfisch von der Zentrumspartei:

„Das Sozialistengesetz war viel schärfer, und hat trotzdem
nichts ausgerichtet, ja vielsach die sozialdemokratische Be-
wegung intensiver gemacht.“

Die Friedensverhandlungen.

Griechenland troht. Wenn eine Drahtmeldung, welche
die „Neue Freie Presse“ aus Athen erhielt, sich bestätigt, so ist an
eine glatte Abwicklung der Verhandlungen nicht zu denken. Nach
jener Meldung weist die griechische Regierung in einer Note an die
Mächte die türkischen Forderungen Punkt für
Punkt zurück. Das Verlangen einer Kriegschadung sei un-
berechtigt, die Grenzberichtigung durch nichts begründet, die Forderung
eines Auslieferungsvertrags undisziplinär. Durch Aushebung der Rapi-
tulationen würden die griechischen Unterthanen in der Türkei der
türkischen Willkür preisgegeben werden.

In Konstantinopel kommt man der Vermittelung der
Mächte weit mehr entgegen. Die auf die Note der Botschafter ge-
gebene Antwort bespricht zwar die Friedensbedingungen nicht,
zeigt aber die Bereitwilligkeit der Pforte mit den Vorklästern
zu verhandeln, sobald die Formalitäten des Waffenstill-
standes erfüllt seien, und drückt den Wunsch aus, den
Frieden in Pharsala zu unterzeichnen. Auch hat die Pforte
insolge der Schritte der Botschafter die Ausweisungen von Griechen
vorklästert.

Andererseits trifft die türkische Regierung weitere Vorsichts-
maßnahmen gegen Zwischenfälle, die sich etwa doch noch ereignen
könnten. Besonders hält man die Verbände in Bulgarien und
Serbien noch nicht für völlig gefahrlos. Es gehen deshalb noch
immer Truppentransporte an die Gataze dieser Länder aus
Konstantinopel ab und weitere 30 Bataillone sollen aus Syrien
herbeigezogen werden.

Kreta ist von den griechischen Truppen jetzt gänzlich geräumt.
Auch die türkischen bereiten ihre Abreise vor. Es wird sich zeigen,
ob die Mächte in Stande sein werden, Ruhe unter der chaotisch
bewegte Inselbevölkerung herzustellen. Nach einer Meldung der
„Agence Havas“ sind in Kanea brennende Gerüchte ver-
breitet über die Absichten der Inselmänner im Falle der Abreise
der türkischen Truppen. Die Admirale haben den Gouverneur benach-
richtigt, daß sie ihn für etwaige Vorkommnisse verantwortlich machen
würden. Ismail Pascha versprach seinen Einfluß geltend zu machen,
lehnte indessen jede Verantwortlichkeit ab, da der europäische Befehls-
haber die Polizei übernommen habe.

Als nicht sehr ernst zu nehmen erscheint das
Vorkommniß zwischen dem italienischen Heißsporn De Felice
und dem Minister-Präsidenten Kalli. De Felice soll die
Garibaldianer von der Absicht haben abhalten wollen und
Kalli beleidigt haben. Am Mittwoch kam es im Marineministerium
zu einem äußerst lebhaften Austritt zwischen den beiden. Der
Ministerpräsident rief nach der Polizei und beauftragte dieselbe,
De Felice an Bord des italienischen Panzerschiffes im Piräus
zu bringen. Den Kommandanten des Schiffes ließ er

bitten, dem Defelice nicht zu gestatten, wieder griechischen
Boden zu betreten. Darauf machte eine Anzahl Garibaldianer
im Piräus den Versuch, den Festgenommenen zu be-
freien; hierbei entstand ein Streit, bei welchem eine Privatperson
und ein Soldat verwundet wurden. Im Bord der „Sardogona“ ge-
bracht, wurde De Felice am Abend auf die Intervention des
italienischen Gesandten hin und nachdem er versprochen, abzureisen,
ohne weitere Zwischenfälle hervorzurufen, wieder freigelassen. —
Ricciotti Garibaldi schiffte sich mit 1200 seiner Leute in Algäa
auf den von der Regierung zur Verfügung gestellten Fahrzeugen ein.
Um jede Erregung zu verhüten, wird es nur Garibaldi und seinem
Generalstab erlaubt, im Piräus an Land zu gehen. Garibaldi hatte
eine Unterredung mit Kalli, der ihm für die Griechenland geleisteten
Dienste lebhaften Dank aussprach. Die griechische Dynastie aber
wird froh sein, wenn sie diese Geister los ist. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Mai.

Im Herrenhause, das heute den Etat beendete, kam es
bei der Berathung des Kultusetats zu einer lebhaften
Auseinandersetzung zwischen dem unverantwortlichen Freiherrn
v. Stumm und dem verantwortlichen Minister Dr. Boffe.
Es handelte sich keineswegs um einen zufälligen Zusammenstoß,
sondern um einen sorgfältig vorbereiteten Plan. Hatte doch
Herr v. Stumm selbst die Reise nach Friedrichsruh nicht ge-
scheut, um sich bei dem Nationalheros Rath's zu holen! Daß
Fhr. v. Stumm etwas im Schilde führte, war lange bekannt,
und wenn auch das Gerücht, daß er die Absicht habe, den
Kultusminister zu stürzen, vielleicht übertrieben ist, so muß
man sich doch nach seinem heutigen Auftreten auf alles gefaßt
machen.

Bekanntlich hatte Dr. Boffe im Abgeordnetenhaus für den
Kathedersozialismus eine Lanze gebrochen. Aber obgleich er
sofort hinzusetzte, daß er bereit sei, dafür zu sorgen, daß in
Zukunft bei der Besetzung nationalökonomischer Lehrstühle der
Standpunkt der Arbeitgeber mehr als bisher zur Geltung
kommt, hat er doch den Jörn des Allgewaltigen erregt, und
so hielt König Stumm die Zeit zur Abrechnung für gekommen.
Wenn die Auffassung des Ministers über die Kathedersozialisten
richtig wäre, so verdiente niemand mehr den Namen eines
Kathedersozialisten, als er selbst; er würde sich aber diesen
Namen ganz entschieden verbitten, denn an die Stelle des
früheren Kathedersozialismus sei heute eine sozialistische
Demagogie getreten, es werde der Klassenkampf ge-
predigt, gegen das Kapital geheht, ja selbst der Be-
griff des Eigenthums in Frage gestellt. Selbst Prof.
Schmoller, der als Freund der Arbeitgeber gepriesen
werde, habe durch seine Aeußerung, man erwerbe nicht
Millionen, ohne mit dem Armeel das Zuchthaus zu streifen,
bewiesen, daß er weit gefährlicher sei als Liebknecht oder
irgend ein anderer Sozialdemokrat. Allerdings so schlimm wie
Prof. Wagner, der sich darin gefalle, in Arbeiterverjam-
lungen herabzusteigen, sei Prof. Schmoller noch nicht. Wie
wichtig sich Fhr. v. Stumm vorkommt, zeigt die Thatsache,
daß er die bekannte Rede Wagner's in Hochum stenographisch
aufnehmen ließ und dem Minister zur Verfügung stellte, damit
er sieht, daß sie in Wirklichkeit weit schlimmer war, als in
dem dem Minister überreichten Bericht. Wenn es so fort-
geht, so wird Fhr. v. Stumm, der sich nicht scheut, in den
Tagen des Prozesses Tausch den Kriminalkommissar zu spielen,
schließlich für jede ihm unliebsame Persönlichkeit einen eigenen
Spiegel anstellen; seine Mittel erlauben ihm das ja. Zu den-
jenigen, die den Jörn des Gewaltigen erregt haben, gehört
auch Prof. Delbrück, mit dessen Berufung als Nachfolger
Treitschke's er sich nicht einverstanden erklären kann. Es
scheint, als ob sich Fhr. v. Stumm allmählig an die Rolle
eines Ministers gewöhnen will, denn sonst ist seine Aeußerung,
daß er die Verantwortung für die jetzigen Zustände nicht
tragen will, kaum verständlich.

Die Erwiderung des Ministers war kurz, aber theilweise,
bei allem Entgegenkommen gegen den Voredner, recht scharf
und treffend. Er lehnte es ab, sich auf Gesinnungsriederei einzu-
lassen, er müsse auf den Universitäten Parität walten lassen,
denn man könne doch nicht wissenschaftliche Ideen mit Kanonen
bekämpfen; auch stehe ihm kein Mittel zur Verfügung, die
Professoren zu zwingen, im Sinne des Fhr. von Stumm zu
lehren.

Dem Fhrn. v. Stumm schloß sich Fhr. v. Mantuffel
an, der große Befürchtungen für die Zukunft hat. Die
Universitätslehrer Prof. Reinke (Kiel), Prof. Dove und
Prof. Derrburg (Berlin) zersprenten jedoch diese Furcht,
indem sie den patriotischen Sinn der Professoren betonen
und sich dagegen verwahrten, daß ihnen ein ttt Raumann
an die Rodschöhe gehängt wird.

U. a. wurde auch die neulich von sozialdemokratischer
Seite einberufene große Akademie-Versammlung
in die Debatte gezogen. Prof. Derrburg, der selbst nicht
zugegen war, aber ein desto sicheres Urtheil darüber zu haben
glaubte, vertrat die Ansicht, daß diese Versammlung einen
Mißerfolg bedeute und daß die Sozialdemokratie an dem
gesunden Sinne der studentischen Jugend kläglich Schiffbruch
leide. Den Beweis dafür blieb er natürlich schuldig; hofent-
lich werden ihn die Thatsachen eines besseren belehren.

Morgen: Kleinere Vorlagen. —

Verkräftete Sorgen. Daß man das Wärenfell vertheilt, ehe der
Bär erlegt ist, kommt oft vor, daß aber jemand das
eigene Fell vertheilt, ehe er abgeschlachtet ist, das
dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Das Blatt, dem

die Ehre gebührt, dies zum ersten Mal getan zu haben, ist die „Kreuz-Zeitung“. Die Angst, daß die Sozialdemokratie für die nächsten Landtags-Wahlen ein Bündnis mit der Fortschrittspartei abschließen könne, ist dem Junkerblatt in das Hirn geschlagen, und es zerdrückt sich den Kopf der Sozialdemokratie, der es in bekannter Freundschaft den freundlichen Rath giebt, doch ja auf der Hut zu sein, denn, wenn der Zweck des Bündnisses — die Ueberwindung des Junkerthums — erreicht sei, werde die Fortschrittspartei die Sozialdemokraten „so billig als möglich abschinden“. Die gute „Kreuz-Zeitung“! Wie gut sie es mit uns meint! —

Der Prozeß v. Tausch begann heute mit einigen Remonstrationen gegen die Presse, worunter auch eine Beschwerde des Herrn Oberstaatsanwalts gegen den „Vorwärts“. Wenn wir auch diese Stellungnahme der Staatsanwaltschaft begreifen, so haben wir trotzdem heute so wenig Verständnis für das Benehmen des Rechtsanwalts Sello wie vorgestern. Im übrigen verlief die Verhandlung ohne Zwischenfälle, wenn wir davon absehen, daß die unter Aussetzung der Verhandlungen geführten Zwiesgespräche zwischen Staatsanwaltschaft, Präsident, Verteidigung und Zeugen v. Urnub allgemein aufstießen. Großes Erstaunen rief auch die Erklärung des Oberstaatsanwalts hervor, daß er an der Weiterverfolgung des Umstandes, woher Normann-Schumann die Kenntniß der jeweiligen geplanten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei dem bekannten Antisemiten Paasch-Weipzig geworden, kein Interesse mehr habe, trotzdem v. Tausch einen Zeugen hierfür in Aussicht stellte, und daß er den Beweis für die Pressebeziehungen v. Tausch's zu Normann-Schumann als nicht erbracht ansah. Ueber diesen Ausgang wird Herr v. Tausch sehr zufrieden sein. —

Deutsches Reich.

— Zum Nachfolger v. Stephan's soll nun doch, wie eine hiesige Lokalkorrespondenz in Erfahrung gebracht haben will, der Unterstaatssekretär im Reichspostamt Dr. Fischer als Staatssekretär im Reichspostamt ernannt worden sein. —

— Zivilprozeß-Reform. Ueber die im Entwurf fertige gestellten und an die Einzelregierungen versandten Abänderungen der Zivilprozeß-Ordnung berichtet die „Menschl. Allg. Ztg.“:

Die Abänderungen betreffen, soweit sie sich auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und dem Zwangsvollstreckungsgesetz ergeben, vornehmlich die Bestimmungen der Zivilprozeß-Ordnung über das Urtheil, den Ehe- und Entmündigungsprozeß, die Zwangsvollstreckung, den Arrest und das Aufgehobverfahren. Die Ergänzung der Bestimmungen für das Entmündigungsverfahren soll einer größeren Sicherstellung der angeklagten Geisteskranken dienen. Im Interesse des Schuldners ist eine Einschränkung der Pfändbaren Sachen vorgesehen. Auf Grund von Unzulänglichkeiten, welche sich in der Praxis herausgestellt haben, werden einige, übrigens nicht sehr bedeutende Änderungen in einzelnen Bestimmungen beantragt. Von Interesse ist immerhin eine Neuregelung der Stellung der Rechtskonsulenten, wodurch die Ungleichmäßigkeit ihrer Behandlung bei den verschiedenen Gerichten beseitigt werden soll. Nicht unwichtig ist die beabsichtigte Einführung eines ersten Termins ohne Streitverhandlung im Verfahren vor den Landgerichten zur Erledigung einfacher Sachen, bei denen es einer Verhandlung nicht bedarf. Davon wird eine Entlastung der Anwälte und eine Beschleunigung des Prozeßganges erhofft. Die Zustellung von Antwägen soll neben der auf Betreiben der Parteien im amtgerichtlichen Prozeß zugelassen werden nach Analogie des Verfahrens vor den Gewerbegerichten. Es wird damit eine Vereinfachung, Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens bezweckt. —

— Wie die Konfessionäre gegen den beabsichtigten wüthigen Arbeiterschutz agitieren und agitieren wollen, darüber bringt der „Konfessionär“ sehr interessante Details, die in einer Sitzung der Fünfzehner-Kommission der Berliner Damenkonfessionäre beraten wurden. Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß während des Konfessionsarbeiter-Streiks im vorigen Jahre diese Herren sich öffentlich den wohlwollendsten Anstich ihren Arbeitern gegenüber gaben. Jetzt, wo sie es einmal praktisch betätigen könnten, pfeifen sie ganz anders. Sie bräuten schon Machepläne, wie sie es den Arbeitern am besten entgelten können, wenn der Entwurf Gesetz wird. Wenn die Löhne vorher durch Lohnbuch oder Arbeitszettel bekannt gegeben werden sollen, so können nur „niedrige Preise bewilligt“ werden. Die Krankenversicherungssumme muß wieder „vom Arbeitslohn abgezogen“ werden, „denn die Konkurrenz der Arbeiter ist gegenwärtig so groß, daß gar kein Zweifel darüber herrscht, daß das Groß der Arbeiter und Arbeiterinnen immer die Kosten für solche Gesetze zahlen müsse“. Aus Wohlwollen für die Arbeiter ist man deshalb für die Ablehnung der Vorlage.

Um das zu ermöglichen, sollen folgende Schritte unternommen werden. Man will sich überlegen, ob „nicht auf diesen oder jenen Reichstags-Abgeordneten“ eingewirkt werden könne. Weiter soll die Kommission, welche sich mit dem Entwurf beschäftigt, davon überzeugt werden, „daß das Gesetz mit den dazu gehörigen Ausfährungen unmöglich ist; dann, so hofft man, wird sie seine Annahme nicht empfehlen“. Wenn ein Mitglied der Kommission als Referent der Minderheit im Plenum seine Bedenken vorbringe, „daß macht doch einen ganz anderen Eindruck, als wenn das seitens eines beliebigen Reichstagsmitgliedes geschieht“.

Herr Mannheim erbot sich schließlich, entsprechende Schritte zu unternehmen. „Wünschen es die Herren, so werde ich mich mit Herrn Köfke in Verbindung setzen und sehen, ob ich vielleicht auch den Vorstehenden und andere einflußreiche Personen der Kommission sprechen kann“.

So wollen die Großkonfessionäre aus lauter Wohlwollen für ihre Arbeiter den beabsichtigten Arbeiterschutz illusorisch machen. Deshalb sollte ihr Bemühen nicht auch von Erfolg sein. Soll der König Stimm aus dem Saarrevier bloß allein Einfluß haben auf den Gang der deutschen Sozialpolitik? Die Unternehmerproben vom Hausvogelplatz sind doch bald ebenso kapitalträchtig als er! Also! ...

— Ein neues kleines Mittel — eine Leuchtspiritus-Liebesgabe. Die Spiritus-Glählichtlampe hat den den Agrariern selbstverständlich höchst unbequemen Nachtheil, daß bei der neuen Lampe die Kosten für den Leuchtstoff größer sind, als bei der Petroleumlampe. Die beschriebenen Spiritusbrenner beanspruchen vorläufig den Verzicht des Staates auf die bisherigen Einkünfte aus dem Petroleumzoll, diese Summen sollen in Form einer Denaturierungsprämie von 4-6 M. per Hektoliter den ostelbischen Kartoffelschnapbrennern zu gute kommen, so daß der Liter Brennspiritus zu 20 Pf. in den Konsum kommen könnte. —

— Zum Prozeß Tausch. Der Besucher der „Berliner Politischen Nachrichten“ ersucht um Veröffentlichung der folgenden Zeilen:

„Die von Herrn v. Tausch in der gestrigen Prozeßverhandlung über mich und meine Beziehungen zum Zentralverband deutscher Industrieller sowie der Diskonto-Gesellschaft gemachten Mittheilungen sind unwahr. Da ich als Zeuge in dem Prozeß vorgeladen bin, werde ich Gelegenheit haben, an öffentlicher Gerichtsstelle und unter Eid dies näher darzuthun. Victor Schweinburg.“

— Protestkundgebungen gegen die lex Neef fanden statt in Volkmarzdorf, Briß, Dessau, Halle, Neustadt i. Schl., Neustadt b. Magdeburg, Frankenthal i. d. Rheinpfalz, in Galtersdorf und München.

— Aus dem Königreich Stumm. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Saarbrücken: Die auf gestern von national-

liberalen Bürgern einberufenen, von etwa 300 Personen besuchte Versammlung, zu der auch Anhänger verwandter politischer Richtungen eingeladen waren, nahm folgende Resolution an: „Die heutige Wählerversammlung erklärt, fest entschlossen zu sein, bei den nächsten Landtags- und Reichstagswahlen nur solchen nationalgeföhrten Kandidaten ihre Stimme zu geben, die in völliger politischer Unabhängigkeit die Bürgerschaft gewähren, daß sie jedem Versuch einer Beschränkung der versammlungsmäßigen Volksrechte und der politischen Freiheit energisch entgegenzutreten, um dadurch eine Regierungswahl für unser Vaterland zu verhindern zu suchen, wie sie hier in Saargebiet zum Schaden des nationalen und monarchischen Empfindens und in Gefährdung des öffentlichen Friedens ertragen werden müßte.“ Eine weitere Resolution wurde gegen den neuen Vereinseigentwurf angenommen. Aus St. Johann meldet die „Rdn. Ztg.“ unterm 27. d. M.: Die heute in der Tonhalle in Saarbrücken stattgehabte nationale Wählerversammlung nahm u. a. folgende Resolution an: Die Versammlung erblickt in dem neuen Entwurf eines Vereinsegesetzes den Ausdruck eines unbegründeten Misstrauens gegen die politische Reife und Selbständigkeit unseres Volkes. Sie befürchtet von einem etwaigen Inkrafttreten des Gesetzes ein gefährliches Anwachsen politischer Willkür und ersucht daher das hohe Haus der Abgeordneten um vollständige Ablehnung der Vorlage, mit Ausnahme der Bestimmung, welche die Verbindung zwischen den politischen Parteien freigiebt. — Herr v. Stumm, wie wird Euch? —

— Zur Feenpalastfrage. Amtsgerichtsrath Bastrov bespricht in der letzten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ die Frage der „freien Produktendörfer“. Er kommt zu folgenden Schlüssen:

1. Kaufmännische Vereinigungen, welche die im § 1 des Börsengesetzes vorgesehene Genehmigung nicht erhalten haben, sind keine Börsen im Sinne des Gesetzes und genießen die Privilegien der Börse nicht.

2. Daß solche Vereinigungen, wenn sie börsenmäßige Aktionen machen, verboten werden dürfen, ist durch kein Reichsgesetz bestimmt. Die Zulässigkeit solcher Verbote bestimmt sich deshalb nach dem Landesrecht.

3. In Preußen stehen derartige Vereinigungen unter dem versammlungsmäßig garantierten Versammlungs- und Vereinigungsrecht, und dürfen, sofern sie nicht etwa unter freiem Himmel tagen, wegen des Mangels behördlicher Genehmigung nicht verboten werden.

4. Ein staatliches Verbot der Versammlungen im Feenpalast, oder ein Verlangen, für diese Versammlungen eine behördliche Genehmigung einzuholen, erscheint demnach unsittlich. —

Niederhollan bei Zwickau, 26. Mai. (Eig. Ber.) Der vom hiesigen, meist aus Arbeitern bestehenden Gemeinderath als Gemeindevorsteher gewählte Feierschmied Gerber, der bei den oberen Verwaltungsbehörden anscheinend auf einer schwarzen Liste als Sozialdemokrat figurirt, wurde seitens des Bezirksausschusses für obiges Amt abgelehnt. Eine dieserhalb vom Gemeinderath eingelegte Beschwerde wurde von der Kreisoberhauptmannschaft Zwickau als unbegründet verworfen. Nunmehr beschloßen die Gemeindevorsteher, sich an das Ministerium des Innern zu wenden, was jedoch für jeden, der sächsischen Verhältnisse kennt, aussichtslos erscheint. — Der Beauftragte ist übrigens Sozialdemokrat nicht bekannt. Auch die Angelegenheit des sechs mal gewählten und ebensoviel Mal abgelehnten Bergarbeiters Knoll als Gemeindevorstand liegt nunmehr dem Ministerium des Innern zur Entscheidung vor. —

Oesterreich.

Wien, 26. Mai. Abgeordnetenhause. Im weiteren Verlaufe der Sitzung fehlte die Linke ihre bisherige Taktik fort. Es wurden in achtstündiger Sitzung 15 namentliche Abstimmungen vorgenommen, ohne daß es möglich wurde, zur Tagesordnung überzugehen. —

Wien, 26. Mai. Abgeordnetenhause. Die vorgestern unterbrochene Sitzung wird heute durch den Vizepräsidenten Abrahamowicz wieder eröffnet mit der Erklärung, daß er zunächst den Antrag des Abgeordneten Dr. v. Pöschl betreffend die Verlesung der Petition gegen den Ehenhochzeiten Schulantrag zur Abstimmung bringen werde. Pöschl verlangt vor allem namentliche Abstimmung darüber, ob über seine Anträge geheim abgestimmt werden soll, und sodann eine Pause von 10 Minuten, damit das Präsidium sich die Sache besser überlegen könne. Der Vizepräsident ruft den Abgeordneten Pöschl zur Ordnung. Bei der namentlichen Abstimmung wird der Antrag auf geheime Abstimmung unter großer Unruhe abgelehnt. (Die Sitzung dauert fort.)

— Siebzehn parlamentarische Klubs bestehen, wie Wiener Blätter melden, vorläufig im Abgeordnetenhause. —

— Verjährt sind, wie das Bezirksgericht in Wien entschieden hat, die Diebstähle des christlich-sozialen Reichstags-Abgeordneten Rittermayer. Das schwebende Verfahren ist deshalb eingestellt worden. —

Prag, 26. Mai. Wie die „Narodni Listy“ aus kompetenter Quelle erfährt, traf die Regierung bereits Anordnungen, daß in dem Moment, in welchem die deutschen Gemeinden die Eintreibung der landesfürstlichen Steuern einstellen würden, dies durch die Finanzwache geschehen soll. Benachtheiligt wären dann lediglich die Gemeinden und die einzelnen Steuerzahler. —

England.

London, 27. Mai. Das Unterhause nahm heute die erste Lesung einer Vorlage an, durch welche der Gebrauch des metrischen Systems für Maß und Gewicht legalisirt wird. —

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Mai. Folketing. Konseilspräsident Hörring erklärte, daß er die Steuerreformpolitik des zurückgetretenen Ministeriums fortsetzen wolle. Auf eine Anfrage des Führers der Partei der Linken, Christensen-Stabil, ob der Konseilspräsident, gleichwie sein Vorgänger Baron Needy-Thott im Jahre 1898 gethan, die Erklärung abgeben wolle, daß er keine provisorischen Finanzgesetze zu erlassen gedenke, erwiderte der Konseilspräsident Hörring, er wolle kein derartiges Versprechen abgeben, da hierdurch eine Praxis geschaffen würde, für welche er die Verantwortung nicht tragen wolle.

Mit dieser Erklärung wird die Befürchtung bestätigt, daß das neue Ministerium eine Neuauflage des Ministeriums Girup's sein will. —

Italien.

Rom, 26. Mai. Vor dem Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen Pietro Acciarito, der am 22. v. M. den Mordversuch gegen König Humbert unternommen hatte. Der Saal ist von Zuhörern dicht gefüllt, auch viele Damen sind anwesend. Nachdem der Gerichtshof gebildet und die Anklageschrift vorgelesen war, begann das Verhör des Angeklagten. Acciarito, der seine Darlegungen mit Vorwürfen gegen die bestehende Gesellschaft, die er als ungerecht bezeichnete, begann, sagte aus, daß er allein und aus Verzweiflung gehandelt habe, wie andere thun, indem sie sich selbst umbringen. Er habe bei dem Anschlag auf das Leben des Königs in ihm den Vertreter der wohlhabenden Klasse getroffen wollen. Der Anschlag sei von ihm nicht vorher geplant gewesen, sonst würde er eine Bombe verwendet haben. In das Verhör des Angeklagten schloß sich alsdann dasjenige der Zeugen. —

— Im Parlament gab am Dienstag das Verbot des republikanischen Kongresses, der in Florenz stattfinden sollte, den Anlaß zu einer republikanischen Demonstration. Unter stürmischen Rufen auf der Linken: Es lebe die Republik! schloß die Sitzung. Dieser Ruf ertönt jetzt in Italien öfter und öfter. Das Volk genöthigt sich daran; während König Umberto, der Beschützer Crispi's, bei seinen Ausfahrten überall mit eifrigem Schweigen empfangen wird. „Das Schweigen der Völker ist die Lehre der Könige“, sagte Mirabeau vor hundert und sieben Jahren den verblendeten Bourbonen. —

Spanien.

Madrid, 26. Mai. Die Deputirtenkammer nahm alle im Budgetentwurf vorgesehenen Finanzvorlagen an. —

Amerika.

— Kanada's Handelsbeziehungen zu England. Die „Times“ melden aus Ottawa von gestern, daß Haus der Weinen habe das Amendement des früheren Premierministers Zupper, wonach Kanada England wissen lassen sollte, daß es, sobald die vorliegenden Schwierigkeiten beseitigt seien, bereit sei, das Uebereinkommen bezüglich der Vorzugstarife mit England abzuschließen, mit 74 gegen 42 Stimmen abgelehnt. —

Rio de Janeiro, 26. Mai. In der hiesigen Militärschule brach eine Meuterei aus, zu deren Unterdrückung Truppen entsandt wurden. Die Schöler unterwarfen sich, nachdem sie ihre Waffen und Munition ins Meer geworfen hatten. —

Afrika.

— Wieder eine Unglücksbotschaft aus dem KongoStaate. Ueber die Mitte Februar bei der Truppenabtheilung des Majors Verol im Uellegebiete vorgekommene Revolte veröffentlicht der Unabhängige Kongostaat folgende Mittheilung: Kurze Zeit nach der Empörung der zu dem Groß der Expedition des Barons Dhanis gehörenden Abtheilung eingedroener Soldaten fand bei dem Dorfe Mirsi im Uellegebiet zwischen den treugebliebenen Truppen und den aufständischen Soldaten ein Kampf statt, in welchem ein Offizier und zwei Unteroffiziere gefallen sein sollen. Diese Nachricht bedürfte jedoch der Bestätigung. Zwei Offiziere, von denen man annahm, daß sie bei der Empörung der Avantgarde getödtet worden seien, gelang es, sich auf das Fort Avakubi im Uellegebiet zurückzuziehen. — Der Kongostaat erklärt die Nachricht für unbegründet, daß bei einer neuen Meuterei 20 weiße Unteroffiziere, die zu der Expedition des Barons Dhanis gehörten, ums Leben gekommen seien. Der Kongostaat versichert, daß er die Namen aller Ungekommenen, die zu seiner Kenntniß gelangten, veröffentlicht habe. —

Australien.

Auckland (Neuseeland), 1. April. („Rdn. Zeitung.“) Der in Wellington tagende Frauen-Kongress verlangt nun, nachdem Neuseeland den Frauen volles Wahlrecht zugesprochen, daß den Frauen auch jedes den Männern zustehende Vorrecht, Recht oder Amt verliehen werde. Weibliche Bürgermeister giebt es hier schon. —

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am Mittwoch abgehaltenen Sitzung dem Antrag Waden's, betreffend die Kontingenzirung der Zuckerrabrit Wagbäuel für das Betriebsjahr 1896/97 die Zustimmung ertheilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen der Beschluß des Reichstags zu dem von den Abgeordneten Nicker und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend das Vereinswesen, und der Antrag Sachsens, betreffend die Ermächtigung des Steueramts Merxens zur Eingangsabfertigung von hartem Koniumgarn aus Glanzwolle. Der Beschluß des Reichstags zu einer Petition wegen Rückzahlung von Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung wurde dem Reichstagsrat überwiehen, und Anträge auf Bewilligung von Ruhegehältern an Reichsbeamte wurde stattgegeben. Schließlich wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —

Die Kommission für die Novelle, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung und des Krankenversicherungs-Gesetzes (Konfessionswesen u.) hat zum Vorsitzenden Abg. Frhrn. v. Hertling (B.) gewählt, zum Stellvertreter Frhrn. v. Segl zu Bernshelm (noll.).

Im Herrenhause hat Graf v. Kleist-Schmenzin folgende Interpellation eingebracht: Beabsichtigt die königliche Staatsregierung Maßregeln zu treffen, um die vielfach hervorgetretenen Mängel bei der Veranlagung zur Einkommensteuer zu beseitigen?

Partei-Nachrichten.

Der dritte polnisch-sozialdemokratische Parteitag war von der polnischen Parteiliste auf Pfingsten nach Posen einberufen. Da den dortigen polnischen Genossen seit Jahresfrist ein Lokal zu Vereins- und öffentlichen Versammlungen zur Verfügung stand, so glaubte man dem Wirth desselben, daß er seinem Versprechen, den Parteitag in seinem Lokal abhalten zu lassen, treu bleiben würde. Dieser Glaube hat sich als trügerisch erwiesen. Der Wirth verweigerte sein Lokal. Er hat die lang ersehnte Tanzgesellschaft erhalten und meint wohl, daß er die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr braucht. Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie wird nun am 1. und 2. Pfingstfeiertag in Berlin und zwar im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c, abgehalten. Woraus zu erhellen, daß auch gegen die Sozialdemokratie unter den Polen kein Kraut gewachsen ist! —

Die Sozialdemokratie Sachsen-Meinungen hält am zweiten Pfingstfeiertag im Schießhaus in Gräfenhain ihren 5. Parteitag ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Reichstagsbericht der Kreisvertrauensleute. Referenten Paul Geige-Pöhm und B. Ed. Wehder-Sonneberg; 2. Bericht des Landtags-Abgeordneten Wehder über seine Thätigkeit im Landtag; 3. Die Agitation für die Land- und Reichstagswahlen. Referenten Wehder und Reishaus; 4. Die Organisation einer Preßkommission. 5. Sonstige Anträge.

Für das russische Oberland ist eine Parteikonferenz auf den 2. Pfingstfeiertag nach Schleiz einberufen. Das nähere wird noch bekannt gemacht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Parteigenosse Storch in Stettin wurde als Redakteur der Zeitschrift „Der Pommer“ vom dortigen Landgericht zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er über die Gesunde-Ordnung geschrieben hat, sie gestalte der Herrschaft, das Gesunde durchzuwürgen“. Das Gericht erklärte, daß Gesetz spreche nur von „leichter Nüchtigung“. Die Frage, ob die Gesunde-Ordnung eine staatliche Einrichtung sei, wurde vom Gericht verneint.

— In einem Gerichtsbericht der „Volksmacht“ in Breslau war von dem dortigen Polizeikommissar Eder gefaßt worden, er habe unseren Anhängern einen Saal abgetrieben, wo sie gesellige Zusammenkünfte abhalten wollten. Der Polizeikommissar stellte wegen Verleumdung Strafantrag, die Staatsanwaltschaft nahm sich seiner im öffentlichen Interesse an, der Prozeß endete aber vorm Landgericht mit der kostenlosen Freisprechung des angeklagten Redakteurs Jahn, während Staatsanwalt Dr. Reil 14 Tage Gefängniß beantragt hatte. Die Freisprechung erfolgte im Anschluß an die Ausführungen des Verteidigers Hein, der gefaßt hatte: Der Vorwurf der „Saalabtreibung“ schließt durchaus nicht die Behauptung ein, Herr Eder habe versucht, den sozialdemokratischen Frauen auf illoyale Weise einen Saal zu entziehen. Nachdem zwei gesellige Zusammenkünfte abgehalten werden konnten, seien die späteren aufgelöst worden. Unter solchen Umständen könne man es den Sozialdemokraten doch nicht verdenken, wenn sie gegen gewisse Personen ungehalten werden. Dem Angeklagten sei darum auch unbedingt der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. zu gewähren.

— Der Parteigenosse Otto Schneider in Döblich bei Gera sollte im Gemeinderathe bei der Verathung über eine Erhöhung des Gehalts des Bürgermeisters Wendler diesen durch eine Kritik seines Verhaltens beleidigt haben. Der Bürgermeister stellte Strafantrag, das Schöffengericht in Gera sprach aber unsern Genossen Schneider frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

Gewerkschaftliches.

Die Töpfer werden hiermit nochmals ganz besonders darauf hingewiesen, daß ihre Kollegen in Rostock sich im Streik befinden. Die Rostocker Kollegen legen die Arbeit nieder, um ihren früheren Lohnsatz, der von den Unternehmern, ohne jeden ersichtlichen Grund, ganz willkürlich reduziert worden war, wieder zur Geltung zu bringen. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Vom Streikkomitee der Fischer in Moskau wird uns telegraphisch mitgeteilt, daß 25 Fischer von Berlin dort eingetroffen seien. Die Berliner Fischer werden ersucht, den Zugang nach Moskau abzuhalten, um ihren Kollegen den Lohnkampf nicht zu erschweren.

Die Klage der Buchdrucker Gsch, Kressin und Genossen gegen den Vorstand des Buchdrucker-Verbandes wegen des Ausschusses der Kläger aus dem Verband sollte gestern in Berlin vor der VI. Zivilkammer am Landgericht I verhandelt werden, wurde aber bis zum 24. September vertagt, um dem Anwalt des beklagten Verbandes Gelegenheit zu geben, auf einen Schriftsatz des Klägerischen Anwalts zu antworten.

Für die streikenden Neu-Isenburg Wäschereien gingen fernere ein: Von den Plätterinnen Berlins 20.—, Von Kölnener Genossinnen 20.—, Von Chemnitzer Genossinnen 20.—, Von Erfurter Genossinnen 9.—, Auf Listen: Nr. 14, 86 16,55, Nr. 82 11,35, Nr. 88 5,80, Nr. 84 11,80, Nr. 18 13,90, Nr. 85 12,05, Nr. 91, 92, 93, 94, 95 12,35, Summa 152,60. Bereits quittiert 556,80. Zusammen 709,10 M. Weitere Beiträge nimmt dankend entgegen: Frau Wengels, Fruchtstr. 90.

Deutsches Reich.

Au die Arbeiterschaft Deutschlands!

Das Ausblühen in der Textilindustrie, das sich auch für die Aktionäre der „Jutespinnerei und Weberei Bremen“ in einer Steigerung der Dividende — für 1896: 12 pCt. — bemerkbar machte, zeitigte für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht etwa gleichzeitig eine Verbesserung, sondern einen stetigen Niedergang der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Mehr und mehr wurde in den letzten Jahren das Loos der ohnehin schlechtestgestellten Arbeiterkategorie ein unerbittliches. Löhne für verheiratete Arbeiter von 14—16 M. für 14 tägige Arbeitsleistung sind keine Seltenheit. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen ist ebenfalls 14—15 M. pro 14 Tage. Dazu kommt für diese die denkbar unwürdige Behandlung. Gemeinsames Umkleiden der männlichen und weiblichen Arbeiter in einem Raum war an der Tagesordnung. Einen Forderungsspruch auf Verbesserung warf in diese elenden Zustände die anfangs dieses Jahres erfolgte Gründung einer hiesigen Filiale des Textilarbeiter-Verbandes. Die Arbeiter und Arbeiterinnen schlangen sich zu Forderungen auf. Nachdem nun vor einigen Wochen die Jutespinnereien mit Hilfe des Eingangsamtes einen Teil ihrer Forderungen erreicht hatten, legten vor ca. acht Tagen — da die auch ihnen versprochene Lohnaufbesserung nicht gehalten worden war — die Weber und Weberinnen, circa 400, die Arbeit nieder. Die Direktion wollte jedoch ihre „Macht“ fühlen lassen, ließ sich nur zu geringen, unannehmbaren Zugeständnissen herbei und wies sogar die Anrufung des Eingangsamtes in schroffer Weise ab. Um einen Sieg der Weber und Weberinnen zu ermöglichen, stellte eine Versammlung in miltärischer Abtheilung der in der Jutespinnerei Arbeitenden Forderungen auf und drohte den Generalstreik an. Nunmehr beugte sich die Direktion in nicht unbedeutenden Zugeständnissen an die einzelnen Abtheilungen — ausgenommen die Weber und Weberinnen — und knüpfte die Gewährung der Zugeständnisse an die Bedingung der ungesäumten Bedingungslosigkeit der Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Weber und Weberinnen. Dieses Ansinnen wurde beantwortet durch Arbeitsniederlegung sämtlicher Jutespinner, Vor- und Anspinner und Abschneider, was die Direktion zwang, ihrerseits die Arbeiter der anderen Abtheilungen fast ausnahmslos zu entlassen. So sind augenblicklich circa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen theils ausständig, theils ausgesperrt im Kampf um die Erringung einer menschenwürdigen Existenz. Das vom Gefühl echter Solidarität getragene Verhalten der Jutespinner verdient das höchste Lob; es verdient aber auch, daß die Arbeiterschaft Deutschlands es sich zur Pflicht macht, diese aus bitterem Elend zum Kampfe getriebenen Arbeiter und Arbeiterinnen materiell und moralisch zu unterstützen. Ihr Sieg bedeutet die Erhaltung und Kräftigung ihrer Organisation, diese aber einen Fortschritt in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, dem der politische Fortschritt dieser Arbeiter, soweit sie noch unausgeklärt, folgt. Darum Solidarität!

Zugang ist streng fernzuhalten. Unterstützungsgeelder werden entgegengenommen von Job. Wenneemann, Jacobikirchhof 6. Der Vorstand des Vereins der Textilarbeiter. Zahlstelle Bremen.

Die Scheibentöpler in Muskau, die ca. 5 Wochen im Auslande waren, sind, wie uns der Vorstand des Verbandes der Töpfer und Ziegler mittheilt, mit ihren Forderungen durchgedrungen. Sie erhielten ein einheitliches Jubiläumsgeld und gleiche Bezahlung in allen Fabriken. Die Lohnaufbesserung beträgt mit geringen Abweichungen 10 bis 20 pCt.

In **Breslau** sind noch 40 Fischer im Auslande, und zwar dort, wo die neuerlichen Abmachungen mit den Vertretern der Unternehmer nicht respektiert werden. Im Laufe der nächsten Woche wird sich, wie die „Volkswacht“ mittheilt, der partielle Streik wahrscheinlich noch ausdehnen; speziell kommen Fischer in Betracht, die auf sogenannter erlerter Arbeit beschäftigt sind.

Zum **Fischerstreik in Stettin** wird uns geschrieben: Die Situation ist nach der Aufhebung des Generalstreiks für die Ausständigen keineswegs günstiger geworden. Im Gegentheil, die Unternehmer verlangen jetzt die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Nun wurde der Lohnkommission anheimgestellt, brieflich sich an den Arbeitgeber-Verband zu wenden. Bis jetzt haben 13 Meister mit 40 Gesellen die Forderung der Arbeiter bewilligt. Zu unterstützen sind für diese Woche 170 Verheiratete mit 272 Kindern und 84 Ledige.

Aus **Hessburg** wird gemeldet, daß ein großer Theil der am Bau der Schmalspurbahn von Cravenstein nach Kpenrade beschäftigten Arbeiter im Streik steht, um die Erhöhung des Stundenlohnes von 25 auf 30 Pf. durchzusetzen.

In **Magdeburg** beträgt die Zahl der streikenden Fischer zur Zeit 166, davon sind 123 verheiratet. Abgereist sind 18 Streikende. Die Zahl der vom Streik betroffenen Geschäfte beträgt 80.

Ueber die **Lohnbewegung im Erfurter Baugewerbe** berichtet die „Thüringer Tribüne“: Ausgesperrt wurden am vergangenen Sonnabend 850 Maurer, hiervon reisten 45 ab. Die Arbeit wieder aufgenommen haben infolge Bewilligung der Forderungen am Montag 40 Maurer bei 6 Unternehmern. Zu den alten Bedingungen bis Ablauf der Kündigung arbeiten 22 Mann. Ersatzkräfte für die Ausgesperrten haben sich 20 gefunden, jedoch keine von auswärtig. — Die Lage des **Zimmererstreiks** ist unverändert.

Der **Maurerstreik in Sonneberg** ist so gut wie beendet. Die Maurer verhandeln über die Köpfe der Streikkommission weg mit ihren früheren Meistern. Die Forderungen, um dem Willen der Kampf begann, sind daher nicht durchgesetzt worden, immerhin ist im allgemeinen eine Lohnerhöhung erreicht.

Aus **Geringswalde i. S.** wird uns von theilhaftiger Seite geschrieben: Der seit dem 1. April durch Ausperrungen von den hiesigen Stuhlfabrikanten provozierte Streik wird jetzt heftiger geführt als bei Beginn. Der Fabrikantenting hatte gehofft, durch seine energischen Maßregeln die Organisation der hiesigen Stuhlarbeiter zu zertrümmern, darin hat er sich aber getäuscht. Von den 314 Mann, die die Arbeit niederlegten, sind bisher nur 26 wieder in die Fabriken zurückgekehrt. Ganze 8 Mann haben sich von auswärtig gefunden. Mit den 43 von Anfang an stehen gebliebenen sind also zusammen nur 77 Arbeiter in den vier größten Fabriken am Plage thätig. Daß den Fabrikanten nicht sehr wohl zu Muth ist, weiß jeder; aber die Herren haben sich bei 8000 M. Konventionalstrafe verpflichtet, auszuhalten, und was das originellste ist, die betreffende Urkunde soll behördlich gestempelt sein. Ein Fabrikant erklärte den Arbeitern gegenüber, daß er gern von seinen Verpflichtungen dem Kartell gegenüber zurücktreten möchte,

aber der Bürgermeister habe an seine Ehre appellirt und deshalb könne er nicht. Im Anfang verhielt sich unsere Behörde den Streikenden gegenüber in der Offenheit passiv, das heißt sie handhabte das sächsische Vereinsrecht so, wie eine pflichtgetreue Behörde in Sachsen das eben ganz selbstverständlich thut. In letzter Zeit hat sie ihre Pflicht aber in ganz besonders eifriger Weise erfüllt. Die Holzarbeiter Mohs und Weusch aus Leipzig, die ihre Kollegen in Geringswalde bei dem Streik durch Verleumdung unterführten, wurden auf sechs Monate aus der Amtshauptmannschaft ausgewiesen. Außer der 1. Mai-Versammlung wurden nach einander drei Versammlungen der Streikenden verboten. Mündlich begründete der Bürgermeister diese Maßregel damit, daß Versammlungen nur noch genehmigt würden, wenn sie zur bedingungslosen Beilegung des Streiks einberufen würden, weil die Streikenden sich auf ungesetzmäßigen Wege befänden. Die Fabrikanten, die sich bis heute noch nicht haben bewegen lassen, ihren Arbeitern die Legitimationspapiere herauszugeben, befinden sich hoffentlich nach Annahme des Bürgermeisters auf ganz gesetzmäßigen Wege, warum sollte er auch anders denken? Hat doch das Schöffengericht in diesem Falle ebenfalls zu Gunsten der Fabrikanten entschieden! Erst das Landgericht wird hier Remedur schaffen — hoffentlich. Aber bis dahin ist auch das Vierteljahr verstrichen, auf welche Zeit sich die Fabrikanten dem Kartell verschrieben haben, und dann werden sie sich vielleicht bedanken, noch weiter den vor allem für sie aussichtslosen Kampf weiterzuführen. Die besten Geschäfte bei diesem Kampfe machen die Kleinfabrikanten. Diese waren nämlich so heile, sich dem Kartell nicht anzuschließen, und da es infolge des Streiks nicht an Arbeitskräften mangelt, haben sie fast ausnahmslos ihren Betrieb verdoppelt. Die Holzarbeiterorganisation, die von den 550 Stuhlarbeitern in Geringswalde ca. 500 zu ihren Mitgliedern zählte, war früher in der Umgegend nur schwach vertreten. Durch den Streik sind auch die dortigen Kollegen aufgewacht; in Waldheim hat sich die Mitgliederzahl der Organisation um 200, in Mittweida um 80 gesteigert und in Hartha und anderen Orten verdoppelt. Man sieht aus alledem, die Geringswalder Stuhlarbeiter sind ein wackeres Völkchen, und es lohnt sich wohl, daß die Arbeiterschaft aller Orten dieser tapferen Schaar opferbereit zur Seite steht, einerseits, um die letzten Wochen vor Ablauf des Fabrikantenvertrages die Arbeiter über die bitterste Noth hinwegzubelassen, andererseits aber auch, um den Fabrikanten den Muth zu nehmen etwa doch noch eine längere Kraftprobe zu versuchen.

In **Sachen des Wäschereistreiks in Neu-Isenburg** beschloß in Frankfurt a. M. die von der dortigen Ortsgruppe des bürgerlichen Allgemeinen deutschen Frauenvereins veranstaltete öffentliche Versammlung nach einem Vortrag der Frau Färth, daß zunächst eine aus 6 Unternehmern und 8 Arbeiterinnen und dem Bürgermeister von Isenburg als Vorsitzendem bestehende Kommission die Angelegenheit untersuchen soll. Eine Resolution, worin erklärt wird, daß die Frankfurter Frauen die Streikenden durch materielle Beihilfe und nöthigenfalls durch Entziehung der Anträge gegenüber den Wäschereibesitzern unterstützen wollen, wurde zur Warnung wiederholt verlesen, kam jedoch vorläufig nicht zur Abstimmung.

Die Streikkommission theilt mit, daß nun wieder Aussicht auf eine Verständigung mit den Unternehmern sei, ersucht aber die Sammlungen fortzusetzen, so lange der Streik nicht für beendet erklärt ist. Ausständig sind noch 112 Arbeiterinnen. 20 Wäschereibesitzer haben bewilligt.

Die **Trambahnbediensteten in Mannheim** beschloßen, sich zu organisiren und Forderungen zu stellen. Sie müssen jetzt zum theil 16 Stunden täglich im Dienste sein, und der Lohn steht mit dieser anstrengenden Arbeitsleistung nicht im Verhältnis.

Aus **München**. Die Differenzen in der Werkstatt des Hof-Schuhmachers Wanningers sind beigelegt. Die Meister haben das Verhalten Wanningers mißbilligt und die Kommission der Innung und die Streikkommission der Arbeiter zu einer Zusammenkunft ein, wo die Angelegenheit ins gleiche gebracht wurde. Am 28. Mai ist bei Wanningern die Arbeit wieder aufgenommen worden. In der Zusammenkunft beschloß man noch, daß bei künftigen Differenzen in einer Werkstatt sofort die beiderseitigen Kommissionen zusammenzutreten haben.

Die Zahl der streikenden Töpfer betrug am 26. Mai 122, nachdem im Laufe der Woche 15 abgereist waren. Bewilligt haben 38 Meister, der dritte Theil aller Töpfermeister Münchens. Zugang ist streng fernzuhalten.

In der **Neubentnisch Fabrik optischer Instrumente** sind 10 Arbeiter wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen worden; weitere Entlassungen stehen bevor. Von 20 organisierten Arbeitern sind nur zwei dem Ansinnen nachgekommen, aus dem Verband auszutreten. Zugang ist fernzuhalten.

Soziales.

Der **Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts** (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hielt gestern eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Zur Berathung stand folgender, von 30 Arbeitgeber-Beisitzern gestellter Antrag:

Die Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß Innungs-Schiedsgerichte an denselben Orten nicht neu errichtet werden dürfen, an denen Gewerbegerichte bereits bestehen, und daß nach dem Inkrafttreten der Novelle errichtete Innungs-Schiedsgerichte aufgelöst sind, sofern für den betreffenden Bezirk Gewerbegerichte errichtet werden.

Auf Grund eines umfangreichen Materials wurde der Antrag von dem Arbeitgeber-Beisitzer Fabrikanten Weigert eingehend begründet und, nachdem in der Debatte das Material gegen die Bestimmungen der Novelle zur Einschränkung der Gewerbegerichte vielseitig ergänzt worden, gegen eine Stimme angenommen. Die Beschlüsse werden den zuständigen Behörden durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zukommen. Getrennt hiervon wollen die Ausschußmitglieder der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Mitgliedern des Reichstages eine eingehende Begründung ihrer Ansichten über den Antrag zustellen.

Soziale Rechtspflege.

Die **Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft** hat in ihrer Arbeitsordnung eine Bestimmung, wonach Arbeiter, die infolge eigenen Verschuldens einen Akkord nicht fertigstellen, aus diesem Akkord nur auf den Stundenlohn Anspruch haben, den sie als Akkordvorschuß wöchentlich ausgezahlt erhalten. Das heißt, es wird ihnen dann nur die Zeit nach dem Stundenlohn berechnet, welche sie auf die betreffende Akkordarbeit verwenden; von dem eventuellen Akkordüberschuß, der Differenz zwischen dem Vorschuß und dem ganzen Akkordsatz, erhalten sie keinen Pfennig. Dies Verfahren war gegen den Decher M. angewendet worden. Der Arbeiter protestirte jedoch dagegen durch eine Klage beim Gewerbegericht, indem er 17,80 M. von der Gesellschaft beanspruchte. Er machte geltend, durch Krankheit an der Fertigstellung zweier Akkorde verhindert gewesen zu sein, auch habe er sich durch eine Postkarte entschuldigt. Der Vertreter der beklagten Firma bestritt, daß M. krank gewesen sei und der Werkmeister sagte aus, er habe die angeblich an ihn adressirte Entschuldigungskarte nicht bekommen. Der Kläger blieb mit der größten Entschiedenheit bei seinen Angaben. Einen Arzt will er deshalb nicht in Anspruch genommen haben, weil seine Krankheit ein älteres, periodisch auftretendes Leiden gewesen sei. Ein ärztliches Attest konnte er darum nicht beibringen. Aus der Verhandlung sind noch zwei Angaben des Betreters der Beklagten recht interessant. Hiernach hat der Arbeiter, der den einen Akkord fertigstellte, den ganzen Akkordrest von 7,40 M. für 10 1/2 Stunden erhalten. Kläger meinte hierzu, er hätte nur ein paar Stunden gebraucht. Den anderen Akkord haben zwei Arbeiter vollendet, und sie erhielten für vier Stunden 10,40 Mark „Akkordrest“. Der Vorsitzende der Kammer V. Affeser Hellwig, verlangte den genauen Nachweis, daß der Kläger gerade an den Tagen krank gewesen sei, wo er der Fabrik fernblieb. M. schlug schließlich seine

Mutter als Zeugin vor. Ihr Zeugnis hielt der Gerichtshof aber für unerschütterlich. Kläger wurde mit der Begründung abgewiesen, er hätte nachweisen müssen, daß nicht durch sein eigenes Verschulden die beiden Akkorde liegen blieben. Da er es nicht vermocht habe, die behauptete Erkrankung nachzuweisen, müsse er den Schaden tragen. Hätte nicht in dem hier berichteten Falle die Beklagte ihre Behauptung, daß den Kläger ein Verschulden treffe, beweisen müssen? Wäre nicht nach rechtlichen Grundsätzen beweisen, wer bestraft?

Die **Frage, ob Geflügel-schlächtereien Schlächtereien im Sinne des § 16 der Gewerbeordnung** sind, hatte der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung zu entscheiden. Dem Bericht lagen zwei fast gleiche Rechtsfälle zur Prüfung vor. Der Gänsewäher Hübner in Briesen und der Geflügelhändler Iden in Mariendorf wurden von den Behörden aufgefordert, die Erlaubniß zum Schlächtereibetriebe in der im § 16 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Weise nachzusuchen. Die Polizei erblidte die Merkmale eines Schlächtereibetriebes darin, daß sie ihre zweibeinige Waare vor dem Verkauf massenhaft töteten. Hübner und Iden beschritten den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte zu ihren Gunsten und führte aus: Nach dem Sprachgebrauch zur Zeit des Erlasses der preussischen Gewerbeordnung von 1845, sowie nach dem beim Erlass der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezogen sich die Begriffe Schlächthaus, Schlächtereien, Schlächter auf keinen Fall auf das Schlachten von Geflügel und Fischen. Auch habe sich der Minister für Handel und Gewerbe in einer Auskunft in diesem Sinne ausgesprochen. Die Geflügel-schlächtereien seien also nicht unter den § 16 der Gewerbeordnung.

Gerichts-Beitrag.

Ein schweres Vergehen im Amte ließ sich der Polizeiwachmeister Richard Hartleb dadurch zu schulden kommen, daß er die auf dem Polizeibureau abgegebenen werthvolleren Fundgegenstände sich aneignete und die diesbezüglichen Protokolle vernichtete. Sein Vergehen entschuldigte der Angeklagte damit, daß er infolge eines leichtfertigen Lebenswandels tief in Schulden gerathen war. Seine Gläubiger machten sogar Mitteilung dem lgl. Polizeipräsidenten und die Behörde ließ ihm eine Verwarnung zugehen mit der Androhung, daß im Wiederholungsfall seine Entlassung erfolgen würde. Der Wiederholungsfall trat ein und Hartleb wurde gestern zu 1 1/2 Jahren Gefängniß und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.

Wegen öffentlicher Beleidigung hatten sich gestern die Arbeiter bezw. Steinträger Bernhard Gebert und Wilhelm Jung vor der vierten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. In der Bismarckstraße zu Charlottenburg fand am 20. Oktober v. J. eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, in welcher viel Beschwerden laut wurden über das leichtfertige Spiel, welches von seiten vieler Bauunternehmer mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter getrieben werde. Es wurde ausgesagt, daß es an Schutzvorrichtungen oft gänzlich mangelte, daß die Stagen häufig nicht rechtzeitig oder gar nicht abgekratzt wurden und daß dazu verwandte Holzwerk oft verkauft sei. Die beiden Angeklagten behelligten sich an der Debatte. Gebert führte mehrere Fälle aus seinen persönlichen Erlebnissen vor und setzte hinzu, daß die Polizei „gespici“ worden sei, und wenn das geschehe, dann könnten die Unternehmer machen was sie wollten, die Polizei sehe absolut nichts. Der Angeklagte Jung nannte speziell den Schutzmann Hellmer, der mit seinem Bauherrn und Bauunternehmer „geoffen“ habe. Der überwachende Polizeileutnant erlittete Bericht, es wurde Anklage erhoben und das Charlottenburger Schöffengericht verurtheilt jeden der beiden Angeklagten zu zwei Monaten Gefängniß. Gegen dieses Urtheil legten die Angeklagten Berufung ein. Gebert beschränkte seine Berufung auf das Strafmaß, er bat nur um eine geringere Strafe, Jung dagegen behauptete, sich in ganz anderem und harmloserem Sinne ausgesprochen zu haben, außerdem wollte er den Beweis der Wahrheit führen, weshalb eine umfangreiche Beweisaufnahme stattfand. Die Beauftragten sagten die Anklage, indem sie den Wortlaut der Beleidigungen in der inkriminierten Form bestätigten, andererseits trugen die Entlastungszeugen zahlreiche Beispiele aus der Praxis vor, in denen die zum Schutze der Arbeiter wie des Publikums erlassenen baupolizeilichen Bestimmungen in rigoroser Weise verletzt worden seien, ohne daß die residirenden Polizeibeamten davon etwas bemerkt hätten. Es sei auch häufig vorgekommen, daß die Bauarbeiter vorher Kenntnis davon hatten, wenn die Baukommission eine Revision vornehmen würde und dann seien die Unterlassungen provisorisch mit Klößen verdeckt worden. Daß aber Polizeibeamte direkt bestochen worden seien, vermochte keiner der Zeugen nachzuweisen und deshalb wurde die Berufung kostenpflichtig verworfen. Die Strafe wurde nicht herabgesetzt, weil der Vorwurf der Bestechlichkeit, welcher den Polizeibeamten seitens der Angeklagten gemacht worden, ein sehr schwerer sei.

Für die **Reparatur eines Klingelzuges** klagte ein Hauswirth 18 M. gegen seinen Miether ein auf Grund der Kontraktbestimmung, daß Miether die Wohnung in gutem, brauchbarem Zustande zurückzugeben müsse. Das Gericht wies die Klage ab, da die Abnutzung des Klingelzuges durch den gewöhnlichen Gebrauch bedingt war und die erwähnte Kontraktbestimmung nur so ausgelegt werden könne, daß sie nicht im Widerspruche steht mit der gesetzlichen Vorschrift, wonach der Miether für die durch den gewöhnlichen Gebrauch erfolgte Abnutzung nicht haftet.

Einen **Schankwirtschaftsbetrieb eigener Art** haben die Gerichte konstruirt. Bei den Kolonialwaaren-Händlern vieler Gegenden Preussens ist die Sitte eingerissen, ihren meist ländlichen Kunden beim Abschluß von Kaufgeschäften unentgeltlich ein Schnapschen zu kredenzen. Auch der Händler Bollmann folgte diesem Brauche. Seine Tochter vertrat ihn eines schönen Tages und machte es ebenso. Aber ein Hüter der Ordnung sah dies und zeigte den Vater deshalb an. Bollmann wurde vom Schöffengericht zu 80 M. Strafe verurtheilt, weil er das Schankgewerbe ausgeübt habe, ohne im Besitze einer Schankkonzession zu sein und ohne die entsprechende Gewerbesteuer zu zahlen. Der Berufsteller appellirte und machte geltend, die fragliche Art der Schnapsgabe sei eine allgemeine Gewohnheit, der er als Geschäftsmann habe nachgeben müssen. Von einem Schankbetriebe könne keine Rede sein. Die Strafkammer wies aber seine Berufung ab. Sie führte aus, er habe unfreilich auf einem Umwege Gewinn erzielen wollen, wenn er seinen Kunden Schnaps anschaufte. Der Zweck sei doch gewesen, die Kunden zu fesseln und neue Kunden anzulocken. In dieser auf Gewinn abzielenden Absicht liege aber das Kennzeichen des Gewerbebetriebes. Es sei darum ganz unerblich, daß der Schnaps unentgeltlich hergegeben werde. Auch sei es gleichgültig, daß andere Geschäftsleute ebenso handelten. Sie machten sich eben auch strafbar. — In seiner Revision gegen das Urtheil betonte Bollmann vor allem, der Begriff der Gewerbemöglichkeit sei vom Landgerichte verkannt worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen die Revision mit der Begründung zurück, daß der Begriff der Gewerbemöglichkeit durchaus nicht verkannt worden sei. Es habe sich hier für Bollmann darum gehandelt, indirekt einen Vermögensvortheil zu erzielen, dadurch, daß er sich seine Abnehmer erbitte und neue anlocke. Unzweifelhaft liege ein konjunktionsfähiger Schankbetrieb vor. Ein Urtheil, das in weiten Kreisen Aufschütteln erregen wird.

Zur **Kulturgeschichte des preussisch-deutschen Reiches**. Der Gendarmeriechef in Altenwärd er erschöpf in der Nacht zum 10. Mai vorigen Jahres den Wärtnergehilfen Postmann, weil dieser, in angeheitertem Zustande von einem Tanzlokal kommend, sich seiner Verhaftung widersetzt. Das „Domburger Echo“ theilte den auf Grund eingehender Erkundigungen ermittelten Sachverhalt in zwei Ritzgen mit und bemerkte dazu, auf den unerhörten Vorfall vorläufig nicht weiter eingehen, sondern erst eine antike Darstellung desselben abwarten zu wollen.

Eine amtliche Darstellung kam nicht, wohl aber wurde bekannt, daß Quenfeld wegen seines „strengen aber korrekten“ Handelns in der Schießsackerei vom Kaiser eine Belobigung erhalten hatte, und daß nicht gegen Quenfeld wegen Verdrängung seiner Schießsackerei, sondern gegen den damaligen Verantwortlichen Redakteur des „Echo“ ein Strafverfahren wegen Verleumdung Quenfeld's eingeleitet war. Die Strafkammer IV des Hamburger Landgerichts sprach den Angeklagten Stenzel wegen der ersten Notiz, in der es hieß: „Lautenau weigerte sich, mitzugeben, und nun zog der Gendarm plötzlich seine Schußwaffe hervor und knallte den Gattnergehilfen nieder.“ frei; wegen der zweiten Notiz, in welcher stand, daß den Worten Lautenau's: „Wenn Sie im Rechte sind, dann schießen Sie nur zu!“ nach den Angaben der Augenzeugen sofort die That gescheit sein soll, wurde St. zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Zubereitung des § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen) verwarf das Gericht in letzterem Falle dem Angeklagten, getrennt der bisherigen Praxis in der Rechtsprechung gegen Pressfäuler. Auch eine Verletzung der Schießsackerei für Gendarmen (§ 18 der Verordnung vom 23. Mai 1867) lag nach Ansicht des Gerichts nicht vor. Der Schlussatz dieser Instruktion lautet: „Es liegt den Gendarmen jedoch ob, die Waffen nur, nachdem gefundene Mittel fruchtlos angewendet sind, und nur, wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit bewaffneter Hand überwunden werden kann, und auch dann noch mit möglicher Schonung zu gebrauchen.“ — Der Angeklagte sowohl wie die Staatsanwaltschaft hatten gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision eingelegt; ersterer, weil er sich zu unrecht verurteilt glaubt, letzterer, weil sie mit der Freisprechung wegen der ersten Notiz nicht einverstanden war. Das Reichsgericht verwarf am 24. Mai beide Revisionen.

Der Kohlenhändler Johannes Vohlen aus Altona, der auf der auf der Straße von Hamburg nach Berlin in einem Eisenbahnzuge auf einem mitreisenden, aus Ungarn gebürtigen Zugschneider mehrere Revolver verschafft abgefördert hatte, ohne denselben jedoch zu verlegen, wurde dieserhalb, wie seiner Zeit berichtet, von der Strafkammer zu Altona zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden.

Prüfungspädagogik. Der Lehrer Julius Freitag war am 11. März 1896 von Landgericht Altona wegen Körperverletzung im Amte zu 10 W. Geldstrafe verurteilt worden, in vier anderen Fällen jedoch freigesprochen worden. Der Lehrer hatte Schülerinnen auf die Finger geprügelt. Auf die von dem Vater des mißhandelten Mädchens als Nebenkläger eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück.

Das Jugendpolizeigericht Spinal hat gestern die drei Staatsingenieure, welche für den Bruch des im Jahre 1895 gerissenen Stauweihers von Bougey unter Anklage gestellt worden waren, freigesprochen. Bei dem Bruche dieses Reservoirs waren bekanntlich viele Menschen und Leben gekommen.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag Abend eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung im Kolberger Salon ab, in der Genosse Jacobey sich eingangs über die Thätigkeit des Vereins bis zum Kollertoung verbreitete. Es haben bis zur Auflösung eine Vorstandssitzung, eine Vereinsversammlung und Zusammenkunft der Vertrauenspersonen stattgefunden. Der Kassenericht gestattete sich nach den Ausführungen des Genossen Köhn wie folgt: Bestand in der letzten Generalversammlung 1664,88 M., Einnahme 2711,90 M. und Ausgabe 8995,83 M., so daß ein Bestand von 960,95 M. zu verzeichnen ist, welcher mit der Marxeneinnahme die Summe von 4576,76 M. erreicht. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit des vorstehenden bekundet, ertheilte die Versammlung Decharge. Der Vorstand setzt sich nach vollzogener Ergänzungswahl aus folgenden Personen zusammen: Leidi erster und Riesel zweiter Vorsitzender; erster Kassier Köhn, zweiter Bergemann; Schumann erster, Weisswanger zweiter Schriftführer; als Beisitzer fungieren Kaschke, Rudow und Lange und als Revisoren Kleinert, Ludwig und Wättnase. Die Wahl der Abtheilungsführer für die verschiedenen Stadttheile ergiebt folgendes Resultat: Für Schönhauser Vorstadt Wilh. Schmidt, Moabit: Schröder, Gesundbrunnen: Börsch, Wedding: Bafhowitz, Rosenhaler Vorstadt: Loose und Dranienburger Vorstadt: Freihalter. Unter „Vereinsangelegenheiten“ liegt der Antrag der letzten Generalversammlung vor, nach welchem in Erwägung gezogen werden soll, ob die Art der Agitation für den Verein als vorteilhaft zu bezeichnen oder aber eine andere Taktik einzuschlagen sei? Arensdorf spricht sich hierbei gegen das Abhalten der „Zahlabende“ aus. Redner betont, daß durch diesen Modus leider sehr viele Mißbilligungen heraufbeschworen würden; richtiger sei, daß die Bezirksführer eine regere Thätigkeit entfalten und das Kassieren der Gelder gleichfalls in die Hand nehmen. Diese Anregung gab Anlaß zu längerer Debatte, in der die Meinungen über das event. Fortbestehen der Zahlabende zum Theil auseinandergingen. Schließlich wurden sämtliche Anträge dem Vorstand zur Begutachtung überwiesen.

Eine öffentliche Versammlung der hier beschäftigten Maurer aus dem Uebster Kreis beschloß am 24. Mai nach einem Referat des Genossen Silberschmidt, dafür zu wirken, daß in allen Orten Vertrauensmänner gewählt werden, die mit der Agitationskommission in Verbindung treten sollen.

Eine stark besuchte Versammlung der Platz-Deputirten der Berliner Zimmerer tagte am Montag Grenadierstr. 33. Nach dem Bericht der Lohnkommission sind die letzten Zustände, soweit es sich um die Erhaltung der neunstündigen Arbeitszeit und die Abschaffung der Ueberstunden handelte, sehr reichlich und schnell beendet worden. In der Ausstellung Trausvaal, wo augenblicklich mit einer wahren Hast an der Fertigstellung der Ausstellungsbauten gearbeitet wird, sind die Ueberstunden bei den Zimmerern vollständig abgeschafft und ein Stundenlohn von 60 Pf. eingeführt, wohngegen bei den anderen in betracht kommenden Berufen die Arbeitszeit keine Grenzen hat. Im zweiten Punkte wurden eine Anzahl Kameraden, welche während der Ausstellungsarbeiten entlassen worden, als gemahnt betrachtet, jedoch die Prüfung der einzelnen Fälle der Lohnkommission überwiesen. Hierauf referierte Fischer über die Lohnbewegung der Maurer und über die Achtstundebewegung der Putzer. Redner ist der Meinung, daß das einzelne Vorgehen der Maurer für die Zimmerer bedeutenden Schaden mit sich bringe, da theilweise auch die Zimmerer gezwungen seien, zu feiern. Ebenfalls neue Forderungen zu stellen, sei augenblicklich aber unmöglich; er ist der Meinung, wenn man eine gute Position errungen habe, man dieselbe wohl durch einzelne Bau- oder Platzperren erhalten könne, zur Durchführung neuer Forderungen sei ein derartiger Kleinkampf aber nicht geeignet, ähnlich liege es bei den Putzern, deren Forderungen wohl prinzipiell anzuerkennen seien, jedoch müsse man auch daran denken, Mißstände, die bei der neunstündigen Arbeitszeit noch vorherrschend, erst zu beseitigen. Da jedoch ein Zurückweichen der Zimmerer unmöglich, schlägt Redner vor, eine Urabstimmung unter sämtlichen Berliner Zimmerern vorzunehmen, um die richtige Meinung derselben kennen zu lernen. In der Diskussion, die sich theilweise sehr lebhaft gestaltete, wurde von Lehmann, Hoff, Kildert, Knäpfer, Behold und vielen anderen die augenblickliche Konjunktur als nicht günstig bezeichnet und vor überreichten Schritten gewarnt. Gode und Pecht treten für die Taktik der Maurer ein, jedoch wurde ein dahin gehender Antrag abgelehnt und der Antrag der Lohnkommission angenommen, die alsdann nach der Abstimmung die nötigen Schritte zu unternehmen hat.

Die Maurer hielten am Mittwoch zwecks Besprechung ihrer Lohnbewegung sechs Versammlungen in den verschiedenen Stadtbezirken ab. Es handelt sich darum, für die am 15. April aufgestellten Forderungen, deren Hauptpunkt ein Stundenlohn von 60 Pf. ist, eine ausgiebige Agitation unter den Berufsgeoffenen zu

entfalten und deren Meinung über die Wege, welche zur Erreichung des Zieles einschlagen sind, zu hören.

In Keller's Saal referierte Silberschmidt vor einer gut besuchten Versammlung. Er berichtete zunächst, daß bereits auf 88 Bauten der Lohn von 60 Pf. gezahlt wird, die Zahl dieser Bauten innerhalb der letzten Woche also um 13 gewachsen ist. Auf 8 Bauten befinden sich die Maurer zur Zeit im Kampf für die Erlangung des besagten Lohns. Der Referent begründete ausführlich die Nothwendigkeit der geforderten Lohnerhöhung mit der Thatfache, daß seit den letzten Jahren zwar alle Lebensbedürfnisse bedeutend im Preise gestiegen seien, der Lohn aber nicht gleichen Schritt mit dieser Steigerung gehalten habe und kaum über einen Jahresverdienst von 1000 M. hinauskomme. Es liege also im Interesse eines jeden Kollegen und sei jedemmanns Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Lohn auf eine solche Höhe gebracht werde, welche ausreicht zur Bekreitung der nothwendigen Lebensbedürfnisse. Jeder Maurer möge nun unter seinen Mitarbeitern für die Bewegung agitiren, jedoch empfehle die Lohnkommission, daß in den nächsten Tagen Arbeitseinstellungen nach Möglichkeit unterbleiben sollen, damit die Kräfte zusammengehalten würden für das sich später vielleicht nöthig machende Vorgehen. Bis zur nächsten Versammlung sei eine abwartende Stellung geboten. Der Referent legte folgende von der Lohnkommission verfaßte Resolution vor: In Erwägung, daß der bisherige Lohn von 55 Pf. unzureichend ist, daß die Maurer während eines großen Theils des Jahres arbeitslos sind, auch das Angebot von Arbeitskräften immer größer wird; da ferner schon im Jahre 1889 ein Stundenlohn von 60 Pf. auf den meisten Bauten gezahlt wurde, und die Bau-Industrie auch heute einen solchen Lohn sehr wohl tragen kann, halten die Versammelten die Durchführung des Stundenlohnes von 60 Pf., sowie der übrigen am 15. April aufgestellten Forderungen als dringend nothwendig und verpflichten sich, auf allen Baustätten für die Forderungen eine lebhafteste Propaganda zu entfalten, und, falls die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen, wir unsere Forderungen zu geeigneter Zeit mit Nachdruck vertreten können. — In der Diskussion herrschte vollkommene Einmüthigkeit hinsichtlich der Kommissionsvorschläge. Lebhaft wurde über die auf den Bauten herrschende „Schinderei“ gellagt. Die Resolution fand einstimmige Annahme. — Im Lokal „Königs Hof“ in der Böhmische Straße waren die Maurer des Westens, Südwestens und Südostens sehr zahlreich versammelt. Frisch begründete in seinem Referat die Forderung des 60 Pfennig-Stundenlohnes und forderte die Anwesenden auf, mit allen gesetzlichen erlaubten Mitteln für die Erreichung desselben einzutreten. In der recht lebhaften Diskussion traten alle Redner dem Standpunkt des Referenten bei. Ferner wurden verschiedentlich Mißstände auf Bauten erörtert und die oft übermäßige Ausbeutung der Kräfte der Arbeiter beleuchtet. Die Redner betonten, daß nur durch einmüthiges Zusammengehen aller Kollegen die Lage derselben gebessert werden könne. Auch über mangelhafte Bauarbeiten wurde mehrfach gellagt und dem überwachenden Beamten ein Fingerzeig gegeben, wo er im Interesse der Allgemeinheit eine nützliche Thätigkeit entfalten könnte. Die Resolution fand einstimmige Annahme. — In der „Urania“, Brangelstraße, wo die Versammlung für den Südosten tagte, referierte Kater, der zum Schluss die Kollegen aufforderte, für die aufgestellten Forderungen Propaganda zu machen, damit, wenn die Lohnkommission den Zeitpunkt für geeignet hält, die Maurer einmüthig und geschlossen für ihre Forderungen eintreten können. Mehrere Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten, worauf die Resolution einstimmig angenommen wurde. — Im „Wedding-Parl.“ tagte gleichfalls eine gut besuchte Versammlung. Der Referent Herzog wies unter anderem auch darauf hin, daß selbst den Innungsmeistern der geforderte Lohn nicht zu hoch erscheine, jedoch wolle keiner derselben den Anfang machen mit der Bewilligung. Nachdem mehrere Redner in der Diskussion für die angeforderten Forderungen gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Ein Antrag, welcher die Lohnkommission auffordert, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Die Einigungsfrage, wurde mit schwacher Mehrheit angenommen. — In der Straße 100 war der Besuch ein recht guter. Hier referierte Meyle, welcher bei Erwähnung der zur Zeit haltgehabten Bauarbeiten unter anderem hervorhob, daß die Arbeitseinstellung auf den Bauten des Unternehmers Glasnap hauptsächlich auf die Halsstarrigkeit, welche der Polier einem Lohnkommissionsmitglied gegenüber bewiesen habe, zurückzuführen sei. Der Redner warnte zum Schluss vor unüberlegten Arbeitseinstellungen, dann wurde die Resolution, nachdem mehrere Redner dafür eingetreten waren, einstimmig angenommen. — Im Lokal „Bismarckhöhe“ in Charlottenburg referierte Schulze vor einer gut besuchten Versammlung. Nach einer zustimmenden Diskussion fand die Resolution einstimmige Annahme. In den Versammlungen wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 30. d. M., von seiten des Verbandes zwei Wanderversammlungen abgehalten werden, und zwar im Reichsadler, Vesellstr. 9—10 (Moabit) und Waldemarstraße 76 bei Breders.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, welche am 25. d. M. in Ahrens' Brauerei tagte, beschäftigte sich nach einem Vortrage des Genossen Hohrlach über „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen“ mit den Zuständen in der Dorsig'schen Fabrik, speziell des Eisenerz. Dieses Thema behandelte Genosse Rätzer. Während es, so bemerkte Redner, sonst üblich gewesen sei, daß im Todesfalle eines Arbeiters die Kollegen denselben die letzte Ehre erwiesen, sei es in einem kürzlich stattgehabten Fall passirt, daß diese Erlaubnis erst nach mehrfachen Vorstellungen bewilligt wurden. Als in einem Betriebe die Arbeiter wegen Einschränkung oder Abschaffung der Ueberstunden vorsteht, werden, sei ihnen gesagt worden, daß sei unmöglich, da die Verwaltung bei nicht rechtzeitiger Lieferung 40 000 M. Konventionalstrafe zahlen müsse. Den Hilfsarbeitern wurde eine kleine Verbesserung ihres jetzigen Stundenlohns abgeschlagen. Und als dieselben hierauf die Arbeit verweigerten, soll ihre WiederEinstellung nur unter der Bedingung gestattet sein, daß sie nunmehr für 25 Pfennig arbeiteten. Nach einem dem Vertrauensmann zugegangenen Schreiben seien im Eisenerz die Akordlöhne so weit herabgedrückt, daß Hilfsarbeiter beim Mieten helfen müssen, bloß damit die Akordarbeiter ihren Tagelohn verdienen. Auch bezüglich des Kolonienlohnens wird vielfach Klage geführt. Die Hilfsarbeiter sollen hierbei 24—25 Pfennig pro Stunde verdienen. Redner forderte auf, in allen Verhältnissen das Vertrauensmännersystem durchzuführen, dann wurde auch hier bald manches anders werden. Nach einer kurzen Diskussion, der ein kerniges Schlusswort des Referenten folgte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Stellmacher waren am Mittwoch in den Arminhallen versammelt, wofür Baum in namens der Agitationskommission die Ergebnisse der in letzter Zeit abgehaltenen Werksversammlungen unterbreitete. Hierbei seien Mißstände zu Tage getreten, welche die Nothwendigkeit eines engen Zusammenschlusses aller Stellmacher immer klarer erscheinen lasse. Uebermäßig lange Arbeitszeit, Lohnreduktionen, Mängel in sanitärer Beziehung der Werkstätten, fast ausnahmslos Klagen über nicht genügendes Vorhandensein an Werkzeug und zum Theil zu spätes Anzahlen der Löhne, verbunden mit unwürdiger Behandlung seien so die Argumente, die überall in Vordergrund traten. Obwohl die Herren E. Dittmann, Betriebsdirektor Schulz von der königl. Post-Wagenfabrik von E. Käbischstein, H. Engel und F. C. E. C. eingeladen waren, fand sich trotz Aufforderung des Vorsitzenden niemand, es zu unternehmen, die gegen die Geschäftshandhabung der einzelnen Betriebe gemachten Vorgehalten zu enträften. Die Versammlung hörte alsdann einen Vortrag des Genossen Pözel über: Die Arbeiterbewegung und jetzt, welche Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden. Eine Debatte wurde nicht beliebt, worauf die Abrechnung der Agitationskommission gegeben wurde, nach welcher eine Einnahme von 10,72 M. und eine Ausgabe von 73,40 M. zu verzeichnen ist, welche Angaben die Revisoren bestätigten, worauf die beantragte Decharge theilweise wurde. Ueber die in letzter Zeit stattgefundenen Sitzungen der Kommission entspann sich eine längere,

persönliche Debatte, welcher durch Uebergang zur Tagesordnung schließlich ein Ende bereitet wurde. Aus der Neuwahl zur Agitationskommission gingen hervor: Baum, Josef, Grieb, Mize und Schulz. Baum unterbreitete noch, daß die Sammlung zum Monatsfonds 51,50 M. ergeben und die Theilnahme an der Feier seitens der Kollegen eine stärkere als früher war.

In einer Versammlung der Möbelpolierer (Biliale S.O.) sprach am 24. Mai Genosse Wagner über die Ursache der Verdrehen. Unter verschiedenen wurden die Verhältnisseverhältnisse bei der Firma Müller u. Comp., Blicherstr. 35, besprochen. Leider waren die Arbeiter aus dieser Werkstatt nicht erschienen. Wie mitgeteilt wurde, haben die Arbeiter von Lehmann Nachfolger wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt.

Protestversammlung. Die Genossen und Genossinnen von Brix fanden sich am Freitag, den 21. Mai in Gildener's Lokal (Rudowstraße) zu einem Protest gegen die neue Vereinsgesetz-Novelle zusammen. Das Referat hatte Genosse Wagner: Berlin übernommen, der in begeisterter Rede ein Bild von den Absichten des reaktionären Junkerregiments entwarf, die aber das deutsche Volk durch eindringlichste Kundgebungen zu nichte machen müsse. Dem Referat, das häufig mit großem Beifall begleitet wurde, folgte die einstimmige Annahme der Resolution. Nachdem der Vorsitzende noch der nächsten Reichstagswahl gedacht, forderte er die Versammelten auf, sich zu organisiren und auf die Arbeiterpresse zu abonniren.

Charlottenburg. Die hiesigen Bauarbeiter beschäftigten sich am 28. d. M. mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Bauarbeiter zu der diesjährigen Bewegung der Maurer? Der Referent Börsch gab in seinem mit Beifall ausgenommenen Vortrag einen geschichtlichen Rückblick der Arbeiterbewegung und forderte am Schluss die Anwesenden auf, ihre Organisation thätigster zu unterstützen. In der Diskussion plaidierte Maurer Schulz für eine weitere Ausdehnung des Unterstufungswesens. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme und wählte die Versammlung Junger zum Vertrauensmann.

Hummerburg. In einer Versammlung, die hier am 24. Mai tagte, wurde beschlossen, daß sich die Partei an der Ersatzwahl zum Gemeinderath theilnimmt. Zum Kandidat wurde Genosse Kiltner nominirt.

In Wismerdorf, im Volksgarten, Berlinerstraße, sprach am Mittwoch Abend Liebknecht über das preussische Ansehengesetz, worauf die Versammlung einstimmig die bekannte Berliner Protestresolution angenommen. Referent gab in seinem Vortrag ein geschichtliches Bild der Kämpfe um das Vereinsrecht, die für die deutsche Sozialdemokratie vom Augenblick ihrer Konstituierung als Partei begonnen, und kam schließlich auch, nachdem er zuvor gewarnt, auf die bürgerlichen Parteien zu verweisen, deren Erblichkeit wir das Ueberwachen der junkerlichen Reaktion zu verdanken haben, auf die neuerdings im Anschluß an das jüngste Junker-Attentat aufgeworfene Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen zu sprechen. Er für seinen Theil sehr keinen Grund, den vom Kölnner Parteitag gefassten Beschluß zu ändern. In taktischen Fragen gebe es selbstverständlich kein niemals. Zu bedenken sei aber jedenfalls, daß — und dies habe die bisherige Stellungnahme der Partei in dieser Frage wesentlich veranlaßt — eine Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen ein Wahlbündniß mit anderen Parteien notwendig mache, und daß die Konsequenz eines solchen Wahlbündnisses mit Nothwendigkeit auch eine veränderte Praxis bei den Reichstagswahlen sei. Falls die Frage vor den nächsten Parteitag komme, werde dieser sorgfältig das Für und Wider abwägen haben. — Vom Genossen Nerre wurde noch mitgeteilt, daß ihm auf die im Februar den Gemeindevorstand übermittelte Resolution, welche unentgeltliche Bedogelbarkeit für die Gemeindeführer forderte, ihm der Bescheid zugegangen sei, daß beim Ausbau des neuen Schulhauses Rücksicht auf diesen Wunsch genommen sei. — Weiter wurden vom Genossen Kähler die sanitären Verhältnisse am hiesigen Gymnasialbau scharf kritisiert, die Verbude, in welcher die Maurer ihre Kleidung ablegen, sei unter Umständen nur bei Gefahr des Ertrinkens zu benutzen u. s. w. und forderte Redner event. Beschwerden gegen diese Mißstände.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Troppan, 28. Mai. (B. T. B.) Gestern Abend stürzte im Eugenshacht in Peterswald anlässlich vorgenommener Ausbesserungen die Zimmerung in Höhe von 26 Metern ein. Vier Zimmerleute wurden verletzt; drei derselben wurden lebend heraufgehoben, auch den vierten noch im Schacht befindlichen Verletzten hofft man lebend anzutreffen.

Wien, 28. Mai. (B. T. B.) Abgeordnetenhaus. Vizepräsident Abrahamowicz erklärt, er werde zur Tagesordnung und zwar zur Verhandlung des Gehörngesetzes schreiten. Unter großen Lärm protestirt die Linke dagegen und stellt mehrere Anträge. Als der Vizepräsident dem ersten Redner zur Tagesordnung, Schäfer, das Wort ertheilt, läßt die Linke durch Schlägen auf die Balte und Beschrei fast während einer halben Stunde Schäfer nicht zu Wort kommen. Bei jedem Glockenzeichen des Vizepräsidenten entsteht neuer Lärm. Schließlich erklärt der Vizepräsident Kramerz, er entziehe Schäfer das Wort, da dieser selbst bei den Parteigenossen sich nicht Gehör schaffen könne. (Zumult.) Der zweite Redner zur Tagesordnung, der Jungeheide Pacal, spricht unter förmlichem Beifall der Rechten, während die Linke die Rede durch Lärm zu unterbrechen bestrebt ist. Nachdem mehrere Anträge auf Schluss der Sitzung abgelehnt waren, wird der Schluss der Debatte angenommen.

Pacal ist mit dem Antrag Schäfer auf Zuweisung an einen besonderen 36gliedrigen Ausschuss einverstanden, worauf der Antrag in namentlicher Abstimmung angenommen wird. Die Verhandlung wird abgebrochen. — Vizepräsident Abrahamowicz erklärt, die Oeffentlichkeit des Legitimations-Ausschusses sei wiederholt abgelehnt. Er wisse das Haus befragen, ob der Antrag Daszynski auf Oeffentlichkeit-Erklärung zur Abstimmung kommen solle oder nicht. Während der namentlichen Abstimmung macht Vizepräsident Abrahamowicz die Bemerkung, daß der Legitimations-Ausschuss bisher eine öffentliche war, was von der Linken als Beeinträchtigung gedeutet und mit förmlichen Entrüstungsrufen und mit großem Zumult aufgenommen wird. Das Haus beschließt den Antrag Daszynski nicht zuzulassen. Daszynski beantragt die Ausnahme der Aeußerung des Vizepräsidenten ins amtliche Protokoll.

Paris, 28. Mai. (B. T. B.) In der russischen offiziellen Zeitung „Nord“ wird dem Sultan angedroht, Rußland werde Griechenland in seinen Schutz nehmen und dessen Interessen verteidigen, falls der Sultan nicht bald nachgibt.

Belgrad, 28. Mai. (B. T. B.) Aus ganz Serbien laufen Meldungen über Hochwasser ein. Dasselbe hat bereits bedrohliche Dimensionen angenommen.

London, 28. Mai. (B. T. B.) Unterhaus. Bei der Erörterung des Ausgaben-Gesetzes erregte sich ein lebhafter Zwischenfall. Der Parnellit John Redmond protestirte gegen die Unberechtigung, die Irland in Finanzsachen durch eine zu hohe Besteuerung erleide. Der Vorsitzende rief ihn zur Ordnung. Redmond blieb bei seiner Behauptung, worauf er wegen Ungehorsams gegen den Vorsitzenden mit 28 gegen 52 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen wurde. Clancy, William Redmond und Field folgten nach einander John Redmonds Beispiel und wurden deshalb vom Vorsitzenden angewiesen, den Sitzungssaal zu verlassen. Clancy und William Redmond weigerten sich der Anordnung des Vorsitzenden nachzukommen und wurden auf Befehl des letzteren vom Sergeant at arms aus dem Saal geführt. Field hatte sich der Anordnung des Vorsitzenden sofort gefügt. Die Weiterberatung des Staats konnte nunmehr ruhig vor sich gehen.

Alexandrien, 28. Mai. (B. T. B.) An alle in Egypten weilenden Offiziere und Beamte der englischen Sudan-Armee ist der Befehl ergangen, sofort nach Dongola zu gehen, weil der Vormarsch gegen Khartum bevorsteht.

Prozess v. Tausch — v. Lühow.

Viertes Tag. — Freitag, 28. Mai.

Landgerichtsdirektor Köster eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit einigen allgemeinen Bemerkungen zur Geschäftslage, in welchen er die Hoffnung ausdrückt, daß es möglich sein werde, heute Nachmittag mit der Zeugenvernehmung zu beginnen, wenn alle Prozesse betheiligten befreit sind, den Fortgang der Verhandlung nach Möglichkeit zu fördern. Der Vorsitzende regt weiter an, ob die Verteidigung des Angeklagten v. Tausch nach den Selbstbezeugungen des v. Lühow nicht auf eine Anzahl von Zeugen verzichten könne, die lediglich über das moralische Verhalten des Angeklagten v. Lühow auszusagen sollen. Die Verteidigung des v. Tausch erklärt sich hierzu bereit; eine Anzahl von Zeugen, unter anderen v. Massow, General v. Gopler, Major Frhr. v. Seckenborf, Rechtsanwalt Lobe, werden daher entlassen.

Kampf um den Zeugen Unruh.

Als auch auf den Zeugen Unruh, der angeblich von Lühow für russische Spionagedienste angeworben worden sein soll, seitens der Verteidiger v. Tausch's Verzicht geleistet werden soll, protestierte dagegen Rechtsanwalt Lubjanski sehr entschieden. Dann flüchtete Oberstaatsanwalt Drescher und Rechtsanwalt Sello sehr eingehend zusammen, schließlich verzichtete die Verteidigung auf die Vernehmung; der Zeuge Unruh tritt auf den Präsidenten zu, spricht leise und eingehend mit ihm und wendet sich dann in gleicher Weise an den Oberstaatsanwalt. Unterdessen hatte der Präsident sich den Rechtsanwalt Lubjanski herangerufen und konsultierte gleichfalls eingehend mit ihm. Darauf erklärt Rechtsanwalt Lubjanski sein Einverständnis mit der vorläufigen Verzichtleistung auf die Vernehmung des Zeugen v. Unruh.

Lühow's Verteidiger gegen den „Lokal-Anzeiger“.

Vor Fortsetzung der Verhandlungen wendet sich Rechtsanwalt Dr. Holz gegen die Betrachtungen, die der „Lokal-Anzeiger“ an die letzte Sitzung knüpft: Diese zeigen, daß der letzte Appell des Präsidenten an die Presse keinen Erfolg erzielt hat, denn die Betrachtungen sind in einer so theatralischen Weise zugestimmt, daß es der Würde des Gerichts und dem Ernst dieser Verhandlung nicht mehr entspricht. Der betreffende Schreiber weist als beispielsweise zum Schluss als ein sorenisches Meistersstück, daß der eine Verteidiger v. Tausch's im letzten Augenblick noch die angebliche Majestätsbeleidigung v. Lühow's zur Sprache gebracht habe, in einem Augenblick, wo v. Lühow kaum mehr sprechen konnte. Obgleich nun der Angeklagte v. Lühow sofort die Behauptung des Verteidigers bestritten hat, so zieht der Artikelschreiber bereits den Schluss, daß v. Lühow schon überführt sei. Eine derartige Darstellung schon vor Beginn der Beweisaufnahme ist entschieden unwürdig. Ich erwähne noch, daß der Schreiber des Artikels von dem Rechtsanwalt Lubjanski behauptet, dieser habe bei dieser Gelegenheit den Angeklagten v. Lühow gekreischelt. Eine Gerichtsverhandlung ist doch keine Theateraufführung. — Oberstaatsanwalt Drescher: Ich stehe voll auf dem Standpunkte des Verteidigers, daß es Sache des Taltes der Presse sei, solche Betrachtungen im Interesse des Staates ebenso wie im Interesse der Angeklagten zu unterlassen. Eine derartige Handlungsweise der betreffenden Journalisten — ich charakterisiere sie nicht, ich enthalte mich, das passende Wort anzuwenden — ist bedauerlich; wir sind dagegen machtlos, wir haben dagegen kein anderes Mittel, als den Appell an den Anstand der Presse. — Rechtsanwalt Lubjanski: Wenn der betreffende Artikelschreiber behauptet, ich hätte den Angeklagten v. Lühow gekreischelt, so ist das weniger lächerlich, als es Zeugnis von der geringen Urteilsfähigkeit des Schreibers ablegt.

Der Oberstaatsanwalt über den „Vorwärts“.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich bedauere auch einen im „Vorwärts“ erschienenen Artikel, der sich speziell mit dem Verteidiger des Angell. v. Tausch beschäftigt. Dem Rechtsanwalt Dr. Sello wird nichts weniger vorgeworfen als Denunziations-sucht und gesellensliches Verdrängen nach oben. (Rechtsanwalt Sello verneigt sich lächelnd gegen den Herrn Oberstaatsanwalt.) — Präsident: Ich begnüge mich damit, die Hoffnung auszusprechen, daß der Takt der Journalisten sie davor bewahren wird, Anstoß zu erregen. Zu den Geschworenen habe ich das Vertrauen, daß sie sich durch keine von außen heringebrachte Momente beeinflussen lassen werden. Ich lese grundsätzlich während der Dauer der Verhandlung keine Artikel darüber.

Tausch's Brief an Minister Eulenburg.

lautet nach der Verlesung des Präsidenten ungefähr: Ev. Czjellenz Wunsch, Ihnen Mittheilung zugehen zu lassen, sobald etwas passire, was Sie interessire, konnte ich bis jetzt nicht erfüllen. Heute aber erlaube ich mir, einen Artikel beizulegen, von dem ich annehme, daß er Ihr Interesse erregt. Ich erlaube mir gleichzeitig zu bemerken, daß ich, falls Sie bei Ihrem Hiersein mit mir Rücksprache nehmen wollen, zu Ihrer Verfügung stehe und Ihnen vielleicht über die Provenienz dieses Artikels Auskunft geben kann.

v. Tausch behauptet, daß er dem Botschafter Grafen Philipp v. Eulenburg zu Dank verpflichtet war und deshalb glaubte, ihm einen Dienst zu leisten, wenn er ihm den vielbesprochenen ersten Artikel der „Welt am Montag“ über die Aenderung des russischen Kaiserthrones zur Kenntnisnahme überbrachte. Weitere Zwecke habe er damit nicht verfolgt, auch nicht damit die Absicht verbunden, auf diese Weise den Freiherren v. Marschall anzuschwärzen. Wie läme ich als Kriminalkommissarius wohl dazu, v. Eulenburg zu bitten, daß er diese Artikel bei Se. Majestät vorlegen soll, damit Marschall dann beim Wikel genommen werde. Ich konnte mir doch sagen, daß Czjellenz ohne weiteres erwidern würde: „Wie kommen Sie denn dazu, mir so etwas zuzumuthen? Ich werde Ihre Ansuchen sofort dem Freiherren v. Marschall mittheilen.“ — Präsi.: Sie sagen, daß das Gefühl der Dankbarkeit gegen den Botschafter Grafen v. Eulenburg Sie besetzte. Der erste Artikel der „Welt am Montag“ enthielt schändliche Vorwürfe gegen den Vater des Botschafters, den Hofmarschall Grafen zu Eulenburg. Es ist mir unverständlich, wie Sie nun glauben konnten, dem Herrn Botschafter mit der Zusendung eines solchen Artikels, worin ihm geradezu eine ehrlöse Handlung zugeschrieben wird, einen Gefallen zu erweisen. Noch unverständlicher ist es, wenn es wahr ist, was Sie beschworen haben, daß Sie diesen Artikel sofort für unsinnig und lächerlich hielten. Von der Provenienz des Artikels konnte dann keine Rede weiter sein, da er eben erlogen war. Oder glauben Sie, daß der Graf v. Eulenburg ein Interesse daran haben konnte, zu erfahren, daß der Artikel von Ledert oder Lühow herrührte? — v. Tausch: Ich bezwecke mit der Zusendung gar nicht, Se. Czjellenz etwas Angenehmes mitzutheilen, sondern etwas, was die Familie Eulenburg entschieden interessiren mußte. — Präsi.: Das würde zutreffen, wenn Sie den Artikel für richtig hielten, Sie wählten aber bereits, daß es sich um eine Lüge handelt. — Angell. Ich hielt es nur für eine Lüge, daß Herr v. Marschall hinter dem Artikel stände. Im übrigen war ich und bin auch heute noch der festen Ueberzeugung, daß Ledert Hintermänner hatte. Ich habe deshalb gleich von Anfang an dem Herrn Minister v. d. Recke vorgeschlagen, sofort das Zeugnißverfahren gegen die beiden „Haidblänger“ einzuleiten. — Präsi.: Das ist unmaß und steht im Widerspruch mit Ihrer früheren Aussage (die der Präsident im Wortlaut des Stenogramms verliest). — v. Tausch: Ich mußte meinem Versprechen gemäß doch dem Grafen v. Eulenburg Kenntniß von dem Artikel geben, damit dieser sähe, daß er

das Opfer einer Intrigue werden sollte. Denn daß Herr v. Eulenburg in den Augen des Kaisers herabgesetzt werden sollte, war mir klar. Ich bleibe dabei, daß ich überzeugt war, daß Hintermänner vorhanden waren, aber ich hielt es für Schwindel, daß Herr v. Marschall zu diesen gehöre. — Präsi.: Was ging das an? Sie hatten als Polizeikommissar einfach die Aufträge auszuführen, die Ihnen von Ihrer Behörde ertheilt wurden, aber Sie hatten sich nicht um die Intriguen anderer Leute zu kümmern oder gar sich drein zu mischen. — v. Tausch: Aber ursprünglich hatte Ledert doch bloß von englischen Einflüssen gesprochen; Eulenburg wurde doch erst von Lühow hineingebracht.

Wie v. Tausch glaubt, daß es gemacht wird.

Präsi.: Bestreiten Sie nun ferner, daß Sie dem zweiten Artikel in der „Welt am Montag“ nahe stehen? — v. Tausch: Mit aller Entschiedenheit. Ich wäre ja wahnsinnig, wenn ich so etwas thun wollte, wo ich doch selber das Zeugnißverfahren beantragt habe. — Oberstaatsanwalt: Weiß denn der Angeklagte v. Tausch als Kriminalkommissar nicht, daß es ein Unbild ist, gegen einen Beschuldigten das Zeugnißverfahren anzuwenden? — v. Tausch: Warum denn nicht? Das ist doch schon öfters dagewesen. Ich dachte an ein „Verfahren in Sachen wider Unbekannt.“ Ich wußte ja damals noch nicht, daß das Strafverfahren gegen Ledert eingeleitet war. Mir war viel mehr darum zu thun, die Hintermänner zu ermitteln, als die Verleumder. Ich habe immer zu v. Lühow gesagt: Nehmen Sie sich in acht; Sie kriegen ein paar Monate Gefängniß. — Präsi.: Sie haben also abgerathen? — v. Tausch: Ja. — Präsi.: Nun hat der Angeklagte v. Lühow gesagt, und dies wird ja auch von Ihnen zugegeben, daß er damals ein Wortzeug in Ihrer Hand war. Er erhielt von Ihnen den Sold für die Ausführung der Aufträge, die Sie ihm übertrugen. Wenn Sie ihm nun gesagt hätten: Lassen Sie das dumme Zeug oder zwischen uns ist's aus: Lühow würde es nicht gewagt haben. Wenn der zweite Artikel gleichwohl erschienen, weil nach Angabe Lühow's Sie ihm keine Ruhe ließen, so klingt dies viel plausibler. — v. Tausch: Was Lühow als Journalist that, kümmerte uns nichts. Im übrigen habe ich gerade bei dieser Gelegenheit zu Geheimrath Wühl gesagt: Es ist ein wahres Glück, daß wir diesmal die Geschichte im Entschien sehen. Es entsteht doch wieder Mißtrauen im Auswärtigen Amt, wenn man das erndet, daß wieder ein Agent seine Hände im Spiele hat. Sie sollen diesmal sehen, daß wir dem Auswärtigen Amt diesmal ehrlich dienen.

Tausch's schlechtes Gewissen.

Präsi.: Als dieser zweite Artikel nun erschienen war, sollen Sie eine große Angst verrathen und zu Lühow gesagt haben: „Im Auswärtigen Amt ist der Teufel los und auch der Polizeipräsident ist ungehalten.“ Ich werde Sie diesmal wohl nennen müssen. — v. Tausch: Nein, ich war nur ärgerlich, nicht in Angst, weil ich Unannehmlichkeiten vorausah. — Präsi.: Man würde Ihrer Darstellung Glauben schenken können, wenn Sie nicht durch Ihre Handlungen selbst die Darstellungen Lühow's bestätigten. Geben Sie zu, daß Sie zwei Tage vor der Hauptverhandlung im Prozesse Ledert-Lühow beim Dr. Liman gewesen sind? Was wollten Sie von dem? — v. Tausch: Die ganze Presse war damals schon über mich hergefallen und besonders die „Frankf. Ztg.“ hatte schwere Beschuldigungen gegen mich erhoben. Ich wollte dem Dr. Liman nur auf das Grundlose dieser Beschuldigungen hinweisen. — Präsi.: Haben Sie den Dr. Liman nicht inständig gebeten, Sie in Schutz zu nehmen und den etwa in der Hauptverhandlung, deren Spitze sich gegen Sie lehre, gegen alle erhobenen Vorwürfen seinen Glauben zu schenken? Sie hatten als Zeuge doch nur die reine Wahrheit zu sagen, also von keiner Seite Angriffe zu erwarten, wenn Sie sich keiner Schuld bewußt waren? — v. Tausch: Ich habe nur gebeten, mich in der Presse in Schutz zu nehmen, die schon damals gegen mich behrte. — Präsi.: Haben Sie nicht auch damals sich weiterhin schon sehr abfällig über Lühow ausgelassen und ihn dringend der Urkundenfälschung bezichtigt? — v. Tausch schweigt.

Der Präsident mahnt v. Tausch zur Vorsicht.

Präsi.: Weiter ist es doch bestrebt, daß Sie schon damals, vor der Hauptverhandlung, dem Zeugen Liman erzählt hätten, daß der Chefredakteur des „Berliner Tagebl.“, Dr. Levsjohn, Ihr Gespräch mit ihm in entstellter Weise wiedergegeben habe? — Angell.: Das werde ich wohl gesagt haben. — Präsi.: Was ging das Liman an? — v. Tausch: Ich wußte ja schon, daß Levsjohn vernommen werden sollte. — Präsi.: Jetzt seien Sie aber vorsichtig! Sie brachten also das Gespräch auf diese Angelegenheit mit Levsjohn. Wie konnten Sie denn annehmen, daß Levsjohn eine einfache unrichtige Preisangabe unter seinem Eide aufrecht erhalten werde? Doch nur, wenn Sie das wirklich gesagt hätten. — v. Tausch: Ich wußte, daß Levsjohn schon im Auswärtigen Amt die Nachricht aufrecht erhalten hatte. — Präsident: Sie mußten doch abwarten, ob er diese gelegentliche Bemerkung einer Behörde gegenüber auch unter seinem Eide aufrecht erhalten werde. Entweder war die Behauptung Levsjohn's wahr oder sie hielten Levsjohn für einen Menschen, von dem Sie alles erwarten, sogar einen Meineid. — v. Tausch: Ich bin weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß Dr. Levsjohn wesentlich einen Meineid geleistet hat, ich nehme vielmehr an, daß er geglaubt hat, es so gehört zu haben, wie er es wiedergegeben hat. — Präsi.: An dieser Ihrer Auffassung ist gewiß etwas richtig. Die Leute von der Presse können leicht, besonders wenn sie hören wollen, mehr hören als gesprochen wird. — v. Tausch: Dieser Widerspruch zwischen Levsjohn und mir, der eigentlich gar kein Widerspruch ist, kam schon zwischen mir und meinem Vorgesetzten zur Sprache. — Präsi.: Dabei wollen wir jetzt stehen bleiben. Sie haben also den Levsjohn'schen Artikel gelesen? — v. Tausch: Ja. — Präsi.: Wo? — v. Tausch: In meiner Wohnung. — Präsi.: Früher sagten Sie, bei Geh. Rath Wühl? — v. Tausch: Auch, aber vorher schon dabei. — Präsi.: Warum machten Sie Wühl auf den Artikel aufmerksam? — v. Tausch: Weil ich zu Levsjohn über Ledert doch unter dem Siegel der Verschwiegenheit gesprochen hatte. — Präsi.: Dann gab es doch den naheliegenden Weg, daß Sie sofort zu Herrn Dr. Levsjohn hingingen und sich beschwerten. — Angell.: Nach meiner Meinung wäre es Sache der Behörde gewesen, die falsche Mittheilung des „Tagebl.“ zu berichtigen. Ich hätte es gar nicht gedurst. — Präsi.: Haben Sie denn die erste Mittheilung dem Dr. Levsjohn als Beamter machen dürfen? — Angell.: Das war eine ganz private Mittheilung meinerseits.

Der gebrochene Tausch bei Harden.

Präsi.: Es muß weiter bestrebt, daß Sie mit großer Bestimmtheit unter Berufung auf Gott den Auswärtigen unter Ihrem Eide die Behauptung des Dr. Levsjohn bestritten und dann am 5. Dezember, zwei Tage vor Ihrer Verhaftung, nachdem Sie schon Verschiedenes bestritten, was sich jetzt als unwahr herausstellt, in völlig gebrochenem Zustande zu dem Schriftsteller Maximilian Harden gingen und dort das Gespräch auf die Levsjohn-Affäre brachten, da muß man annehmen, Sie hätten unter dem Eindruck des Meineides. — v. Tausch: Es ist doch gewiß kein Wunder, daß ich gebrochen war, wenn ein Beamter von einem Manne wie v. Lühow beschuldigt wird, eine Urkundenfälschung begangen zu haben. Ich war vollständig gebrochen, weil ich wußte, daß man mich schon am nächsten einen Tag vorher verhaftet hätte, und es mir nun

klar war, daß man mit dieser Maßregel nach dem „Geständniß“ des Herrn v. Lühow nun wohl gegen mich vorgehen würde. Es war mir am Morgen meiner Verhaftung telephonirt worden: Seien Sie vorsichtig, Ihre Verhaftung ist von hoher Stelle schon vorgeschlagen. Herr Sekretär Licus vom Polizeipräsidium, der hier stenographirt, wollte mir auch helfen. Er gab mir an die Hand, allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, indem ich zugeben sollte, daß ich vielleicht gesagt habe, Ledert „solle“ von Freiherren v. Marschall empfangen worden sein. Ich konnte das aber nicht, ich konnte es nur so beschwören, wie ich es gethan habe, jede andere Aussage wäre ein Meineid gewesen. — Präsi.: Was veranlaßte Sie denn, zu Herrn Harden zu gehen? — Angell.: Der Inhaber eines Detektiv-Bureaus Roth-Platz, der das sogenannte Geständniß Lühow's gelesen hatte, bot mir seine Hilfe an und führte mich bei Herrn Harden ein. — Präsi.: Was sollte Ihnen denn gerade Herr Harden nützen? — Angell.: Ich hatte das Bedürfnis, mich an jenem Abend mit jemand auszusprechen. — Präsi.: Alle diese Thatsachen, daß Sie sowohl am 30. November dem Dr. Liman gegenüber, als auch am 5. Dezember Herrn Harden gegenüber von der Levsjohn'schen Angelegenheit sprachen, ist ein gewisser Kuhalt dafür, daß die Behauptung Lühow's richtig ist. Die Angst trieb Sie zu Wühl, zu Friedheim, zu Liman und zu Harden. Alle diese Dinge zeigen, daß Sie sich mit Erwägungen über die Levsjohn-Affäre fortgesetzt umhertrieben und trotzdem niemals Herrn Dr. Levsjohn auf die angebliche Unrichtigkeit der Notiz aufmerksam gemacht haben und nichtsdestoweniger plötzlich in der Hauptverhandlung auf allebestimmteste unter Ihrem Eide Herrn Dr. Levsjohn entgegentraten. Daraus kann man schließen, daß Sie, um Ihre Intrigue nicht aufkommen zu lassen, beschloßen haben, einen Meineid zu leisten. — v. Tausch: Nein, mich hätte ja nichts gehindert, im letzten Augenblicke mich noch zu korrigiren.

Der „Wühl“-Artikel der „Kölnischen Zeitung“.

Präsi.: Wir gehen nun weiter über zu dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ unter der Ueberschrift „Flügel-Adjutanten-Politik“. Sie sollen einen Meineid geleistet haben, indem Sie fälschlich aus Feindschaft gegen Marschall zuerst den Behörden, für die Sie Recherchen nach dem Verfasser angestellt hatten, den Schriftsteller v. Wühl als den Verfasser nannten, während thatsächlich Herr Hauptmann Hönig der Verfasser war. Sie haben dann in der damaligen Verhandlung eidlich ausgesagt, daß Sie den Verfasser nicht kennen, es ist aber festgestellt, daß der Angeklagte v. Lühow schon vor Beginn der Verhandlung den Hauptmann Hönig als Verfasser des Artikels genannt hat und nun liegt der Rückschluß ziemlich nahe, daß es auch Ihnen nicht unbekannt sein konnte. — v. Tausch: Ich kann nur sagen, daß ich den Singold-Stark mit den Recherchen beauftragt hatt; ich sagte ausdrücklich zu ihm: Seien Sie vorsichtig. Neben Sie lieber nichts, als etwas Falsches. Nach ein paar Tagen wurde mir der Name des Herrn v. Wühl als Verfasser genannt. — Angell. v. Lühow: Ich weiß meinerseits, daß mir der Angell. v. Tausch schon im Sommer v. J. einmal gesagt hatte, daß Herr Hönig der Verfasser des Artikels sei.

Ein weiteres Intriguenstückchen.

v. Lühow: Als der Prozess Ledert-Lühow begann, hatte Tausch mich vorher dahin instruir, daß ich bei irgend einer passenden Gelegenheit in die Verhandlung hineinwerfen sollte und Herr Hönig, der Verfasser dieses Artikels in der „Kölnischen Ztg.“, werde von dem Prinzen Alexander Hohenlohe empfangen. Diese Thatsache habe ich zwei Tage vor der Hauptverhandlung meinem Verteidiger erzählt. — v. Tausch: Ich habe doch Singold-Stark besonders „scharf gemacht“. Welches Interesse sollte ich um alles in der Welt wohl daran gehabt haben, eine mir von der Behörde ertheilte Aufgabe falsch zu erfüllen und bewußt unrichtig einen Verfasser zu nennen. Mit einem solchen Vorgehen mußte ich selbst bei der Behörde diskreditiren. — v. Lühow: Ich weiß, daß der Angeklagte v. Tausch vielfach in solchen Fällen falsche Namen nannte, in der Absicht, dem Auswärtigen Amte etwas in die Schuhe zu schieben. v. Wühl als Korrespondent der „K.-Z.“ wird im Auswärtigen Amte empfangen und deshalb hat er Herrn v. Wühl als Verfasser genannt. In solchen Fällen schaffte er sich Persönlichkeiten wie mich oder Singold-Stark, durch die er gebet war. Ging die Sache gut, so hatte er seinen Zweck erreicht, ging sie schief, so hatte er einen Prügelknaben. Ein solcher Prügelknabe bin ich auch oft gewesen. — Rechtsanwalt Lubjanski: Der Angeklagte v. Tausch hatte doch mit der Presse viel zu thun. War ihm denn ganz entgangen, daß der Abg. Richter ganz öffentlich erklärt hatte, daß der Hauptmann Hönig der Verfasser des Artikels sei? — v. Tausch: Das muß mir entgangen sein. Ich hatte die Presse nicht zu kontrolliren und lese die „Heimliche Zeitung“ nicht; zum Lesen der Zeitungen haben wir acht Direktoren. Wenn es den letzteren angefallen wäre, dann müßten mir diese Artikel zugesandt worden sein.

Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts.

In Anknüpfung an eine frühere Bemerkung des Angeklagten v. Tausch nimmt Oberstaatsanwalt Drescher Veranlassung, auf das Bestimmteste zu betonen, daß es ein großer Irrthum wäre, wenn der Angeklagte annähme, daß seine Verhaftung „von hoher Stelle“ schon in einem früheren Moment in Anregung gebracht worden sei, als er (der Staatsanwalt) sie beantragt habe. Weder Herr v. Marschall noch sonst eine „hohe Stelle“ habe eine solche Zustimmung an ihn gestellt. Und wenn die Verhaftung nicht schon früher erfolgt sei — wie vielfach erwartet wurde — so liegt das daran, daß er (Drescher) sie noch nicht an der Zeit hielt. Als der Angeklagte v. Lühow sein sogenanntes — ich habe es stets als ein sogenanntes bezeichnet — Geständniß abgab, trat sein Verteidiger Lubjanski an mich heran und legte mir die Verhaftung nahe. Ich erklärte: Nein, so weit ist es noch lange nicht. Dabei war Herr von Marschall zugegen und widersprach mir keiner Eide. Und als der Herr Verteidiger Beiseiteschaffung von Belastungsmaterial befürchtete, erklärte ich ihm, wenn ein solches da sei, habe v. Tausch jedenfalls es längst bei Seite gebracht. — v. Tausch: Ich habe keinen Verdacht ausgesprochen, sondern nur wiederholt, was das „Berliner Tageblatt“ geschrieben. — Präsi.: Wie sind mit der Vernehmung des Angeklagten zu Ende; es wurde ihm vorgeworfen: 1. daß er Politik getrieben und politische Artikel inspirirt habe; 2. v. Lühow für seine persönliche Zwecke in Anspruch genommen; 3. die Fälschung der russischen Quittung seinen Vorgesetzten verschwiegen und 4. endlich, daß er bestritten, an Levsjohn die Mittheilung bez. Ledert's Empfang im Auswärtigen Amt gemacht zu haben.

(Mittagspause.)

Zeugenvernehmung.

Polizeirath Rübner, Kriminalkommissar Henniger, Oberlandes-kulturrath Wühlken, Schulmann Schragrübler stellen dem Angeklagten v. Tausch das beste Zeugniß aus: persönlich liebenswürdig, gewissenhafter Beamter, kein Intriguan, kein Streber — gerade das Gegentheil: v. Tausch trug sich schon mit Pensionirungs-gedanken.

Wühl's Vernehmung.

Präsi.: Sie sollen hauptsächlich darüber vernommen werden, daß v. Tausch auf eigene Faust Politik getrieben, Artikel geschrieben, bez. inspirirt habe. — Wühl: Ich kenne den Angeklagten von Tausch garnicht. Ich habe in der Voruntersuchung nur Aussage ge-

macht über die Thätigkeit Normann-Schumann's zu einer Zeit, als derselbe unbekannt im Dienste der Polizei stand. Normann-Schumann hatte im Februar 1898 im „Mémorial diplomatique“ Artikel veröffentlicht, in welchen er Angriffe gegen den Kaiser, den Freiherrn v. Marschall und das Auswärtige Amt richtete, wie sie nur von jemand herrühren konnten, der über die intimsten Personalverhältnisse verfügt. Ich erhielt von befreundeter Seite aus London, die auch mit Paris Verbindungen hat, die Mitteilung, daß Normann-Schumann der Verfasser der Artikel, auch zugleich Bediensteter der Berliner Polizei sei. Ich war über diese Erklärung auf höchste Unzufriedenheit, stellte meine Nachforschungen an und es ging aus denselben mit aller Gewißheit die Richtigkeit seiner Behauptung hervor. Ich lernte Normann-Schumann dann später in Zehlendorf persönlich kennen. Er machte den Eindruck eines sehr geübten und intelligenten, zugleich aber auch sehr indiskreten Herrn. Mir fiel es auf, daß er in seiner Unterhaltung Kenntnisse von Vorgängen in den höheren Kreisen verrieth, die darauf schließen ließen, daß er vorzüglich unterrichtet sein mußte. So war er beispielsweise Berichterstatter bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals gewesen und wußte eine Menge kleiner Geschichten und Anekdoten zu erzählen, die sich in der Umgebung des Kaisers zugezogen haben sollten. Ich hatte auch erfahren, daß Normann-Schumann außer den veröffentlichten Artikeln im „Mémorial diplomatique“ noch viele andere unter dem Pseudonym Mac Ginnis an die Redaktion geschickt hatte, welche indessen nicht abgedruckt worden waren. Durch einen eigenhändigen Umstand erfuhr man, daß Normann-Schumann mit der Berliner politischen Polizei in Verbindung stand. Er hatte nämlich Kreuzbänder zum Versand von Zeitungen und Manuscripten an die Redaktion des „Grafen“ benutzt, die auf der Innenseite die Adressen des Polizeiraths v. Mauderode trugen. Ob dies ein Verbrechen oder Betrug war, habe man nicht wissen können. — Prä.: Haben Sie selbst Artikel des Normann-Schumann gelesen und wissen Sie, daß sie von Tausch inspirirt waren? — Zeuge: Ich habe genau festgestellt, daß gewisse Artikel von ihm herrühren, außerdem hatte ich ja eine Quittung der Zeitung über seine Beiträge in der Hand gehabt, habe aber keinen Anhalt dafür, daß sie auf Informationen des Angekl. v. Tausch beruhen. Schumann mußte aber sehr gut unterrichtet gewesen sein. Er ist auch mal nach Järich in Sachen der Welfensfondsquittungen geschickt worden und hat sich bei der Gelegenheit an einen meiner Parteigenossen, den Kaufmann Manz, herangebracht, und ihm gegen Geld Quittungen des Welfensfonds angeboten. Es handelte sich allerdings nicht um Originale, sondern um Abschriften der Inhaltsangabe, die aber mit so deutlichen Hinweisen versehen waren, daß über die Empfänger der Gelder gar kein Zweifel übrig blieb. — Oberstaatsanwalt Drescher: Hat Normann-Schumann auch dem „Vorwärts“ Artikel geliefert? — Zeuge: Ja, meines Wissens hat er 1895 oder 1896 einige kleinere politische Notizen dem „Vorwärts“ geliefert. — Oberstaatsanwalt: Welcher Art waren diese? — Zeuge: Soviel ich weiß, betrafen sie den Reichskanzler oder das Auswärtige Amt. — Oberstaatsanwalt: Waren sie gegen diese gerichtet? — Zeuge: Ich kann nur sagen, daß die Artikel so eigenhändig gehalten waren, als ob es sich darum handelte, daß nach oben hin etwas angerichtet werden sollte, Verwirrung u. dergl. — Oberstaatsanwalt: War auf der Redaktion des „Vorwärts“ bekannt, daß Normann-Schumann Agent der politischen Polizei war? — Zeuge: Mir war es bekannt, und die Redaktion des „Vorwärts“ hat ja die Erklärung abgegeben, daß Normann-Schumann bei einer Zusammenkunft Beziehungen zur Polizei zugab unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese zur Sozialdemokratie bezw. gegen dieselbe nicht in Frage kämen. Herr Schumann hat aber gleichzeitig versichert, daß er nichts gegen die Sozialdemokratie unternähme. — Auf weiteres Befragen des Oberstaatsanwalts erklärt der Zeuge, daß er persönlich keine bestimmten Thatsachen dafür kenne, wer Herr v. Tausch's Hintermann oder wer Herr Schumann's Informator sei. Weiteren Fragen begegnet der Zeuge mit dem Hinweis, daß er nicht zur Redaktion des „Vorwärts“ gehört. Die Frage des Rechtsanwalts Sello: ob der Polizei bekannt gewesen sei, daß Normann-Schumann für den „Vorwärts“ diese Artikel geliefert habe, beantwortet Zeuge dahin, daß niemand im „Vorwärts“ ein- oder ausgehe, der nicht überwacht werde.

Weitere Zeugen.

Ankwaltschaft Siedow ist ebenfalls ein Leumundzeuge für v. Tausch. Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus Dr. Mantler ist als Leumundzeuge für v. Tausch vorgeschlagen. Er kann aus den Akten des Bureaus nichts Nachtheiliges über v. Tausch erfahren, der etwa 1/2 Jahre, 1888/89 im Wolffschen Telegraphen-Bureau angestellt war und nicht entlassen worden, sondern selbst ausgeschieden ist.

Auch Redakteur Erdmannsdorffer von der „Deutschen Warte“ ist Leumundzeuge für den Angekl. v. Tausch. Gesellschaftlich habe der Angekl. einen durchaus günstigen Eindruck gemacht, sei „kavaliermäßig“ gewesen, von seinen Mittheilungen als Redakteur des Theiles „Gef und Gesellschaft“ haben sich mehrere nicht befähigt.

Normann-Schumann in der „Saale-Zeitung“.

Schriftsteller Brentano, früher Chefredakteur der „Saale-Zeitung“, jetzt am „Berliner Lokal-Anzeiger“: Seine Zeitung habe seinerzeit von Normann-Schumann scharf geschriebene Artikel gegen den neuen Kurs gebracht, in denen hauptsächlich Waldersee als der kommende Mann gefeiert wurde. Dann folgten heftige Artikel gegen den Grafen Caprivi, höchst bedenkliche Artikel über ein angebliches Ohrenleiden des Kaisers u. dergl. Diese Artikel, welche aus Dresden datirt waren, waren so kraß, daß er sie dem Schumann mit dem Bemerkten zurücksenden mußte, ob er denn glaube, er sei verrückt geworden? Wunderbarer Weise erschienen bald darauf einzelne der Artikel, die zurückgeschickt worden waren, in französischen und österreichischen Blättern, so beispielsweise ein Artikel über die bekannte Welfensfonds-Affäre des Herrn v. Bötticher. Mir wurde die Sache sehr unangenehm, ich bekam es nachgerade mit der Angst zu thun. Ich hätte ja vielleicht besser dem Verleger die Sache mittheilen können, damit wir uns den Mann vom Halse schaffen konnten, es war mir das aber sehr unangenehm, weil ich Schumann selbst dem Verleger empfohlen hatte und weil dieser ein vorzüglicher Korrespondent in mancher Beziehung war und der „Saale-Zeitung“ viele interessante Nachrichten polizeilicher und anderer Natur gegeben hatte. Als mir aber die Sache zu bunt wurde und fortwährende Anfragen nach dem Verfasser der Artikel an mich herantraten, richtete ich einen vertraulichen Brief an den Reichskanzler Grafen Caprivi, in welchem ich erklärte, daß ich angefaßt des ganzen Treibens gewillt sei, die Quelle jener Artikel zu nennen. Ich daß ein eine Unterredung entweder mit ihm selbst oder einem von ihm bestellten Vertrauensmann. Ich erhielt die Aufforderung, nach Berlin zu kommen. Als ich hier auf dem Bahnhofe eintraf, begegnete mir auffälligerweise sofort Normann-Schumann. Ich sagte ihm, daß ich zum Reichskanzler befohlen sei, worauf er mich warnte, ich möchte mich in acht nehmen, man überwache mich in Berlin. Ich wurde nicht vom Reichskanzler, sondern von dessen Adjutanten Schmeier empfangen. Derselbe stellte an mich das Verlangen, den Verfasser der Artikel zu nennen. Ich weigerte mich, nach längerem Drängen ließ ich mich aber zu der Erklärung herbei, daß man den Verfasser unter den Angestellten der politischen Polizei suchen möge. Zu weiteren Erklärungen war ich nicht zu bewegen. Belohnung erhielt ich nicht; ich nahm nicht einmal Ersatz der Reisekosten. Nach Halle zurückgelehrt, richtete ich an den Adjutanten Schmeier ein Schreiben, worin ich die Erklärung wiederholte und als Requitent nur erbat, mir in eventuellen Fällen Auskunft von ihm erbitten zu dürfen, damit unsere Zeitung als ein gut-

unterrichtetes Blatt bestehe. Eine Antwort erhielt ich hierauf nicht. Aber nach einigen Tagen erschien Normann-Schumann im Redaktionsbureau und führte sich mit den Worten ein: Herr Doktor, was haben Sie gemacht? Sie haben ja meinen Namen dem Adjutanten des Reichskanzlers verrathen! Ich erklärte, daß dies eine Lüge sei. Darauf holte Normann-Schumann eine wortgetreue Kopie meines Schreibens an den Adjutanten Schmeier hervor. Meine Ueberraschung war natürlich groß. Erst nach 2 Jahren wurde mir Anklage. Der Brief war dem Herrn v. Tausch übergeben worden, mit dem Auftrage, den Verfasser unter seinen Angestellten zu ermitteln und Herr v. Tausch hatte den Brief an Normann-Schumann weitergegeben, der selbst der Verfasser war. (Sensation.) Später bin ich dann eines Tages von dem Verleger der „Saale-Zeitung“ benachrichtigt worden, daß ich meine Thätigkeit dasebst einstellen hätte, „ich wüßte ja gewiß warum“. Schumann hat mir doch und heilig zugeschworen, daß er dabei seine Hand nicht mit im Spiele gehabt habe. Im Jahre 1890 hat auch der damalige Chef der politischen Polizei, Herr v. Mauderode, sehr eindringlich mich aufgefordert, ihm doch den Verfasser jener Artikel zu nennen. Ich habe es ihm aber auch abgelehnt. Nach meinem Scheiden in Halle ging ich auf einige Zeit nach Paris. Als ich von dort nach Berlin kam, wurde ich dort am gleichen Abend am Reichstagsufer schwer überfahren, so daß ich ins Hotel gebracht werden mußte. Schon am nächsten Tage war zu meiner Ueberraschung Herr Schumann bei mir. Auf meine Frage, woher er denn meine Anwesenheit wüßte, nannte er den Namen v. Tausch und sagte, dieser habe mich in Köln auf dem Bahnhof gesehen und hierher telegraphirt: er solle sich in acht nehmen, ich käme nach Berlin. In späterer Zeit hat er dies wieder abgelehnt und behauptet, daß er seine Ankunft aus der Fremdenliste erfahren habe. Als ich wieder aufstehen konnte, hat mich Schumann einmal ans Fenster genommen und mir zwei Männer auf der Straße gezeigt, die mich angeblich polizeilich überwachen müßten. Ich glaube es ihm nicht, weil ich absolut keinen Grund dazu einsehen konnte. Auf Schumann's Rath habe ich dann, als ich wieder ausgehen konnte, die Probe auf das von Schumann mir gestellte Exempel gemacht und ich bin in der Mauerstraße in einen Durchgang gegangen und dann plötzlich umgekehrt und da ergab es sich dann in der That, daß die beiden Männer mich verfolgten. Schumann hat dann gesagt, er werde dafür sorgen, daß die Beobachtung aufgehört würde und dies geschah denn auch. Ich habe später noch mehrfach Gelegenheit gehabt, mit Herrn Schumann zu sprechen und als der Prozess Sedert-Lühow bevorstand, drückte ich ihm meine Meinung aus, daß er nun am Ende auch als Zeuge vernommen werden könnte. Schumann hatte darauf geantwortet: Meine Koffer sind gepackt. In dem Augenblicke, wo ich als Zeuge vorgeladen werde, bin ich außerhalb Deutschlands. Was ich weiß, will ich als Zeuge nicht verpuffen, sondern ich kann damit anderswo mehr Geld verdienen. Schumann war in letzter Zeit sehr aufgeregt gegen v. Tausch, weil dieser ihn nach seiner Rückkehr nach Berlin ihm jede Annäherung entschieden abgelehnt habe. Er erzählte mir auch, daß, als er in zwei anonymen Briefen dringend darauf hingewiesen wurde, daß Weite zu suchen, er mit diesen Briefen zu v. Tausch habe gehen wollen, dieser ihn aber nicht angenommen habe. Schumann war ein durch und durch unwahrer Mann, er sprach stets von Hintermännern, die ein lebhaftes Interesse daran hätten, wenn ich rechtzeitig von der Bildfläche verschwände. Ich muß aber hervorheben, daß er in den vielen Begegnungen, die ich mit Schumann hatte, niemals v. Tausch als seinen Mitarbeiter genannt oder auch nur angedeutet hat, daß er um die Artikel wisse. Als diejenigen, die den Feldzug gegen den Grafen v. Caprivi führten, nannte er u. a. Altona, Friedrichshagen, er sprach von Waldsee, dem Fürsten Bismarck u. dergl. Ich sah dies aber als Prahlerei an. — Prä.: Haben Sie nicht auch einmal eine charakteristische Unterredung mit dem Schriftsteller Magn. Harden gehabt? — Zeuge: Das ist richtig. Herr Harden brachte einen ziemlich heftigen Artikel gegen mich, in welchem er mich beschuldigte, daß ich mich für meine Unterredung mit Gstein habe bezahlen lassen. Ich verlangte eine Verichtigung und erhielt eine unverständliche Antwort mit dem Hinweis auf den Verleumdungsparagraphen (187) des Strafgesetzes. Ich ging zu Harden und führte mit Herrn Harden ein längeres Gespräch. Dabei behauptete er zu meiner größten Ueberraschung die gänzlich falsche Thatsache, daß ich in meiner Unterredung mit dem Reichskanzler ich als den Verfasser der schandbaren Normann-Schumann'schen Artikel bezeichnet habe. Ich habe sofort gesagt: Wer das behauptet hat, muß ein großer Schurke sein. Schließlich hat mir Herr Harden den Angekl. v. Tausch als seinen Gewährsmann genannt. — v. Tausch stellt das alles als Tritium hin. Harden sei Zeitschreiber gewesen an der „Saale-Zeitung“. — Oberstaatsanwalt: Wie kommt es, Angekl. v. Tausch, daß der Brief an den Reichskanzler Caprivi oder dessen Adjutanten in die Hände des Normann-Schumann gelangt ist? — Angekl.: Ich weiß wirklich nichts von dem Briefe. Vielleicht Herr v. Mauderode? — Oberstaatsanwalt: Wie erklärt der Angekl. v. Tausch, daß Normann-Schumann Kenntnis von der Ueberwachung des Zeugen Brentano hatte? — Angekl. v. Tausch: Ich wiederhole, daß ich zu dieser Observation in gar keiner Beziehung stehe. Ich entsinne mich nur, daß wir einmal zwei Beamte dienstlich meldeten, daß sie mit der Ueberwachung des Dr. Brentano beauftragt worden waren und zwar vom Geheimrath v. Mauderode. — Zeuge Brentano: Ich kann mir vielleicht erklären, wie es gekommen ist. Kurze Zeit bevor ich von Paris nach Berlin zurückkehrte, erschienen dort eine Menge skandalöser Artikel. Es ist ja immerhin möglich, daß ich mit diesen Artikeln fälschlich in Verbindung gebracht wurde. — Oberstaatsanwalt: Die betreffenden Artikel hatten Normann-Schumann zum Verfasser, den sie durch einen gewissen Grothe in die „Agence libre“ bringen ließ. Die Quelle führte nach Berlin und das Auswärtige Amt ertheilte damals Herrn v. Tausch den Auftrag, den Verfasser zu ermitteln. Es war damals dem Auswärtigen Amt nicht bekannt, daß Normann-Schumann der Agent des Herrn v. Tausch war. — v. Tausch: Mir ist von einem solchen Auftrag nichts bekannt. — Prä.: Ich gebe anheim, zu bedenken, ob und inwiefern die weitere Erörterung dieses Punktes, die ja vielleicht interessanter Einzelheiten über Schumann bringen können, uns der Entscheidung der Frage näher bringen kann, daß der Angekl. einen Meineid leistete. — Oberstaatsanwalt Drescher: Es war nur zur Illustration herangezogen. — Auf weitere Fragen der Vertheidigung und des Oberstaatsanwalts erzählt der Zeuge noch einen Vorfall, der nach Ansicht der Anklage sich dahin deuten ließ, daß Normann-Schumann beabsichtigt hatte, den Ankläger zu verdrängen, als ob er im Auswärtigen Amt Enthüllungen machen wolle. Zeuge Brentano bestätigt, daß kurz vor dem Sedert-Lühow-Prozesse Schumann mit einer großen Wappe unter dem Arm in das Gebäude des Auswärtigen Amtes gegangen sei, doch hat der Zeuge die Ansicht, daß es ihm wohl nur darauf angekommen sei, zu prüfen, ob er observirt werde. — Schumann habe sich wiederholt gerühmt, mit dem Grafen Waldersee Unterredungen gehabt zu haben. Er behauptete sogar einmal, dieser habe ihm sogar 9000 M. Hypothek auf sein Grundstück in Charlottenburg gegeben. — Der Oberstaatsanwalt bemerkt hierzu, er habe das Hypothekenbuch eingesehen und könne sagen, daß daselbst vom Grafen Waldersee gar keine Rede sei. — Der Angekl. v. Tausch versichert nochmals, daß er den Zeugen Brentano niemals habe observiren lassen. Ueber die Beziehungen v. Tausch's zu Normann-Schumann konnte der Zeuge nur angeben, daß Normann wiederholt von Geldgeschäften gesprochen habe; er habe v. Tausch aus Bucherhänden besorgen müssen und selber Geld für Tausch ausgelegt. Redakteur Erwin Bauer, früher Herausgeber der „Neuen

Deutschen Zeitung“ kennt Normann-Schumann. Er hatte sich bei ihm als höherer Beamter des Justizministeriums eingeführt und Dr. Werner genannt. Er schrieb mehrere Artikel und bot sich an, zum Tauterent-Raubmordprozess zu gehen, da dies die beste Gelegenheit sei, dem internationalen Judenthum eins zu versetzen. Der betreffende habe Herrn v. Tausch als seinen Inspirator nie genannt.

Unerwartete Wendung.

Zeuge läßt sich auch über die Beziehungen Normann-Schumann's zu Baasch aus, dem er jedes mal vorher mitgeteilt habe, wenn Hauszuchung oder Verhaftung erfolgt sei. — v. Tausch: Ich kann das bestätigen, ich selbst habe Baasch in vier Wochen fünfmal verhaften müssen, ohne daß ich es vorher wußte. Wohl aber wußte es Normann-Schumann vorher. — Oberstaatsanwalt: Damit will also v. Tausch sagen, daß die Informationen Schumann's von Gerichsstelle ausgingen? — v. Tausch: Ich könnte einen Zeugen nennen. — Oberstaatsanwalt Drescher: Ich lege kein Gewicht darauf, dann hängt es nicht mit der Angelegenheit Tausch zusammen. — Präsident: Ich meine aber wirklich, daß wir die Beziehungen des Normann-Schumann zu einigen Blättern genügend erörtert haben. — Oberstaatsanwalt: Ich stimme dem Herrn Präsidenten vollständig bei und erkläre, daß ich zu der Ansicht gelangt bin, daß die vagen Beziehungen des Normann-Schumann zu einzelnen Zeitungen nicht auf die Thätigkeit des Angekl. v. Tausch zurückzuführen sind. Der folgende Zeuge ist der Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Große. Er bekundet, daß eines Tages ein Herr zu ihm gekommen sei, der sich als Assessor von Klermann vorgestellt und erklärt habe, daß er in einer sehr peinlichen Privatmission komme, die ihm um so schwerer falle, da er kein Diplomat sei. Er habe einige Fragen in betreff eines Artikels in den „M. N.“ an ihn zu richten. Der Zeuge hat es entschieden abgelehnt, irgend welche Auskunft zu ertheilen, worauf der Besucher sich wieder entfernt habe. Nach einigen Tagen habe er den angeblichen Assessor von Klermann auf der Tribüne des Reichstages wieder gesehen, man habe ihm aber auf Befragen erklärt, daß es der Herr v. Lühow sei. — Der Angekl. v. Lühow erklärt, daß hier eine Personenverwechslung vorliegen müsse und bleibt auch trotz aller Vorhaltungen des Präsidenten dabei. Lühow sagt, er hätte ja keinen Grund zu leugnen, da er sich hundert Male unter falschem Namen habe irgendwo einfahren müssen; er habe ja schon gesagt, er habe falsche Visitenkarten, falschen Paß u. dergl. Auf Wunsch v. Tausch's der sich zu schwach fühlte, um den weiteren Verhandlungen zu folgen, wird die Sitzung um 5 Uhr abgebrochen und auf Sonnabend früh 9 Uhr verlag.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Der Vorstand der „Freien Volkshöhne“ hat sich, obwohl die dritte Abtheilung unseres Vereins erst zur Hälfte gefüllt ist, entschlossen, drei Aufführungen von dem nächsten Stücke zu veranstalten. Von einer Zusammenlegung der schwachen dritten Abtheilung mit den beiden anderen, wie sie im finanziellen Interesse des Vereins für die Vorstellung der „Mütter“ gewählt war, ist definitiv Abstand genommen. Jede Ueberfüllung soll vermieden werden, nur gute Plätze kommen zur Ausbeutung. Der Verein, der so schnell zweieinhalb tausend Mitglieder in der Berliner Arbeiterkassette gewonnen, darf hoffen, daß, wenn die einstelligen gesperrten Zahlstellen für Neuaufnahmen wieder geöffnet werden, es gelingen wird, für die unvollständige Abtheilung III noch ein Paar hundert Mitglieder neu hinzuzugewinnen. Arbeiter, Parteigenossen, zeigt, daß ihr ein reges Interesse an dem guten Fortgange unserer Volkshöhne nehmt! Zeigt, daß das Vorhaben der Herren Bloch und Entsch, die auf ihre literarischen Verfügungsrechte gestützt, uns die bereits angekündigte Aufführung von „Cyprien“, sowie von Halbe's „Jugend“ runderweg verboten, dem Wachstum unseres Vereins nichts anhaben vermag! Wir werden, durch das Monopol dieser Herren gezwungen, diesmal Angenrubers „Der G'wissenswurm“, ein Stück, das jeder, der es auch anderswo gesehen haben sollte, sicher gerne zum zweiten Male sieht, zur Aufführung bringen, wie die Annonces bereits ankündigte. Die Vorstellungen werden, sicher dem lebhaft empfundenen Bedürfnisse sehr vieler Mitglieder entsprechend, in anbeacht der vorgeschriebenen Sommerzeit, theilweise wenigstens am Abend stattfinden. Für die erste Abtheilung wird am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, für die zweite am Pfingstsonntag Nachmittag, für die dritte am Dienstag, den 8. Juni, 8 Uhr abends, gespielt. Mitglieder der ersten Abtheilung, die am Besuch der Abendvorstellung verhindert sein sollten, haben zu der Pfingstsonntag-Vorstellung freien Eintritt. Je besser sich die dritte Abtheilung füllt, um so gefesteter wird die Lage unseres Vereins, um so leichter wird es ihm sein, für den kommenden Winter in großen Berliner Theatern allen Ansprüchen genügende Aufführungen für unsere Mitglieder zu veranstalten. Der Vorstand der Freien Volkshöhne.

Inr Pferdebahnfrage wird aus dem Rathhause berichtet: Das Magistratskollegium hat die von der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommenen Abänderungen an dem mit der Großen Berliner und Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft zu vereinbarenden Verträge wegen Umwandlung des Pferdebetriebes der Pferde-Eisenbahnen in elektrischen — zehnjährige Arbeitszeit für die Wagenführer — genehmigt. Nimmend werden die Verhandlungen mit den Pferdebahn-Gesellschaften über diese Angelegenheit weitergeführt und — vielleicht — zu Ende gebracht werden. — Dem Vernehmen nach werden die Gesellschaften, nachdem auf ihr Verlangen das Mitbenutzungsrecht ihrer Anlagen nur auf 400 Meter auf je einer Linie des jeweiligen Fahrplanes durch fremde Unternehmer zugestanden worden ist, den Vertrag, nachdem er jeden ihrer Wünsche erfüllt, gnädigst akzeptiren.

Von der Einführung einer Fahrradsteuer wird in hiesigen Blättern allerhand angedeutet. Von privater Seite soll dem Magistrat die Vorteilhaftigkeit einer solchen Finanzgenialität vor Augen geführt worden sein. Wir glauben nicht, daß der Magistrat darauf anbeist. Das Fahrrad ist längst kein Luxusgegenstand mehr. Selbst kleinere Geschäftsleute haben schon ihre „Machse“ und auch mancher Arbeiter erndigt der sauer erworbene Besitz eines Fahrradbesitzer erst, entfernt von der Arbeitstätte zu wohnen. Was würde man etwa zu einer Schreibmaschinen- oder Telephonsteuer sagen? Und doch wirkt eine Steuer auf den Gebrauch dieser neuzeitlichen Erfindungen lange nicht so hart, wie die Steuer auf das „Velo“. Bisher haben denn auch nur die Rückschrittler ältester Sorte der Fahrradsteuer das Wort geredet. Der fromme „Reichsbote“ begehrt sich kürzlich dafür.

Nach Schluß der gestrigen Magistratsitzung begab sich das Magistratskollegium per Dampf nach Treptow, um daselbst Bestimmung zu treffen, ob und welche Gebäude des Ausstellungsparks erhalten werden sollen. Insbesondere soll das Chemiegebäude in Frage kommen.

Noch einmal das Medizinische Warenhaus A. G. Von gewerkschaftlicher Seite wird und geschrieben: Es war viel von idealem Streben die Rede, als ein Theil der deutschen Berge das Warenhaus ins Leben rief; eine Einkaufsquelle nach dem Muster des Warenhauses für deutsche Beamte sollte für Mediziner und Krankenanstalten geschaffen werden. Aber von Anfang an begegnete ein beträchtlicher Theil dem Unternehmen mit Zweifeln und es heißt, daß das Institut seit etwa einem Vierteljahr mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Der jetzige Direktor Goffmann versucht nun, durch Einstellung möglichst billiger Arbeitskräfte den Etat im Gleichgewicht zu halten. Aber auch in beachtenswerthen sozialpolitischen Leistungen produziert

sch der Leiter des angeblich gemeinnützigen Unternehmens. So be-
trug die Kosten über einen entlassenen Vorker nutzlos da-
durch, daß er meinte, der Mann verlange immer Zulage und sei
außerdem ein sozialdemokratischer „Führer“; „die kann ich nun
gar nicht leiden, die fliegen bei mir gleich hinaus“. Es dürfte
kaum anzunehmen sein, daß die Ausschreibungs-Mitglieder des
Medizinischen Warenhauses, wie die Herren Sanitätsrath Hart-
mann, Dr. H. Küster, Geheimrath Reiber u. a. von derartigen Ge-
pflogenheiten besonders erbeutet sind.

Ueber ein Eisenbahnunglück auf dem Anhalter Bahnhof,
bei dem eine Anzahl Fahrgäste zum Theil nicht unwesentlich verletzt
worden sind, wird uns folgendes berichtet: Als der am Himmelfahrts-
tag 10 Uhr 7 Minuten abends fällige Vorortzug von Lichterfelde Nr. 961
auf dem Anhalter Bahnhof eintraf, rante die Maschine auf den Pressbock
leicht auf. Der Lokomotivführer hatte, wie durch Zeugnisse festgestellt
ist, nach Vorchrift bereits an der Portstraße die Schnellbremse ein-
gezogen und so fuhr der Zug langsam in die Bahnhofshalle ein.
Wohl in dem Glauben, daß der Train nicht weit genug vorrückte,
öffnete der Maschinist die Bremse noch für einen Augen-
blick. Die nachfolgenden Wagen des aus nicht weniger
als 45 Achsen bestehenden Zuges schoben jedoch die Loko-
motive vorwärts, wodurch der Anprall erfolgte. Die
Passagiere des überaus stark besetzten Trains hatten sich schon
bei der Einfahrt dinstellen in die Halle von ihren Plätzen erhoben
und die Wagenthüren geöffnet. Infolge des Anpralls stürzten
ca. 40 Personen aus dem Koupes auf den asphaltirten Bahn-
steig. Es entstand nun eine furchtbare Aufregung; Frauen schrien laut auf und fielen in Ohnmacht. In blinder Hast
versuchten die Massen aus dem Koupes herauszukommen und es ent-
wickelte sich nun ein beängstigendes Gedränge. Bei dem Vor-
fall wurden im ganzen 21 Personen mehr oder
weniger verletzt. Herzliche Hilfe war sofort zur Stelle; Herr
Sanitätsrath Dr. Marquardt und der im Samariterdienst
ausgebildete Stationsassistent Bollmer legten den größtentheils am
Kopf verwundeten Personen Verbände an. Unter den Verwundeten
befand sich auch der Stationsvorsteher von Groß-Lichterfelde, Herr
Geinrich; zwei Personen, die etwas schwerere Verletzungen erlitten,
wurden mittels Droschke nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße
überführt. Es waren dies der Buchbinder Brunsmann, Steglitzerstr. 8, der
eine leichte Gehirnerschütterung erlitten und die Frau des Buchbinders
Weiß, Wilhelmstr. 38 wohnhaft, welche eine Fleischwunde an der
Stirn davongetragen hatte. W., der eigentlich nach einem Kranken-
hause geschafft werden sollte, wurde auf Wunsch nach seiner Wohnung
gebracht. Von den Waggons sind vier insofern leicht beschädigt
worden, als die Pufferstangen verbogen wurden.

Ueber einen anderen Vorfall wird gemeldet: Große Aufregung
verursachte am Himmelfahrtstage gegen Abend auf dem Wald
Grüne ein Vorfall, welcher leicht zu einer Katastrophe hätte
führen können. Der genannte Bahnhof war abends durch Aus-
flügel außerordentlich belebt und beim Einfahren der Leertzüge
in die Station drängte das Publikum trotz des energischen Protestes
der Stationsbeamten an die Koupes heran. Wiederholt er-
griffen Männer die Thürgriffe der noch fahrenden Züge
und hielten diese krampfhaft fest, ohne Rücksicht auf
das fährige, auf dem Bahnhofe sich befindliche Publikum.
In dieser Weise wurden gegen 8 Uhr abends zwei Frauen
zu Boden gerissen; die eine derselben stürzte unter das
Triebwerk gegen die Räder des Zuges und nur durch das umsichtige
Vorgehen eines der Beamten, welcher die Massen zurückdrängte und
die Frau an den Klaidern so lange festhielt, bis der Zug zum Stehen
kam, wurde ein Unglück verhindert. Die zweite Dame, welche auf
das Triebwerk gefallen und vom Zuge mitgeschleift wurde, erlitt eine
leichte Verletzung.

Der Fernsprechverkehr mit Mecklenburg ist eröffnet worden.
Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von
3 Minuten beträgt 1 Pf.

Verfrömmungsarbeiten. Eine unangenehme Ueberraschung
bereitete am Himmelfahrtstage der Vorstand des 79. Polizeireviers
(Covry-Schleische-Oppelner-Brangel- und Falkensteinstraße) den
dortigen Gastwirthen und ihren Gästen. Am Nachmittag wurden die
Schanten durch Schuttpolizei benachrichtigt, daß sie sämtliche
zu ihren Lokalen führende Thüren an Sonn- und Feiertagen nicht
nur während der Kirchzeit, sondern während des ganzen Tages ge-
schlossen halten müssen; auch die zu den Vorgärten führenden Ein-
gänge dürfen nicht offen bleiben. Diese neue Beschränkung des
Gastwirthsbetriebes erregte allgemeinen Unwillen, da in den
benachbarten Revieren ein derartiges Verlangen nicht gestellt wurde.
So kam es denn, daß z. B. bei der Schleifstraße die Thüren der
Lokale auf der einen Seite geschlossen werden mußten, während sie
auf der anderen Seite offen bleiben durften. Von den Gästen selbst
wurde die neue polizeiliche Verfügung infolge der am Himmelfahrt-
tage herrschenden schwülen Temperatur ungemein drückend empfunden.
Selbstverständlich wird die Sache in Gastwirths-Versammlungen zur
Sprache gebracht und Beschwerde erhoben worden.

Eine ungewöhnliche wissenschaftliche Andeutung ist von
der Berliner Universität einem hiesigen Verlagsbuchhändler zu theil
geworden: die philosophische Fakultät hat Herrn Otto Müller in
Zempelhof zum Ehren doktor ernannt. Das Diplom wurde gestern
Mittag vom Botaniker Prof. Dr. Simon Schwendener, in Ver-
tretung des verhinderten Dekans, persönlich überreicht. Die Ver-
leihung ist erfolgt wegen der ausgezeichneten Verdienste, die sich
Herr Müller um die Erforschung und Illustration des Baues und
verschiedener Lebensbedingungen der Diatomaceen erworben hat.
Dr. Müller feierte gestern seinen 60. Geburtstag; er ist der Inhaber
der Berliner Verlagsfirma O. W. F. Müller, welche seit 1852 besteht
und in die er 1878 als Theilhaber eintrat. Als Botaniker hat er
sich einen angesehenen Namen erworben.

Ein Fürst Radziwill hatte sich am Tage des Rentenannhmelns
inognito unter das Volk gemischt, um den großen Wärgersitzung
zu sehen. Als ein Polizeileutnant ihn in der Gegend der Sommer-
straße aufforderte, von seinem Platze zurückzuweichen, leistete der
Fürst in völliger Verkenntnis der gemeinen Unterthanenpflichten nicht
allein dem Polizeigebot keine Folge, sondern beschimpfte obendrein
noch den Beamten. Der Fürst wurde zur Wache ge-
bracht und erhielt nach einiger Zeit ein auf 30 Mark
lautendes Strafmandat. Das war nach preussischen Ge-
setzen recht milde behandelt. Es wäre nun für den Fürsten
nicht besonders drückend gewesen, durch Zahlung der auferlegten
Summe die Sache zu erledigen, aber der hartnäckige Mann glaubt,
daß er sich in seinem guten Recht befindet und hat gerichtliche Ent-
scheidung beantragt, so daß die Sache zur öffentlichen Verhandlung
kommen muß. Hoffentlich bleibt die Durchlaucht von Pöbensee
verschont.

Zeugen gesucht. Mit der Tagemeterdroschke Nr. 277 (Rupco)
hatte der Droschkentischer Erdmann am 8. April mittags
in der zwölften Stunde eine Fahrt vom Halleschen Thore in der
Richtung nach Unter den Linden, Wilhelmstraße entlang gemacht.
An dem Kreuzungsdamm der Leipziger Straße angelangt, mußte er
wegen zweier sich begegnender Pferdebahnwagen halten. In dem
Augenblicke, als er nun weiter fahren wollte, kam ein Dreiradsfahrer
von der entgegengekehrten Fahrtrichtung und fuhr das Pferd an Brust
und Hals an. Er fiel sofort mit dem Rade um. Zeugen dieses
Vorfalls werden gebeten, sich in der Wohnung Königsgrabenstr. 111,
Dof 4 Treppen, oder bei ihrem Polizeirevier zu melden.

Durch die Uerschrockenheit und Geistesgegenwart eines
jungen Mannes aus der Steinwegstraße sind Donnerstag Abend
zwei Knaben im Alter von vier und sechs Jahren aus einer brennenden
Wohnung gerettet worden. In Abwesenheit der Eltern dieser Kinder
brach in einem Plättchen der Familie Kirsten Feuer aus, das Regale
und eine Zwischenwand mit Tapeten ergriß. Das Feuer wurde nicht
sofort bemerkt, weil das Zimmer nach hinten hinaus liegt; erst
durch das Rindgeschrei und den durch die Thüren dringenden Rauch
wurden die Nachbarn aufmerksam. Der erwählte junge Mann zer-
stimmerte entschlossen die Plättthür und drang dann in den Plätt-
raum ein, wo die Kinder in einer Ecke saßen. Der Vater übergab

die beiden Kleinen Hausbewohnern zur weiteren Fürsorge. Die von
dem Brand benachrichtigte Feuerwehr löschte die Flammen.

Von einer Art Verkörperungswuth wurde am Freitag früh
um 2 Uhr ein junger Mann in der Göllicherstraße befallen. Der
Rasende zertrümmerte an den Häusern Nr. 64, 66, 67, 69 und 70
durch Steinwürfe und Schläge mit einem Knüttel die großen Glas-
scheiben der Hausthüren, so daß die Scherben fliegend in den Haus-
flur und auf die Straße fielen. Die Thüren der zwischenliegenden
Häuser haben keine Scheiben. Bei Nr. 70 war er eben mit seiner
Verkörperungswuth fertig, als ihm zwei Arbeiter in den Rücken fielen
und ihn so lange festhielten, bis auf ihren Ruf Schutzmänner herbei-
kamen. Diese brachten den Wüthenden auf die Wache des 53. Reviers
in der Oppelnerstraße. Man erkannte in ihm einen Handlungs-
gehilfen Namens Junke.

Die sogenannten Judenwiesen werden durch eine Bangesell-
schaft bebaut und die Arbeit hierzu demnachst in Angriff genommen
werden, da das Magistratskollegium auf Antrag der städtischen
Baudeputation, der Gesellschaft genehmigt hat, in der Verlängerung
der Straße „Siegesdenkmal“ eine Fußgängerbrücke in einer Breite
von 5 Metern auf ihre Kosten zu errichten.

In Untersuchungshaft genommen wurde am Himmelfahrt-
tage der Unteroffizier Hentel von der 5. Kompanie des Garde-
Jägerregiments. Hentel war am Sonnabend ohne Urlaub aus-
gegangen und wurde am Sonntag Morgen beim Nachaufkommen
von der Kasernenwache abgefaßt. Im Laufe des Sonntags sollte
er dafür von einem Sergeanten auf drei Tage in den Arrest abge-
faßt werden. Statt dessen aber legte er seine eigene Uniform an
und entfernte sich heimlich aus der Kaserne, um nicht wieder zurück-
zukehren. Am Himmelfahrtstage wurde der Unteroffizier in Berlin
betroffen, festgenommen und sofort in Untersuchungshaft gebracht.

Erhängt hat sich der 39 Jahre alte Schlosser Johann
Kunowsky aus der Rügenstr. 9. A. hinterläßt als Wittwer drei
unmündige Kinder. Wie berichtet wird, liegt eine Liebesaffäre dem
Selbstmord zu Grunde.

Sonderzüge nach dem Riesengebirge. Am 5. und 6. Juni, 3. und
17. Juli, sowie am 14. August d. J. wird je ein Sonderzug von Berlin
— Göttinger Bahnhof — nach dem Riesengebirge abgehen. Abfahrt von
Berlin, Göttinger Bahnhof, morgens 8 1/2, Ankunft in Greifswald nach
1 1/2, in Striebs nach 2 1/2. In Greifswald ist Anschluss nach Friedberg
a. O., in Striebs nach Verderow und Schmiedeburg (Riesengebirge).
Zur Ausgabe gelangen acht Tage gültige Reisefahrkarten zur beliebigen Fahrt
nach oder von Friedberg a. O., Verderow oder Schmiedeburg zum
Preise von 2. Klasse 18,40 M., 3. Klasse 12,30 M. Freigeispaß wird nicht
gewährt.

Selbstmord begangen hat der 23jährige Schriftfeger Hermann
Herde, der in der Brunnenstraße Nr. 169 bei einer Frau W. wohnte.
Man fand ihn am Himmelfahrtstage abends gegen 11 Uhr in seiner
Stube als Leiche am Thürräder hängen.

Neue Freie Volksbühne. Björnson's Schauspiel
„Ueber unsers Kraft“, zweiter Theil, gelangt Sonntag, den
30. Mai, nachmittags 2 Uhr in der Neuen Freien Volks-
bühne (diesmal im Theater des Westens) zur Aufführung.
Mitglieder können von dem Vereine noch ausgenommen werden.
Nur in geschlossenen Vereinen darf das Stück aufgeführt werden.
Eine öffentliche Aufführung gestattet die Polizeijur nicht — aus
Rücksicht auf den „öffentlichen Frieden“. Und doch ist das Stück,
obwohl darin eine Dynamitexplosion vorkommt, eine große
Friedenspredigt.

Theater. Am Schiller-Theater geht in der morgen, Son-
ntag, stattfindenden Vorstellung von „Romeo und Julia“ Fräulein
Gisela Hoffmann vom Deutschen Theater als Julia; in der Nachmittags-
vorstellung geht Fräulein Schwanke als „Das Stützstück“ in Szene.
Heute findet eine Wiederholung von „Rabane Bonivard“ statt. Für das
Sommerabonnement giebt die Direktion des Schiller-Theaters besondere
Sommerabonnements aus in Preisen, enthaltend 4 Eintrittskarten für
1. Parquet oder 1. Rang-Balkon sammt 4 Garderobenorten und eine
Quartalskarte für den Garten. Der Preis dieser Sommer-Abonnementscheit
ist 6,50 M. Die Quartalskarte berechtigt zum freien Eintritt in den Garten
in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August, die Ausgabe erfolgt in der Billet-
abtheilung und an der Kasse des Theaters. Der Preis der Quartalskarten für
den Garten allein beträgt für Erwachsene 6 M., für Kinder 2,50 M. — Im
folgenden Schauspiel auf je geht morgen zum ersten Mal „Der Tod
des Alerand“, Drama in 1 Aufzuge mit theatralischer Benutzung der gleich-
namigen Geibel'schen Ballade von Wilhelm Denz in Szene. Daraus folgt
zum ersten Male „Die schöne Toiletten“, Lustspiel in drei Aufzügen nach
Lope de Vega, frei bearbeitet von Eugen Jabel.

Aus den Nachbarorten.

Einfuhr einer Landungsbrücke. Ein aufregender Vorfall
ereignete sich Donnerstag Abend 8 Uhr, als bei einer Dampferfahrt
der kleine Dampfer an der Station Weimereborn kurz vor
Pichelsberge anlegen wollte. Etwa 20 Personen wollten ans Land.
Plötzlich brach einer der Tragbalken der Landungsbrücke und etwa
10 Passagiere, Damen und Herren, stürzten ins Wasser. Die Menge
der Passagiere des am Ufer sich hingezogenen Vergnügungstotals und
die auf dem Schiffe zurückgebliebenen Ausflügler brachen in Ruf
des Schreckens aus, ein unbeschreibliches Gedränge entstand — aber
schnell waren die nöthigen Rettungsanstalten getroffen und mit Hilfe
der Schiffsmannschaft und einiger entschlossener Passagiere wurden
die Verunglückten dem nassen Elemente entziffen. Ein alter Herr
wäre beinahe ertrunken, die Kräfte verließen ihn schon, als es gelang,
ihn mittels eines Schiffshakens in ein Boot zu ziehen. Es dauerte
geraume Zeit, bis der alte Herr sich erholt hatte. Das marode
Holzwerk der Brücke, die schon eine lange Reihe von Jahren ihrem
Zweck dienen soll, soll die Ursache des Unglücks sein, welches leicht
hätte schwere Folgen haben können.

Die Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes plan-
net auch die Gemeinde Rixdorf. Die Gemeindevertretung hat
beschlossen, eine aus Mitgliedern des Gasanstalts-Kuratoriums und
der Gemeindevertretung bestehende Kommission, zu der auch ein
Elektriker als technischer Beirath hinzugezogen werden soll,
nach einigen Städten zu entsenden, um dort die in betracht kommen-
den Verhältnisse zu studiren.

Gegen die Mächte des Unsturzes. Abermals ist eine neue
Kirche gegründet worden; diesmal in Lichterfelde. Selbst-
verständlich sollte Herr v. Mirbach nicht bei dem am Donnerstag
vollzogenen frommen Werke der Grundsteinlegung. Und immer
noch nimmt die Sozialdemokratie zu.

Von einem Lastwagen des Krauer'schen Frubergeschäfts wurde
am Mittwoch an der Ecke der Dorfstraße und Berlinerstraße in
Zempelhof der 10 jährige Sohn des Zeichners Kaufhold derart
überfahren, daß das Kind nach zwei Stunden unter furchtbaren
Qualen starb.

Versammlungen.

Die Brauer- und Bierverlags-Gilfsarbeiter hielten am
Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab,
in der Frau Hohrlack über: „Der Kampf der Arbeiter
um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ referirte. Anschließend
an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden die
Mißstände in den Brauereien erörtert. Wie angeführt wurde, ist
die Behandlung der Arbeiter in den meisten Brauereien eine
menschenunwürdige. Die tägliche Arbeitszeit beträgt meistens 14
und 16 Stunden und auch des Sonntags noch 6 bis 8 Stunden bei
einem Lohn von 15 bis 21 Mark pro Woche. In den
Flaschenbier-Betrieben werden Frauen täglich 12 und
13 Stunden beschäftigt, die einen Wochenlohn von 6 bis
11 M. erzielen. Die Verletzungen sind, infolge der langen Arbeits-
zeit und durch die Ueberhastung bei der Arbeit, die das ver-
schiedenartig eingeführte Motorsystem bedingt oder die durch die an-
gestellten Antreiber hervorgerufen wird, außerordentlich zahl-
reich. Verschiedene Fälle wurden von der Bergschloß-
Brauerei, Pagenhofer, Oswald Berliner und
Germania-Brauerei angeführt. Schließlich gelangte eine
Resolution einstimmig zur Annahme, in der sich die Versammelten
verpflichten, für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen,

um durch dieselbe in die Lage zu kommen, bessere Lohn-
und Arbeitsbedingungen erringen zu können. In der
Diskussion über den Arbeitsnachweis wurde insbesondere das
Verhalten des Direktors Krendt vom Münchener Brauhaus
kritisiert. Entgegen den früher gemachten Versprechungen
wird von dieser Seite der von den Arbeitern eingerichtete Arbeits-
nachweis seit langer Zeit gar nicht benutzt und die Organisation
vollständig ignorirt. Die von der Kommission in mehreren Fällen
angestrebten Verhandlungen wurden von Herrn Krendt abgelehnt
mit dem Bemerkten, daß ihn die Kommission nichts angehe und er
mit ihr nichts zu thun haben wolle. Wie noch mitgetheilt wurde,
wird sich die Kommission an sämtliche ringirende Brauereien
wenden, um sie zu veranlassen, ihren eingegangenen Verpflichtungen
nachzukommen.

Arbeiterbildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße,
Brauhausstr. 25, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Son-
ntag, vormittags von 10-12, Dienstag und Freitag, abends 8-10
Uhr. Mitgliedsbeiträge werden an diesen Tagen in der Nordstraße entgegen-
genommen, ebenso in folgenden Lokalen: Götter, Schulz, Amirolder, 40a;
Schöning, Kapuzenstr. 68; Neul, Barnimstr. 48; Bobist, Rosenfelderstr. 67;
Gietner, Mühlstr. 74; Burgstraße, Gutbuschstr. 22; Blankenfeld, Schopenhauer-
str. 23; Werner, Köpenickerstr. 68; Grube, Marienburgerstr. 6; Kohler, Jungfernst. 1,
D. Mühlstr., Dörfelstraße 20.
Alle Zuschriften sind an den Vorstehen Paul Müller jr., SO. Wante-
luststr. 128, Selbstbestellungen an den Kassier G. König, S. Dörfelstr. 20,
zu senden.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung, Vorstehender Hb. Neumann,
Schwedterstr. 18, v. 1 Tr. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an
Friedrich Paxtum, Wartenstr. 49, v. 2 Tr.

Grund der geselligen Arbeitervereine Berlin und der Umgebung, Vor-
stehender G. Gent, Erdbeerstr. 107/108. Alle Zuschriften, des Vereinskalenders
betreffend, sind an G. Gent, Alexanderstr. 100, zu richten.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, im
großen Saal der Berliner Bourse, Kommandantenstr. 67: Versammlung.
Heiligtische Vereinnung. — Um 11 Uhr, ebendort: Vortrag des Herrn
Gladst. Thema: „Gott und Dämon“.

Schiller-Verein. Heute Abend 8 Uhr, Mühlstr. 16: Versammlung.
Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgebung, Sonntag, den
30. Mai, vormittags 11 Uhr: Übungsstunde unter Leitung der Herren
Gladst, Palmone und Brunnel.

Vermischtes vom Tage.

— **Einer der Edelsten und Besten der Nation**,
der Baron Siegmund v. Boru aus Marienburg (West-
preußen) hat dieser Tage ein tragisches Ende gefunden. W.
war früher Besitzer eines großen Gutes, doch brachte ihn sein Hang
zum Trinken und zu anderen Lastern um alles; er sank von Stufe
zu Stufe bis zum arbeitslosen Individuum hinab. Schon seit
vielen Jahren verkehrte er ausschließlich nur mit den niedrigsten
und verkommensten Subjekten, mit denen er sich meist in Schnaps-
kneipen aufhielt. In einem Lokale zu Döppendruck bei Marien-
burg hatte er nun kürzlich dem Schnaps derart zugesprochen,
daß er bald darauf verstarb.

— **Die Hamburg-Amerikanische Packfabrik-
Aktiengesellschaft** hat am Mittwoch die Feier ihres fünfzig-
jährigen Bestehens begangen. Sie hat sich aus kleinen Anfängen zu
einer der größten Werkreiten der Welt entwickelt und kann neben
dem Norddeutschen Lloyd in Bremen für die ökonomische Ent-
wicklung im allgemeinen als auch speziell für die riesenhaften Fort-
schritte Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und der
Industrie als Maßstab gelten. Die Gesellschaft wurde gegründet
mit zwei Segelschiffen und nennt jetzt 69 Dampfer mit
824 000 Tons ihr eigen. Die Freier fand natürlich unter
großen Pomp und im Beisein vieler Standespersonen
statt. Der Senat überreichte der Gesellschaft den „Portugalsber“,
jene goldene Ehrenbüchse des hamburgischen Staates, die nur
in außerordentlich seltenen Fällen vergeben wird und hier zum ersten
Male einer Körperschaft zu theil geworden ist, und der Vorstehende
des Ausschusses der Gesellschaft verbandte, daß die Verwaltung
beschlossen habe, zum Andenken an diesen Tag in Döbe bei Cuxhaven
ein großes Gebäude errichten zu lassen mit Freiwohnungen für in-
valide Angestellte und für bedürftige Wittwen von verstorbenen An-
gestellten. Ueber solche und ähnliche Beweishandlungen wird
wohl weniger der Festheilnehmer der Gedanke gekommen
sein, daß diese Gesellschaft nicht allein für die Wohl-
thun, sondern auch für die Schattenseiten der kapitalistischen Ent-
wicklung als typisch gelten kann. Wie oft ist in der Arbeiterpresse
das elende Leben und die Behandlung der niederen Schiffsmann-
schaften, vor allem der Heizer und Trimmer geschildert worden, und
wie mancher der vielen Kleinbürger, Bauern und Proletarier, die
als Zwischendeck-Passagiere die Reise über den Ozean machten,
werden heute noch mit Schaudern an das Holländische denken, das
sie während der Ueberfahrt führten, während wenige Schritte von
ihnen die Kajittpassagiere in allem nur erdenklichen Luxus schweben
konnten.

— **In vielen Gegenden Galiciens** ist Hochwasser
eingetreten. Die Flüsse Dniestr, Dniester und Dniester sind aus
ihren Ufern getreten und haben große Verwüstungen angerichtet.

— **Die russische Regierung** erklärt die Stadt
Swatow in Südbahia als pestverseucht.

— **Temesvar.** Ein furchtbares Gewitter mit Wollenbruch
richtete großen Schaden an. Der Blitz schlug in das Telephonamt
ein, wodurch über 100 Apparate unbrauchbar wurden. Auch aus
anderen Theilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, so aus Böhmen,
wird über großen Wasserschaden berichtet. Im Bezirk Gischin sind
viele Menschen ertrunken, sowie sechs Häuser und zwölf Brücken ein-
gestürzt; 40 Häuser wurden stark beschädigt. Es herrscht große
Noth.

Witterungsübersicht vom 28. Mai 1897.

Stationen.	Barometere- stand in mm, reduirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (9 F. = 49 C.)
Swinemünde	749	NO	2	bedeckt	10
Hamburg	748	NO	3	Regen	11
Berlin	747	NO	4	Regen	16
Wiesbaden	750	SB	4	bedeckt	14
München	751	SB	8	Regen	10
Wien	748	SW	1	halb bedeckt	14
Baparaunda	765	S	2	wolkenlos	13
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	745	SO	1	halb bedeckt	12
Aberdeen	750	NO	1	bedeckt	8
Paris	752	SB	3	halb bedeckt	10

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 29. Mai 1897.
Ein wenig kübler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Regen-
fällen und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

15 bis 20 Zimmerer

werden nach anherab verlangt. Zu
ertragen Bericht 60 b. Hagenfeld. 23306

1 thätige Metzgerin verlangt Carl
Röblich, Beuthstr. 6. 23306

Fraser und Schleifer
für Hornthüle verlangt H. Krüner
Hrgr., Krautstr. 38. 23376

Hammerkopfgarnitur.
Ein tüchtiger Mann für Hammer-
kopfgarnitur kann eine dauernde
Stellung in Ropenlagen unter guten
Bedingungen erhalten. [221]b
Offerten unter B. 1. mit beidseitiger
Auskunft nimmt die Expedition dieses
Blattes entgegen.

Arbeitsmarkt.

Tücht. bew. Dirigent f. Vereine
für Festtag u. Sonnabend, Restaurant
Knoke, Weidenburgerstr. 48. [222]b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 29. Mai.
Cyperhaus. Cavalleria rusticana. Lucia von Lammermoor.
Schauspielhaus. Der Tod des Tiberius. Die schöne Solonierin.
Deutsches. Samlet.
Berliner. Die Maschinenbauer. Festung. Die Weibin.
Schiller. Madame Bonnard.
Neues. Trübs.
Westen. Dänne Käse.
Linden. Die Fledermaus.
Thalia. Trübs.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Raub der Sabinerinnen.
Neuburg. Madame Mongolin.
Oden. Der Hakenhahn.
Alexanderplatz. Sinfonie im Bade. Eine tolle Prünze.
Volks. Auf eigenen Füßen.
Apollo. Venus auf Erden.
Passage-Panoptikum. 500 Lebenswichtigkeiten. Zwei Riesen-Infanten.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Madame Bonnard.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Stiftungsfest. Abends 8 Uhr: Nomes und Julia.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weiss.
Der Hakenhahn. Sommerpremiere. Parquet 1 R. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das weisse und laute. Halbe Preise. Abends 7 1/2 Uhr: Preciosa. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.

Volks-Theater
Bl. Reichensberger-Strasse 34.
Sommer-Saison.
Abends 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
Gesangsbesetzung v. Post u. Wilken, Musik von H. Conrad.
Vor der Vorstellung um 6 1/2 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.

Garten-Konzert.
Eintritt: Wochentags 30 Pf. bis 3 R. Sonntag 50 Pf. bis 3 R.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.
Zum 18. Male:
Venus auf Erden.

Barockphantastische Operette in 1 Akt von Volten-Bäckers. Musik von Paul Linde.
In Szene gesetzt vom Direktor J. Wild. Regie: Friedrich. Musik: Kapuzin. Henry Bender. Jungs: Alva Paul. Venus: Frieda Werner. Diana: Toni Dard. Mars: Margarethe Pichon. Rerlar: Gise Bullens. Amor: Hans Tornay. Der Mond: Paul Böbe. Herr Anagnino: Siegm. Weban. Ferner Spezialitäten 1. Rang und der Kinetograph.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jedes neue Programm.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 30, refer. 50 Pf.
Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater - Vorstellung.
Anf. 7 1/2 Uhr. Eintritt 25, refer. 40 Pf.
Der Sommergarten ist nach Kaffeezeit geöffnet.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
An allen drei Pfingstfesttagen:
Stettiner Sänger
(Mehfel, Vietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Jeden Abend abwechselndes großartiges Programm.
Von Pfingsten an finden die Solisten der Stettiner Sänger täglich in der Viktoria-Brauerei statt.

Action-Brauerei
Friedrichsbain.
Heute Sonnabend:
John-Konzert.
Kapelle des Kaiser Franz Garde-Regiments Nr. 2 (in Uniform).
Anfang 7 Uhr.
Eintritt 10 Pf. Progr. unentgeltlich.
Zum Ausklang gelangen die unter der neuen Direktion gebrauchten Biere: Lager, Pilsener, Smator.

Urania,
Tauben-Strasse 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Anwaltsstr. 57/62 (Leichter Stadt-Bahnhof): Täglich von 5 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Sternwarte und Wandpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesausgabe.

Castan's Panoptikum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.
Passage-Panoptikum.
500 Sehenswürdigkeiten.
2 Riesen-Illusionen:
1. Dampferfahrt auf dem Golf v. Neapel.
2. Eisenbahnfahrt durch Konstantinopel.

Konzert-Garten
(3000 Personen) fassend.
Schiller-Theater (Wallner-Theater) Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Großes Konzert.
Bereinen wie Gesellschaften empfehle ich den Garten zur Veranstaltung von Sommerfesten etc. unter sonstigen Bedingungen. 20560
R. Riefke, Restaurateur.

Olympia
im Belle-Alliance-Theater
Belle-Allianzestraße 7, 8.
Sonntag, den 30. Mai 1897:
Eröffnung der Sommer-Saison.
4 Uhr: Großes Garten-Konzert.
6 1/2 Uhr: Spezialitäten ersten Ranges.
8 Uhr: Zum 1. Male: G. Ottavio's Konstantinopel.
Große orientalische Ausstattung. Pantomime in 9 Bildern mit großem Ballet. 500 Mitwirkende.
Montag, nachm. 5 Uhr: Konstantinopel. abends 8 1/2 Uhr: Konstantinopel.
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.

Ostbahn-Park
Niederborscherstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellg.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Hrn. Otto Görner.
Kasseneröffnung 3-5 Uhr. - Eintritt 15 Pf., wofür 1 Glas Bier gratis.
Vollbesetzung jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entrée 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

Podsdamerstr. 66. Souterrain, Gartenhaus, 6 Zimmer, auch als Weinlager, sofort 720 R., oder geteilt 300 R.
Podsdamerstr. 66. part., Gartenhaus, 3 Zimmer, Balkon, Bad, zum 1. Juli, 800 R.
Podsdamerstr. 66. III., Gartenhaus, 4 Zimmer, Bad, Balkon, zum 1. Oktober, 975 R.
Podsdamerstr. 66. part., Seitenhägel, 2 Zimmer, Küche, Zubehör, zum 1. Juli, 400 R.
Podsdamerstr. 66. Stube, Küche etc., 90 Thaler, sofort.

Deutsche Schuh-Fabrik
Erfurt
Lieferung 15902*
Schuhwaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgezeichneten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Belleallianzestr. 102
und
Rosenthalerstr. 63, 64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Seidlingerstr. 10.
Dachauerstr. 83.
Vandenbergstr. 7.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 29.
Düsseldorf, Viktoriastr. 91.
Wien a. M., Giselstr. 66.
Bremen, Paulstr. 75.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Bergstr. 8a.
Leipzig, Leipzigerstr. 37.
Braunschweig, Höhe 4.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
Trilby.
Schauspiel in 4 Aufzügen nach dem gleichnam. Roman von G. du Maurier.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Schweizer-Garten
Am KönigsThor. Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag:
Extra-Vorstellung und Garten-Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
An Wochentagen im Mai im Garten und Saal zu Privatessen zu vergeben. 1655*

Grünau.
G. Wagner's Restaurant früher Lietke.
Großer Saal, Garten, Kaffeeküche, Regelbahn, Ausspannung.
Restaurant Klugmann,
Rummelsburg, Chausseehaus.
Derrlicher, schattiger Garten, Naturwald, 5000 Personen fassend, überbedeckte Regelbahnen, Kaffeeküche.

Echt Pagenhofer
Hier-Kuchenschau
Neue Schönhauser-Str. 2.
0,4 Lit. f. 10 Pf.
Adolph Meier.
Oranienburg.
Waldhaus Sandhausen,
nahe dem Technik- u. Grabowsee, 15 Minuten vom Bahnhof rechts.
Empfehle den Genossen mein Lokal zu Ausflügen. Dasselbe ist am Abend gelegen, mit großem schattigen Vor- u. Hintergarten, gr. Pariser Tanzsaal, Konzertbühne, für Gesangsvereine vorzüglich geeignet. Al. Saal für Gesellschaften etc. zur gef. Benutzung.
J. Woyle, Schlichter.
Einzige Vertretungsstelle der Genossen von Oranienburg und Umgebung.

Bahn-Klinik.
Künstl. Zähne in tabellarischer Ausführung v. 3 R. Blumen v. 2 R. an. Schmerzlos, Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Narkose unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bekleidung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung umsonst; Kassenzahlung gestattet, Woche 1 R.
Gudel, Paulierpl. 2, Chausseestr. 12, Steglitzerstr. 71.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Filiale Berlin).
Brande der Einseker.
Sonntag, den 30. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Grosse, Annenstr. 16:
Versammlung.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 1106/5
In der am Sonntag stattfindenden Vorstellung in der „Urania“ sind noch Billets auf dem Arbeitsnachweis zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin).
Montag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über: „Die moderne Ehe“. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Berichtendes. - Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Bevollmächtigte.

Unser diesjähriger Pfingstausflug findet am Montag, den 7. Juni (2. Pfingstfesttag) von Grünau über Karolinenhof nach Schmöckwitz (Restaurant „Zur Palme“) statt. Abmarsch von Grünau präzis vormittags 10 Uhr mit Wurst (25 Mann). Abfahrt: Schlef. Bahnhof früh 7,21 Uhr, Ostlicher Bahnhof 7,35 Uhr. 27/1

Weissensee. Holzarbeiter. Weissensee.
Sonntag, den 30. Mai, mittags 12 1/2 Uhr, im Lokale Albrecht-Hof, Weissensee, Parkstraße 13:
Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtratsordnenen Theodor Metzner (Berlin). 2. Diskussion. 3. Berichtendes.
Um zahlreiches und pünktliches Besuch wird gebeten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 30. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr:
Zwei Mitglieder-Wander-Versammlungen
des Zentral-Verbandes deutscher Maurer (Filiale Berlin II)
Für den Osten und Südosten:
im Lokale des Herrn Brüder, Waldemarstraße Nr. 75.
Für Wobbit:
im Lokale des Herrn Fischer (Reichsbader), Denselstraße 9-10.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Die Aufgaben einer guten Gewerkschaftsorganisation. 157/12
2. Diskussion. 3. Berichtendes.
Den Mitgliedern machen wir es zur Pflicht, in diesen beiden Versammlungen zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Lokalverwaltung.

Schäftebranche. Verein deutsch. Schuhmacher
Filiale V.
Gente Sonnabend, 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Rosenhägerstr. 57:
Versammlung. Vortrag des Genossen Sassenbach. 256/4

„Wöchnerinnenheim.“
Unter diesem Namen haben wohlthätige Frauen Berlins aus eigenen Mitteln für bedürftige Wöchnerinnen aller Konfessionen eine Pflegestätte im ehemaligen Erziehungshaus am Urban errichtet, das inmitten großer Gärten gesund und ruhig gelegen ist. Die Thätigkeit des Vereins verfolgt hauptsächlich den Zweck, Frauen, die ihrer Einbindung entgegen gehen und in ihrer beschränkten Hauslichkeit weder Ruhe noch Aufmerksamkeit finden können, in das Wöchnerinnenheim aufzunehmen, sie nach erfolgter Niederkunft mit dem Säugling zu pflegen und sie erst völlig genesen zu entlassen. Die Pflegestätte liegt unter Aufsicht eines Arztes und wird von einer erfahrenen Hebamme geleitet.
Um der entbundenen Frau, die sich nur schmerzlichen Herzens von Mann und Kindern getrennt hat, ein sorgloses Verbleiben im „Wöchnerinnenheim“ zu ermöglichen, sendet der Verein in die verlassene Hauslichkeit ältere bewährte Frauen, die für den Mann und die Kinder sorgen, trösten und die Wirtschaft bis zur Wiederkehr der genesenen Frau nach diesem Wissen führen.
Niederkunft, Aufsicht und Pflege der Mutter und des Kindes im „Wöchnerinnenheim“ ist für Unbemittelte unentgeltlich. Zahlende werden nur angenommen, soweit der Raum es gestattet.
Anmeldungen werden in der Pflegestätte am Urban von 3-4 Uhr nachmittags entgegen genommen.
Die Aufnahme-Bedingungen sind im wesentlichen folgende:
1. Aufnahme finden in Berlin wohnhafte Ehefrauen, ausnahmsweise im Falle dringender Noth auch Unverheiratete.
2. Kranke, insbesondere an ansteckenden Krankheiten leidende Frauen werden nicht aufgenommen.
3. Die Pflege dauert in der Regel 12-14 Tage; doch wird sie im Bedarfsfalle auch über diese Zeit bis zur völligen Genesung fortgesetzt.
4. Bereits entbundene, aber arbeitsunfähige Frauen werden nach ihren Säuglingen gleichfalls aufgenommen und bis zur Wiedererlangung ihrer Arbeitsfähigkeit verpflegt.
5. Keiner Wöchnerin wird in dringlichen Fällen die sofortige Aufnahme in die Pflegestätte verweigert, so lange ein Beit in derselben frei ist; doch liegt es im eigenen Interesse der Wöchnerin, doch so frühzeitig - nämlich 3-4 Wochen vorher - an der Pflegestätte anzumelden.
Vor dort werden auch Wochenpflegerinnen in die Wohnungen der Wöchnerinnen entsendet.

Orts-Druckertafel für das Buchdruckergewerbe zu Berlin.
Auf Grund des § 82 unseres Konstitutionsstatuts teilen wir hierdurch mit, daß der Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 15. November 1896, nach welchem der § 42, Abs. 5, dahin geändert ist, daß die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Kaffe in Zukunft durch den Vorsitzenden in Gemeinschaft mit dem Schriftführer, bezw. deren Stellvertreter wahrzunehmen wird, unter dem 29. März cr. vom Bezirks-Ausschuß bestätigt ist.
Berlin, den 21. Mai 1897.
Der Vorstand:
Karl Müller, Robert Thiele, Schriftführer.

Arb. Radsfahrer-Verein „Berlin“.
Sonntag, den 30. Mai, Tour nach Bindow (Raf. Schweiß). Treffpunkt: 6 Uhr Straußberger Platz. Frühfahrt bei Takdorf. 23356
Dwe. Kämpel's Stechbierhalle, Treptow, Parkstraße 64.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 1,10 Pf. Woche. Handluch-Berlin-Fabrik S. Pignier, Neue Königsstr. 17.
Fernsprechamt VII Nr. 2087.

Von der Reise zurück.
Dr. Haagen,
Tel. IV, 3091,
Nichteisstraße 34 I.

Künstliche Zähne.
J. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2. Etz. Teilzahlung pr. Woche 1 R.

Sopha Stoffe
auch Kette
in Rips, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelin und Plüsch
Proben franko!
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Craniestr. 8, Nr. 158.

Jede Uhr
reparieren und reinigen
loftet bei mir unter Garantie d. Gutgeheuer
nur 1 Mark 50 Pf.
ohne Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Voger neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulator und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Drücken u. Vincenz.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Str. 35.

Für 36 Mark
liefern feinen Anzug u. Mantel für 30 R. f. Sommer-Paletot nach Maß. Für 8-12 R. feine Hosen nach Maß. Bedeutendes Stofflager.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Durch die Geburt eines Töchterchens wurden hoch erfreut 23260
Hermann und Anna Adam.
Kranken- u. Tierheilerunterstützungsfasse der Berliner Hausdiener.
Am Dienstag verstarb unser langjähriges Mitglied 23296
August Liebig.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Krieger-Kirchhofs (Schöneberg) statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Der Schlichtermeister Herr
Julius Weck
ist am 27. d. M. verstorben. - Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalem-Kirchhofs in der Bergmannstraße aus statt. 23265
Das Personal.

Am Mittwoch, vorm. 10 Uhr, entritt mir der Tod durch Herzschlag meine gute Frau
Elisabeth Radue, geb. Pizze.
Dies zeigt tiefbetruert an
Friedrich Radue, den 28. Mai 1897.
Friedrich Radue, geb. Pizze, 44.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. 23226

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen von Siemens u. Halske, insbesondere dem Gesangsverein „Brunonia“ für die Teilnahme bei der Beerdigung, und den Kollegen, welche unsern Sohn und Bruder **Hermann Falkenberg** die letzte Ehre erwiesen haben, unsern besten Dank. 23276
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Kubo, Löwe u. Co., dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Deutsche Schleiße“, welche bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Metallarbeiters **Franz Giese**, so große Teilnahme bewiesen, sowie für die vielen Kranzsendungen, sagen hiermit unsern innigsten Dank. 23276
Dwe. Elisabeth Giese u. Kinder.

Massengefänge.
dem Charakter eines allgemeinen Gewerkschafts-festes angepaßt, auf gut singbare, bekannte Melodien gebichtet, und poetisch begabte Genossen aufgefordert, einzutreten. Drei der besten werden honoriert.
Lieferung bis 1. Juli.
Bezeimäßigtes-Erklärungen unter „Massengefänge“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Verloojungs-Bezugsheide
für Sommerfeste, Landpartien etc.
Billigste Bezugsquelle, nur
Felix Bazar, Joh. J. Hofenthal,
24, Alexanderstr. 24,
Ecke Blumenstraße.

Sopha Stoffe
zu Bezügen ausreißend,
in Phantase,
Rips, Damast, Crêpe,
Gobelin, Moquette und
Plüsch, sowie Zetteltischen
spotbillig!
J. Adler,
16320* Teppich-Gand,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrierte Preislisten gratis u. franco.

Tuch- u. Cheviot-Rester
verkauft billig. - Muster gratis und franco.
Julius Carlo, Spremberg (Sachf.).

Reel und billig
faßt man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, Chausseestr. 13. Ecke Admiralsstraße, am Rotduler Thor. *

66. Resterhandlung.
Billig Reite zu Knaben-Anzügen von 1 R. Große Anzüge von 7 R. an, bis zum feinsten Kammergut, auch nach Einmangungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Mänteln, Jaquetts, Plüsch, Atlas, Seide. (1767)*
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstr. 66.
Telephon Amt IV. 1567.

Reste. Reste.
Dosenreste, jed. Rest eines Herrenhofs, 50 R. Sommerpaletotreste, jeder Rest einen Paletot, 10 Mark. 15700*
Knabenanzugreste, sehr groß, 2-3 R. Herrenanzugreste in großer Auswahl.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Knaben-Anzüge, Sammetstoffe und Herrenreste kauft man bill. u. reell bei
Widemann, Sorauerstr. 30, Resterhandlung, part. 23446

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiss- u. Bairischbier-Lokal.
Wilhelm Brast,
N., Wollnerstr. 9.

Restaurant
„zum gemächlichen Strauss“
Strolacher Allee 17b. 2.
Berlin-Oden, Kant VII Nr. 4182.
Zahlstelle u. 4 Wählvereine. Berzinszimmer u. Piano noch einige Tage frei.

Literarische Rundschau.

C. Dugo: Städteverwaltung und Municipalsozialismus in England. (Dieh Verlag 1897. 10 Lieferungen à 20 Pf.)

C. Verstein: Probleme des Sozialismus in der „Neuen Zeit“ Jahrgang 96/97, Nr. 6, 7, 10, 25, 30, 31.

Die Tendenzen, die zu einer fortschreitenden Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens drängen, die Ansätze, welche, in der kapitalistischen Produktionsweise selbst sich ausbildend, über diese Produktions- und Verteilungsweise hinaus bereits auf höhere Organisationsformen der gesellschaftlichen Arbeit deuten, sind mannigfacher Art, und treten in den verschiedenen Staaten, je nach Verschiedenheit ihrer politischen, ökonomischen und allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse in sehr verschiedener Stärke und Gestalt auf. In Deutschland, mit seinem demokratischen Reichstagswahlrecht und seiner monarchisch-bürokratisch-politischen Regierung, die den Forderungen selbst des einfachsten bürgerlichen Liberalismus Hohn spricht, mit seinem plutokratischen Landtags- und Gemeindevorständen, mit dem argwöhnischen Niederhalten möglichst jeder gesellschaftlichen Selbstthätigkeit vor allem der Arbeiterklasse — hat sich auf dem Boden einer unerhört reichen kapitalistischen Entwicklung die allgemeine politische Bewegung der Arbeiterklasse im Rahmen des Reichstagswahlrechts mit mächtiger Kraft entfaltet. Nirgends ist im Zusammenhange damit der Kern der sozialistischen Gedanken, das klare Bewußtsein des prinzipiellen Gegensatzes zu der ganzen kapitalistischen Gesellschaft so tief in die Masse gedrungen, wie eben hier. Indem die sozialdemokratische Partei die politische, demokratischen Aufgaben, denen der bürgerliche Liberalismus sich feige entzog, zugleich als Forderungen des über den Kapitalismus hinausdringenden Proletariats proklamierte, wurde sie die einzig zuverlässige, volkstümliche Oppositionspartei in Deutschland, und verdoppelte so, immer neue Kreise beranziehend, die Werbekraft ihrer allgemeinen, ihrer sozialistischen Ideen.

Es kann befremden, daß demokratische Länder, vor allem das England, in welchem doch die kapitalistische Produktionsweise weitans am höchsten entwickelt ist, keine politische Arbeiterpartei, die sich an Stärke und Zielbewußtsein mit der deutschen messen könnte, einweilen besitzt. Das mag zu einem Theile in den demokratischen Institutionen selbst begründet sein, die, wie sehr sie auch Voraussetzungen für jede tiefere einschneidende politische Selbstthätigung der Arbeiterklasse sind, andererseits den politisch-oppositionellen Hindernissen in der Bevölkerung, den ein erbitterter Absolutismus als günstiges Material einer sozialdemokratischen Agitation gewaltig anhäuft, nicht in gleicher Weise entgegenwirken. Mit dem politischen Drucke fällt, wie es den Anschein hat, auch ein Theil des Gegendruckes, der in politisch zurückgebliebenen Ländern, wie Deutschland und Oesterreich, der sozialistischen Parteibewegung zu gute kommt. Natürlich ist das kein entscheidendes Moment. Was auf der einen Seite als Manko, kann auf der andern als positive Chance erscheinen, und vielleicht ist die Zeit sehr nahe, wo gerade in den demokratischen Gemeinwesen die politische, sozialdemokratische Arbeiterbewegung mächtig emporschneulen und alle Vortheile, die im übrigen eine freiheitliche Staatsordnung jeder politischen Bewegung gewährt, voll auszunutzen wird.

Einstweilen geht es in dieser Hinsicht nur langsam vorwärts, die englischen Arbeiter, deren praktisch nächster Sinn für weitanschauende große Ziele, wie der Sozialismus sie bietet, sich nur schwer erwarnt, stehen zum allergrößten Theile noch im Heerlager der bürgerlichen Parteien und suchen durch deren Vermittlung einzelne, zusammenhanglos ausgearbeitete Reformforderungen durchzusetzen. Das Bewußtsein der Massen ist noch wenig über die Schranken bürgerlicher Denkweise hinausgedrungen, weit nichts von einer auf prinzipielle Umgestaltung der ganzen bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Aktion der Arbeiterklasse. Aber es wäre auch ganz falsch, die Revolutionierung der Geister als den einzigen Maßstab zu betrachten, nach welchem die Aussichten des Sozialismus in den verschiedenen Staaten, das Fortgeschrittensein der Nationen in dieser Richtung zu bemessen sind. Die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, welche der Sozialismus als letztes Ziel anstrebt, ist nicht, das sich, auch nach E r o b e r u n g der politischen Macht durch eine sozialistisch aufgestellte Proletariat, von oben herab mit einem Schlage dekretieren ließe. Wie hoch auch immer die Rolle, welche die Staatsmacht in diesem Prozesse zu spielen berufen ist, veranschlagt werde, sie wird in ihren Aktionen auf englische nicht nur an den Fortschritt der in allen Kulturländern sich vollziehenden Kapitalkonzentration, sondern ebenso wohl auch an den Fortschritt der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen selbst gebunden sein.

Die Politik, eines sozialistischen Zielen zustrebenden Staates wird aller Voraussicht nach auf diese unmittelbar aus der Produktions- und Verteilungssphäre herausgewachsenen Organisationen, so vor allem an die Gewerkschaften und die Konsumvereine, direkt anknüpfen und diese als wirksame Hebel der Vergesellschaftung benutzen müssen. Je mehr die Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Großbetrieben den Unternehmern gegenüber gehoben wird, je mehr wird das ursprüngliche Verhältnis von Kapitalist und Lohnarbeiter in seinem Inhalt geändert, je mehr wird das gesellschaftliche Interesse der gewerkschaftlichen Produzenten in der Art und Weise der Produktion, die der Verteilung des Ertrages zum Ausdruck kommen. Und die Entwicklung der großen Arbeiter-Konsumvereine treibt dahin, daß die an die Kunden abgesetzten Waaren in steigendem Maße von Unternehmungen dieser Vereine selbst, also unter Ausschaltung des kapitalistisch-ausbeutenden und Profit aneignenden Mittelmannes, produziert werden.

Wenn auch bei starker Ausdehnung der gewerkschaftlichen Macht immerhin der Kapitalist noch an der Spitze des Betriebes bleibt und nur weitgehender Kontrolle seiner Arbeiter unterstellt ist, fällt bei dem Uebergreifen der Konsumvereine in die Sphäre der Produktion auch diese Schranke fort. Die in den Vereinen zu Konsumzwecken organisierte Arbeiterschaft selbst ist es, die hier an Stelle des Kapitalisten tritt, und die durch ihre Organisation den erzeugten Produkten zugleich einen festen Absatz sichert. Die Produktion der Arbeiter erhält, da sie im Auftrage und zum Nutzen der in Konsumvereinen selbst organisierten Arbeiterschaft geschieht, einen im engeren Sinne gesellschaftlichen Charakter. Es ist das eine der Formen, in denen der Gedanke der Produktiv-Assoziationen, die sich Laffalle als Uebergangsstadium zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung dachte, allerdings modifiziert, weitreichende Realität erhalten kann, einer der Krystallisationspunkte, an welchen die Elemente einer höheren Produktionsweise sich sammeln, an welche, bei der gewaltigen Ausdehnung des Arbeiterkonsums immer neue Betriebe in weitem Umfange sich anschließen mögen.

Ebenso wie die Gewerkschaften und Konsumvereine an sich als ohnmächtig erscheinen, das feste Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft zu sprengen, ebenso erscheint auch die politische Macht, abgelöst von solchen Organisationen, auf die sie sich stützen, die sie fördern und von denen sie Förderung erhalten kann, unfähig, die Produktion, bisher ein Mittel der Ausbeutung, wahrhaft in den Dienst der arbeitenden Gesellschaftsklassen zu zwingen. Die direkte Verstaatlichung der Produktionsmittel kann bei der ungenügenden Vergesellschaftung des modernen Wirtschaftslebens nur ein es der Mittel sein, durch welche der große Prozeß, der eine Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel andacht, sich vollzieht. Dies Mittel hat in andern Mitteln, diese Form der Bewegung in andern Formen ihre Ergänzung. Erst das lebendige Zusammenspiel all-

dieser Mittel und Formen ist der wirkliche, der siegreich vorwärts dringende Prozeß.

Wenn die englische Arbeiterpartei der deutschen an sozialistischem Zielbewußtsein nachsteht, so hat sie andererseits die gewerkschaftlichen Verbände, deren Zukunftsbedeutung nicht über ihren beschränkten Augenblickserfolg vergessen werden darf, weit über jedes in Deutschland erreichte Maß ausgebildet. Große Vorarbeiten sind hier, begünstigt durch die Eigenart der englischen Verhältnisse, geleistet, die Deutschland einmal nachzuholen haben wird. Bei der Einseitigkeit, die wegen der besonderen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse aller Länder jede nationale Arbeiterbewegung naturgemäß zeigt, ist eine geistige Ergänzung, eine stetige Information über den Entwicklungsgang des Auslandes doppelt notwendig. Das Marx'sche Wort, daß jede Nation von der andern lernen kann und soll, trifft auch und ganz besonders in diesem Sinne zu.

Für unser Verständnis der englischen Gewerkschaftsbewegung ist gerade in letzter Zeit besonders durch Uebersetzung der Schriften von Beatrice und Sidney Webb vorzügliches geleistet worden. Die Hugo'sche Schrift über: „Städteverwaltung und Municipalsozialismus in England“ darf man, wenn auch der Gegenstand nicht in so unmittelbarer Verbindung mit der Arbeiterbewegung steht, aus gleichem Grunde schon willkommen heißen. Fällt sich dieser „Gemeindefeieralismus“ vorläufig auch in so bescheidenen Grenzen, daß der Name etwas gar zu vollständig für die Sache klingt, ist auch, was auf diesem Gebiete geschaffen wurde, nur zum allergeringsten Theile auf das Konto einer wirklichen Arbeiterbewegung zu schreiben, so bietet diese Schrift doch aus eigener Anschauung mit den englischen Verhältnissen gründlich vertrauten Autoren doch außerordentlich viel des Anregenden und Belehrenden für deutsche Sozialisten. Wie eng vorläufig auch in England die Thätigkeit der städtischen Selbstverwaltungen gesteckt ist, man darf die Bedeutung dieser Bewegung nicht nach ihrem augenblicklichen, noch recht bescheidenen Stande beurtheilen, sondern danach, was aus diesen Anfängen heraus in dem gesellschaftlichen Prozesse sich noch entwickeln mag. Bei fortschreitender Demokratisierung und entsprechender Aufklärung der Arbeitermassen muß diesen eine ausschlaggebende Macht in der städtischen Verwaltung zufallen, die dann als sehr bedeutender Hebel in den Emancipationsbestrebungen der Arbeiter wirken kann. Auch das Bescheidene, was bisher geleistet ist, läßt über diese Möglichkeit keinen Zweifel. Die Tendenz für die großen städtischen Unternehmungen, wie Gas, Wasser- und Kanalbau u. a., den privaten Unternehmern fortzuschreiten im kommunalen Interesse auszuschließen, kann weit über den jetzt gegebenen Rahmen hinausgetrieben werden. Ähnlich den Konsumvereinen erscheinen die Kommunen als unruhige gesellschaftliche Körper, die unter günstigen Bedingungen in hohem Grade geeignet sind, einen wachsenden Theil der Produktion in die Hand zu nehmen, und unter Umgehung des Kapitalisten kollektivität zu verwalten. Wenn die Kommunen was produzieren und verkaufen, warum sollten sie nicht, um nur ein Beispiel herauszugreifen, auch einmal Brotproduzenten und Verkäufer werden können und so im öffentlichen Interesse die schreienden Uebelstände der privaten Bäckereien mit der Wurzel angreifen? Wie sie in der Produktion als Mittel der Vergesellschaftung zu wirken vermögen, so können sie auch darüber hinaus durch ihre Besteuerung unter Umständen sehr bedeutsam in die Verteilung der Güter eingreifen. Nicht in dem, was schon ist, in dem was kommen mag, was sich im Seitenden langsam heran zu bilden scheint, liegt der wahre Sinn und das Recht des Wortes Municipalsozialismus begründet.

Das Hugo'sche Buch will keine Möglichkeiten erwägen, es geht ganz in der, wie schon gesagt, sehr interessanten Schilderung der seitenden, dessen was unter englischen Verhältnissen in diesem Jahrhundert geworden ist, auf. Die alten überlebten Formen städtischer Selbstverwaltung, nach welchen ein enger Kreis von Privilegierten, die sogenannte Korporation, ergänzt durch Sonderausstände, alle Gewalt ausübte, hatten zu heilloser Korruption geführt. Gegenüber dem rapiden, durch die moderne Industrie gezeigten Anwachs der Städte in diesem Jahrhundert erwies sich die zahllose Impotenz jener verrotteten Körperchen. Man denke an die Schilderung, die Engels in seiner „Loge der arbeitenden Klassen“ von den englischen Fabrikkstädten der 40er Jahre entwirft! Erst nachdem die Reformbill vom Jahre 1832 die Parlamentswahlen neu geregelt und damit zugleich einen wichtigen Zeitpunkt der alten Städte-Ordnung beseitigt hatte, wurde die städtische Selbstverwaltung auf eine neue Basis gestellt, die, in den Grundzügen noch heute geltend, allmählich einer aufstrebenden Entwicklung die Bahnen ebnete. Das entscheidende Geseh ist die Städte-Ordnung von 1855, welche das Bürgerrecht sehr bedeutend ausdehnte, und den Stadtrat in der Hauptsache aus der direkten Wahl der Bürger hervorgehen läßt. Erst allmählich im Laufe der Jahrzehnte wurden die Funktionen dieser neuen Behörde, die von allen Seiten durch lokale Sondergesetze, alle Urkunden, private Monopole und die monopolisirende Haltung des Parlaments eingeeignet war, fortschreitend ausgedehnt. Man findet bei Hugo in den Kapiteln, welche die besonderen Zweige städtischer Selbstverwaltung: die volkshygienischen Aufgaben (Abfuhrwesen, Hausung der arbeitenden Klassen, Wasserversorgung, Bäder, Waisenhäuser, Parks u. s. w.), das Feuerlöschwesen, die Märkte, Gas- und elektrische Beleuchtung, Straßenbahnen, Telephonanlagen, Volksbibliotheken, technischen Unterricht u. a. m. behandelt, viel Charakteristisches aus dieser Entwicklungsgeschichte mitgeteilt.

Mit besonderer Ausführlichkeit werden die städtischen Verwaltungszustände Londons geschildert, in dem die Macht privater Monopole und Privilegien jedem Fortwärtstreben besonders hartnäckigen Widerstand entgegensehte, derart daß London von den großen englischen Provinzialstädten in Sachen municipaler Reform vielfach sehr bedeutend überholt ist. Das Geseh von 1835, das die Korporationen beseitigte, erstreckte sich nicht auf die reichste und mächtigste Korporation, die der Londoner City, welche im Verein mit den privilegierten Citygilden unerböhrte Geldmassen (die Gilden geben nach den letzten Nachrichten jährlich etwa zwei Millionen Mark für Gastereien ihrer Mitglieder und ähnliche Zwecke aus) verschleudern und bis heute durch ihre Geldmacht allen Versuchen, reinen Tisch zu machen, getrotzt haben. Ebenso haben sich hier mit hoher parlamentarischer Unterstützung die großen Aktiengesellschaften aus den verschiedensten, in der Provinz bereits zum großen Theile kommunaler Verwaltung anheimgefallener Gebieten bis heute erhalten. Sogar die Wasserversorgung wird in London noch durch private Gesellschaften, die ihr Monopol in wucherischer Weise ausbeuten, besorgt; alle städtischen Expropriationsversuche wurden durch den Einfluß der Herren Monopolisten, deren Interessen vor allem bei der konservativen Partei liebevolle Vertretung fanden, vereitelt. Der Witzmarx der in lauter einzelne Kirchspiele zerstückelten Londoner Verwaltung wurde, nachdem unter dem dringenden Bedürfnis eines einheitlichen Kanalsystems zu Beginn der sechziger Jahre in der sogenannten Baubehörde die erste zentrale, die Gesamtstadt zusammenfassende Spezialbehörde geschaffen war, in entscheidender Weise erst durch das Geseh über die Selbstverwaltung der Grafschaften vom Jahre 1888 beseitigt. London wurde als besondere Grafschaft erklärt und erhielt, wenn auch die City-Korporation fast ebenso unabhängig wie früher belassen wurde, in dem durch die Bürger zu wählenden Grafschaftsrath eine Art zentralen Verwaltungskörpers, dessen Machtvollkommenheit hinter der der provinziellen Städte immerhin noch bedeutend zurücksteht. Gleich die ersten

Wahlen vom Jahre 1889 brachten infolge des demokratischen Wahlrechts eine fortschrittliche Majorität in den Londoner Grafschaftsrath, die durch die zweiten Wahlen vom Jahre 1892 noch verstärkt, dann aber durch die dritten Wahlen vom Jahre 1895, bei denen die Monopolistenpartei ihre ganze Macht aufbot, ganz außerordentlich reduziert wurde.

Am deutlichsten hat der Grafschaftsrath seine fortschrittliche Gesinnung durch die von ihm eingeschlagene Lohnpolitik, die Hugo ausführlich schildert, bekundet. Bereits im Jahre 1889 nahm er die sogenannte „anständige Lohnklausel“ an, d. h. er bestimmte, daß private Unternehmer, die von der Stadt auf dem Wege der Submmission gewisse Arbeit zugetheilt erhalten, sich verpflichten müssen, ihren Arbeitern dabei die in den Gewerkschaften üblichen Löhne zu zahlen. Hand in Hand damit gingen Lohnbesserungen und Reduktionen der Arbeitszeit für die direkt von der Stadt angestellten Arbeiter. Auch wurde festgestellt, daß alle Lieferungen von Waaren und Rohmaterial nur von Unternehmern, die Gewerkschaftslöhne zahlen und nicht im Schwibsystem arbeiten lassen, bezogen werden sollen.

Der Versuch der Unternehmer, darauf hin die Submissionspreise in unverhältnißvoller Weise zu steigern, wurde in wirksamster Weise dadurch getreuzt, daß die Stadt nur Waaren und ähnliche Arbeiten in eigene Regie nahm; ein Weg, auf dem andere Provinzialstädte, die gleichfalls die „anständige Lohnklausel“ in ihr Programm aufnahmen, London bereits vorangegangen waren. Neu war nur, daß in der Hauptstadt ein besonderer „Ausfluß für öffentliche Arbeiten“, der über mehr als tausend Arbeiter verfügt, als besondere kommunale Behörde eingesetzt wurde. Derselbe hat, wie die Untersuchung über das Regie-Rath des Londoner Grafschaftsraths“ noch kürzlich (vergl. „Soziale Praxis“ vom 18. Mai) klar erwiesen, sich durchaus bewährt. Die Verdächtigungen, als fände hier zu gunsten hoher Lohnzahlung eine unnihe Verschleuderung der Steuergroschen statt, wurden glänzend widerlegt.

Die Forderungen, welche die progressive, für Fortschritt dieser Arbeiterpolitik, für Ausdehnung der kommunalen Regie, Kontrolle und Vollmacht sowie für Besteuerung des Grundbesitzes und Zuwachses eintretende Partei aufstellt, sind in dem sehr interessanten Londoner Programm, das Hugo mittheilt, formuliert und eröffnen weite Perspektiven des kommunalen Fortschritts. Der beschämende Vergleich mit deutschen Verhältnissen drängt sich überall auf. Die Anknüpfung Hugo's in einem Aufsatz der „Neuen Zeit“, daß er als Ergänzung zu dieser Schrift die deutsche Städteverwaltung behandeln wolle, wird von den Lesern seines „Municipal-Sozialismus in England“ mit großer Genugthuung begrüßt werden.

Die Aufsätze, die Verstein unter dem Titel: „Probleme des Sozialismus“ in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat und die nun abgeschlossen vorliegen, haben im Zusammenhang mit anderen interessanten Erörterungen einen für die Werthung des heute allerdings erst sehr keimhaft existierenden „Municipal-Sozialismus“ und analoger Sphären entscheidenden Gesichtspunkt hervor. Nachdem er die Aussichten und das Tempo der großindustriellen Kapitalkonzentration und die Entwicklung der englischen Landwirthschaft besprochen, die trotz des vorherrschenden Großgrundbesitzes nur wenig Tendenzen zum eigentlichen Großbetriebe aufweist, zieht Verstein in einer Schlussbetrachtung über die „sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl“ das Fazit, das sich etwa folgendermaßen formuliren ließe: Die Vergesellschaftung der Produktion, auf welche die sozialistische Arbeiterschaft in irgend absehbarer Zeit hoffen kann, ist von der Art Vergesellschaftung, die dem reinen Begriffe des Sozialismus entspricht, jedenfalls noch um ein gewaltiges Stück entfernt. Der Gedanke, daß die Gesellschaft, wenn wir dieselbe uns auch nur auf die Grenzen einer Nation eingeschränkt denken, in einheitlich zentralistischer Weise radikal-sozialistisch, d. h. ohne Kauf und Verkauf Produktion und Verteilung der Güter regelt, ist bei der unüberschaubaren Zahl von Einzelbetrieben, die aller Konzentrationstendenz zum Trotz in absehbarer Zeit sich noch erhalten werden, gar nicht auszubedenken. Selbst bei glühiger Rechnung würden nach dem Maßstab, den uns eine Vergleichung der deutschen Berufsanzahl von 1882 und 1895 in die Hand gibt, im Jahre 1921 in der deutschen Industrie — Handwerk und Kleinbetrieb nicht mitgerechnet — noch gegen 60 000 Groß- und Mittelbetriebe vorhanden sein, deren staatliche Verwaltung, auch wenn der Staat die direkte Verteilung im sozialistischen Sinne noch gar nicht übernimmt, sondern das Produkt nach wie vor als Waare verkauft, auf ganz unspähbare Schwierigkeiten stoßen würde. Gekweige, daß eine solche Organisation ohne starke staatliche Autorität und ohne das Prinzip der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit, durch das bloße harmonische Zusammenspiel ungebundener Bedürfnisse sich aufrecht erhalten könnte! Wäre die Vergesellschaftung von vornherein nur durch Vermittlung des zentralistischen Staates möglich, so wären ihre enge Grenzen gezogen; und, davon abgesehen, es wäre übel mit der Demokratie bestellt, wenn der einzelne Millionen großen Gemeinwesen unvermittelt, nur als Einheit unter Millionen Miteinheiten gegenüberstände; die wirkliche Herrschaft müßte dann einer Bureaucratie zufallen. Erst wenn die Selbstverwaltungskörper, wenn Gewerkschaften und Gewerkschaften als Zwischenorgane und mitwirkende Hebel einer allmählichen Vergesellschaftung der Produktionsprozesse herangezogen werden, verändert sich das Bild. Die demokratische Selbstbetheiligung der einzelnen tritt in ihre Rechte und „die räumliche Ungeheuerlichkeit“, der jedes Streben nach einer unvermittelten Zentralisation des ganzen Produktionsprozesses durch den Staat rathlos gegenüber steht, „verschwindet, die Zahlenverhältnisse werden menschlicher“.

Es sind das Gedankenkreise, die sich mit den Erwägungen, die wir der Besprechung des Hugo'schen Buches voranzuschieben, aufs engste berühren. So sehr wir recht haben, unsere Gegner, die eine detaillirte Schilderung des „Zukunftsstaates“ von uns verlangen, mit Tadeln abzuweisen, so sehr berechtigt ist auf der anderen Seite die Frage, nicht wie wir uns den „Zukunftsstaat“, wohl aber wie wir die Evolutionen, die die Gesellschaft über den Rahmen des alten Kapitalismus hinausführen und eine Annäherung an das Ideal der vergesellschafteten Produktion anbahnen, uns vorstellen. Mit der unbestimmten, bloßen Berufung auf den Klassenkampf und die Konzentration der Kapitalien ist, wie Verstein richtig hervorhebt, da noch wenig gethan. Die Bedeutung der Aufsätze liegt vor allem in diesem Problem, das der Verfasser sich stellte, einem der wichtigsten und interessantesten, auf welches sozialistisches Nachdenken sich richten kann.

Eingelaufene Druckschriften.
„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik“, enthält in ihrer neuesten Nr. ein folgenschweres literarisches Verbrechen: 1. Die deutsche Innungsfrage nach den Kommunalverhältnissen. Von Dr. R. Gröger. 2. Die baltische Gewerkschaft. Von Dr. R. Gröger. — Einleitung des Verfassers in Preußen. Begriff der „öffentlichen Angelegenheit“. — Reichs-Kommunalarbeitungspreis. — Einmündigung und Auswanderung in England 1896. — Internationaler Verband der städtischen Gesellschaften. — Vergemeinerung der Apotheken in Preußen. — Kommunales Brauwesen in Jena und Umgebung. — Municipaler Dampfbohrer-Verband in England. — Erhebung öffentlicher Arbeiten in Preußen. L. W. Tarnow der eingesessenen Landwirthe. — Spezialisten in der englischen Kommunalverwaltung. — Sozialdemokratische Gemeinderäte in Baden. — Arbeiter-Tagung-Entwurf für Konfessionen - Jenoaris und ähnliche Gewerbe in Deutschland. — Handelsbetrieblie Arbeiter-Tagung-Vorschläge. — Wählentag für die Londoner Maschinen-Industrie. — Lohnbegrenzungserörterungen für deutsche Betriebe. Schuß vor Auswanderung in den Gefängnissen. — Statistik der Betriebe und Arbeiter unter der schweizerischen Arbeitslosenversicherung. — Weibliche Fabrikproduktion für Altensburg. — Die Krankenversicherung in der Gesundheitsreform. Von Robert Sch. Weigert. — Obligatorische Unfallversicherung der Führer der technischen Hochschule in Preußen. — Material zur Arbeitslosen-Versicherung. — Arbeiter-moynungs-Rongreß in Brüssel.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom 28. Mai 1897, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thiele, v. d. Medde.

In der Präsidentenloge wohnt der frühere Minister des Innern v. Köller der Sitzung bei.

In dritter Beratung werden die Gesetzentwürfe betreffend den Erwerb von Theilen des Aachen-Maastrichter Eisenbahnunternehmens durch den preussischen Staat und betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für 1897/98 unverändert genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine.

Die Konservativen Graf Limburg-Stirum und Genossen beantragen, vor dem Artikel I der Vorlage folgenden besonderen Artikel einzuschließen:

Versammlungen, von denen auf Grund der Thatfachen anzunehmen ist, daß sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährden würden, können von der Landespolizeibehörde verboten werden.

Abg. Schmieding (natl.) erklärt namens seiner Freunde, daß sie gegen den Antrag stimmen würden aus dem früher bereits erörterten Gründen.

Abg. Winkler (l.): Meine Freunde haben den Antrag trotz der Ablehnung in der Kommission wiederholt, um ihre prinzipielle Stellung bezüglich des Präventivverbots klarzulegen. Die Auflösung einer Versammlung führt in den meisten Fällen zu einer großen Erregung, und die Entscheidung liegt dabei allerdings in den Händen untergeordneter Polizei-Organen.

Es ist daher am besten, wenn solche Versammlungen, welche die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu bedrohen geeignet sind, von vornherein verhindert werden, und wenn wir die Entscheidung darüber nicht in die Hände untergeordneter Polizeiorgane, sondern der Landespolizeibehörde legen. Der Kommissar der Regierung hat in der Kommission gesagt, daß der Regierung eine derartige Befugnis nur sehr willkommen sein könnte, daß sie allenfalls aber auch ein solches Verbot nach dem bestehenden Recht glauben ausprechen zu können. In anderen Staaten, Baden und Sachsen, ist eine solche Möglichkeit gesetzlich festgelegt, in Preußen nicht; es ist auch in Preußen noch kein Gebrauch gemacht worden, und wir müssen auch theoretisch beweisen, ob das bestehende Recht dazu ausreicht. Wir glauben noch einmal den Gedanken anregen und die Möglichkeit geben zu sollen, diese Lücke auszufüllen.

Minister des Innern v. d. Medde: Ich kann in Wiederholung der Erklärung des Kommissars in der Kommission nur noch ausdrücklich bestätigen, daß die Gewährung des sog. Präventivverbots für Versammlungen der lgl. Staatsregierung nur sehr willkommen sein könnte. (Lachen links und im Zentrum.) Ich kann daher nur anheimstellen, den von der konservativen Partei gestellten Antrag anzunehmen.

Abg. Motz erklärt sich namens der Polen gegen den Antrag. Abg. Lieber (Z.): Wer mit der großen Entschiedenheit wie wir gegen den Artikel I der Regierungsvorlage stimmt, muß mit um so größerer Entschiedenheit gegen die von den Konservativen vorgeschlagene und von der Regierung so warm begrüßte Präventivmaßregel (Heiterkeit) stimmen.

Abg. v. Zedlitz (l.): Ich muß Sie bitten, gegen den Antrag zu stimmen. Die praktischen Gründe, welche uns zur Ablehnung zwingen, liegen darin, daß der Landesbehörde Aufgaben gestellt werden, die sie garnicht erfüllen kann. Wenn z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf hunderte von Versammlungen in erregten Zeiten angemeldet werden, wie soll der Regierungspräsident im stände sein, hunderte von Versammlungen innerhalb 24 Stunden mit Angabe der Gründe zu verbieten! Schwerer als die praktischen Bedenken wiegen die grundsätzlichen Erwägungsgründe. Man kann der Regierung eine Vollmacht nicht erteilen, die sie selbst nicht erbeten hat. Wir legen großen Werth auf die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Versammlungs- und Vereinsrechts, wir wollen nicht die Freiheit der Meinungsäußerung unter den bürgerlichen Parteien irgendwie einschränken oder knebeln durch Bestimmungen, die sich lediglich richten gegen Sozialrevolutionäre oder Nationalrevolutionäre. Die Regierung hat auch nicht entfernt an eine Beschränkung der bürgerlichen Freiheit gedacht. (Widerspruch links; Zustimmung rechts.) Man behauptet, die Absicht des Gesetzes sei, die oppositionellen Richtungen aller Art mundtot zu machen. Das ist ein geschicktes Manöver, um die großen Massen in das Garn bestimmter Parteien zu bringen, um sie für die nächsten Wahlen zu appetitieren. Man agitirt und wirbt mit der Befürchtung vor autoritären, absolutistischen Bestrebungen. Auch dafür liegt nicht die mindeste Berechtigung vor. Rein Mann im ganzen Lande denkt an die Möglichkeit oder Zweckmäßigkeit eines solchen persönlichen Regiments.

Es soll das Aleeblatt herrschen: Richter, Gröber und am Größten. (Zuruf links: Au!) Die Verfassungen einzelner Beamten bei Ausführung des Vereins- und Versammlungsrechts werden ausgedeutet, um Mißtrauen zu verbreiten. Die Quelle dieses Mißtrauens muß beseitigt werden; durch die Fassung des Gesetzes darf nicht ein Keil in die nationalen Parteien getrieben werden. Die allgemeinen Kriterien, nach denen das Verbot erfolgen kann, sind und nicht scharf genug ausgefaßt. Der Antrag enthält viele zweideutige Ausdrücke, welche Mißverständnissen ausgesetzt sind. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß man genau die Parteien bezeichnen muß, gegen welche die Bestimmungen angewendet werden sollen: die sozialrevolutionären und die nationalrevolutionären Bestrebungen, nicht aber gegen alle oppositionellen Bestrebungen. Auf der preussischen Gesetzgebung soll nicht der Schein des Vorwurfs haften, daß zum Kampfe gegen solche Bestrebungen die bürgerliche Freiheit angetastet wird. Wir wollen den Schild des preussischen Staates blank halten im Interesse Deutschlands.

Abg. Rickert (sf. Bg.): Wie wollen nicht mehr mit Ihnen diskutieren, wir werden den Antrag ablehnen.

Abg. Porisch (Z.): Wenn die Regierung jetzt auch nicht die Vorlage zu einer Knebelung verwenden will, die Möglichkeit dazu liegt vor und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Gegen die Stimmen der Konservativen wird der Antrag des Grafen Limburg abgelehnt.

Auf Antrag Rickert werden die Artikel I und III der Vorlage gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien in der Verhandlung mit einander verbunden.

Diese Artikel sollen nach dem Antrage der konservativen Partei lauten:

Artikel I. Versammlungen, welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährden, können von der Landespolizeibehörde (§ 4 der Verordnung vom 11. März 1850, Gesefsammlung S. 277) aufgelöst werden.

Artikel III. Vereine, deren Zweck oder Thätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährdet, können von der Landespolizeibehörde geschlossen werden.

In der Vorlage hieß es statt „öffentliche Ordnung“ „öffentlichen Frieden“.

Nach dem Antrage der Konservativen sollen die Artikel I und III lauten:

Versammlungen, in welchen anarchische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zu Tage treten, können von den Abgeordneten der Landespolizeibehörde (§ 4 der Verordnung vom 11. März 1850, Gesefsammlung S. 277) aufgelöst werden.

Vereine, in welchen anarchische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zu Tage treten, können von der Landespolizeibehörde geschlossen werden. Dasselbe gilt von Vereinen, welche die Verletzung eines Theiles des Staatsgebietes vom Ganzen erstreben oder vorbereiten.

Abg. Schmieding (natl.): Im Namen meiner Freunde bitte ich, den Art. I und III in der Fassung der Regierungsvorlage abzulehnen und auch sämtliche dazu gestellten Anträge abzulehnen. (Lebhafter Beifall links.) Der Antrag des Grafen Limburg enthält nichts als die verächtliche Regierungsvorlage. Herr v. Zedlitz meint, die Regierung habe an eine Beschränkung der bürgerlichen Freiheit nicht gedacht. Ich glaube, was die Regierung gedacht hat, weiß er so wenig wie ich. (Sehr gut! links.) Und es kommt nicht auf die Absicht der Regierung an, sondern auf die Wirkung der Art. I und III. (Sehr richtig! links.) Und die Wirkung ist die Befestigung der Garantien, welche in der Verfassung für die Vereins- und Versammlungsfreiheit gegeben sind. Die „Kreuz-Zeitung“, das maßgebende Organ der Konservativen, sagt: Es kommt daraus an: hat man Vertrauen zur Landespolizeibehörde oder hat man kein? Die Fragestellung ist richtig, und die „Kr.-Ztg.“ antwortet: Wir haben Vertrauen zur Landespolizeibehörde. Ich kann namens meiner Parteifreunde antworten: Wir haben kein Vertrauen zur Landespolizeibehörde (Beifall links) und nach den Vorgängen der letzten Zeit auch nicht das Vertrauen zur königlichen Staatsregierung, um ihr so weitgehende Vollmachten anzuvertrauen. (Zustimmung links.) Wir wünschen auch eine starke Regierung, aber ist die heutige Regierung eine starke Regierung? (Inse links: Nein!) Macht man aus einer schwachen Regierung eine starke Regierung, wenn man ihr unbegrenzte Vollmachten giebt? Das ist ein verkehrtes Mittel. Wir und alle die, welche aus Kreisen der Industrie hierher geschickt sind, wünschen dringend, daß den Bestrebungen der Sozialdemokratie scharfer als bisher entgegengetreten wird, aber bis heute hat die Regierung noch nicht einmal die ihr zu Gebote stehenden Mittel mit aller Schärfe angewendet. Ueber die Dehnbarkeit und den leichten Mißbrauch der Bestimmungen sowohl der Regierungsvorlage als der konservativen Anträge ist Ihre eigene Presse durchaus nicht zweifelhaft. Die Exzentrinen unter den Konservativen sagen sich: Es können Zeiten wiederkommen, wo Graf Caprivi das Regiment führt, und dann wehe uns! Der Antrag v. Zedlitz ist mir, als ich ihn zuerst las, nicht unsympathisch gewesen. (Hört! Hört! rechts) — gewiß, die ganze Entwicklung der nationalliberalen Partei zeigt ja, daß wir diesen Bestrebungen entgegenzutreten, — aber je mehr ich mir den Sinn des Antrages klar mache, desto mehr bin ich davon zurückgekommen, daß er etwas Brauchbares bietet. Er trifft das Uebel nicht an der Wurzel. Für die Sozialdemokratie an den Grenzen des preussischen Staates ist die ganze Maßregel ein einfacher Schlag ins Wasser. Es ist eine halbe Maßregel, die nach etwas aussieht und schließlich doch nicht hilft. Das ist das Schlimmste, was man machen kann, wenn man thut, als gäbe man eine Maßregel, die doch nicht wirksam ist. Wenn gegen die Sozialdemokratie gesetzlich vorgegangen werden soll, dann muß man das nicht nebenbei machen, dann hat die Regierung die Sache zu machen, damit sie die Verantwortung zu tragen hat. Wir werden deshalb nur für die Kommissionsbeschlässe stimmen, die das wesentlich Brauchbare aus der Vorlage herausgeschält haben. Die Minderjährigen sollen aus den Versammlungen entfernt werden. Wer sich nicht bürgerlich selbständig verpflichten kann, wer nicht stimmberechtigt ist, der soll nicht in der terroristischen Art, wie es zu geschehen pflegt, in den Versammlungen auftreten dürfen. Wenn die übrigen Parteien nicht bereit sind, uns auf diesem Boden zu folgen, dann müssen wir ihnen die Verantwortung dafür überlassen. (Lachen rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.): Ich habe das Gefühl, wenn unsere Partei eine solche Haltung einnehmen würde wie die nationalliberale, dann würde sie breitgetreten werden. Ich will aber rein sachlich sprechen. Wenn man einschreiten will, muß man elastische Befugnisse geben. (Hört, hört! links.) Ich habe in meiner langjährigen parlamentarischen Thätigkeit die Unmöglichkeit kennen gelernt, klare, präzise, brauchbare Bestimmungen zu schaffen. Man müßte immer ein gewisses Ermessen walten lassen. — Im ganzen Lande ist in Kreisen der Wohlgeinten kein Zweifel, daß es wie jetzt nicht mehr weiter geht; die Regierung muß ihre Autorität feststellen gegenüber den Klassen, welche den Umsturz befördern. Es kann eine Bestimmung, wie sie in der Vorlage vorliegt, mißbraucht werden; aber dieser Nachtheil ist nicht so groß wie der, daß die Regierung überhaupt nicht vorgehen kann. Eine ungerechte Auflösung kann korrigirt werden. Ich kann die Gefahr des Mißbrauchs nur als eine minimale ansehen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Zeit wird kommen, da werden die Herren (nach links deutend) noch viel weiter in der Ertheilung von Befugnissen gehen müssen, als jetzt. (Sehr richtig! rechts.) Demgegenüber wird die Vorlage ein Waisenthu sein. Ein allgemeines Mißtrauen gegen die Regierung widerstrebt unseren Grundsätzen. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Bestimmungen gegen uns angewendet werden könnten, läßt uns ganz kalt. Wenn einmal eine Regierung kommen sollte, die ihre Interessen so falsch verstehen sollte, scharf gegen die Konservativen vorzugehen, (Heiterkeit links), dann würden schließlich noch schärfere Bestimmungen gegen uns gemacht werden können. (Zustimmung rechts.)

Es sind zwei sich entgegengesetzte Strömungen vorhanden: Die eine behauptet, man könne der Sozialdemokratie Herr werden durch die freie Bewegung. Wir vertreten die andere Auffassung: man soll alles thun, die Leute zu belehren und die Lage der Massen zu verbessern, aber wir sagen auch: der Staat kann solche Bestrebungen nicht dulden. (Sehr richtig! rechts.) Darum bleibe ich auf dem Standpunkt stehen und ich halte dafür, daß die Staatsregierung etwas Nichtiges gethan hat mit der Vorlage; ich hoffe, daß wird der Anfang einer weiteren Aktion in unserem Sinne sein. Wir werden erst für die Regierungsvorlage, schließlich aber für den Antrag Zedlitz stimmen. (Lebhafter, wiederholter Beifall rechts; wiederholtes Zischen links.)

Abg. Porisch (Z.): Meine Freunde haben nach genauer Prüfung erkannt, daß die Vorlage Schaden bringen wird. Deshalb stimmen wir gegen die Vorlage und gegen den Antrag v. Zedlitz. Wir sind der Meinung, daß die bestehenden Gesetze vollständig ausreichen, daß man gegen einzelne Parteien vorgehen kann, wie wir das im Kulturkampf an unserem Körper erlebt haben. Objektiv wäre es wünschenswerth, daß auch die Konservativen einmal eine scharfe Anwendung des Vereinsgesetzes gespürt hätten. Eine Rüge bewirkt man anders, wenn man sie selber erduldet hat, als wenn man sie bloß auf dem Körper eines anderen hat tanzen lassen. Wie werden die untergeordneten Organe ein solches Gesetz anwenden mit seinen k a u s a l a r t i g e n Bestimmungen? Daß der Beamte nachher rektifizirt wird, weil er die Versammlung zu unrecht aufgelöst hat, ist gar kein Rantel. Die Auflösung einer Versammlung ist kein Mittel zur Wahrung der öffentlichen Ordnung. Wir sind die entschiedensten Gegner der Sozialdemokraten und bekämpfen sie praktisch im Lande. (Lachen rechts.) Hat der Herr, der da lacht, etwas Derartiges gethan? Hierher kommen und ein Polizeigesetz machen, das ist sehr leicht! Ich verweise auf die zahlreichen katholischen Arbeitervereine und den Verein für das katholische Deutschland, der über 200 000 Mitglieder hat. (Hört! im Zentrum.) Wie will man anarchische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen von einander abgrenzen? Sozialistische Bestrebungen sind nicht bloß bei den Arbeitern, sie werden um so gefährlicher, in je höhere Schichten sie hinaufsteigen. Was nützt eine solche Bestimmung wie der Antrag v. Zedlitz? Das Sozialistengesetz war viel scharfer und hat trotzdem nichts ausgerichtet, ja vielfach die sozialdemokratische Bewegung in keusiver gemacht. Durch die Ablehnung der Anträge ge-

fährden wir in keiner Weise die Ordnung des Staates. (Zustimmung im Zentrum.)

Minister des Innern v. d. Medde: Die Staatsregierung hat sich bei der Ausarbeitung der Vorlage einer großen Zurückhaltung befleißigt (Lachen links); sie hat ihre Wünsche, die sie seit Jahren hegt, zurückgedrängt, um die Vorlage zu stände zu bringen, sie hat sich beschränkt auf das unumgänglich Nöthige. Was ist aus dem Gesetzentwurf in der Kommission geworden? Man hat die Rufen aus dem Aachen herausgenommen, man hat die Erleichterungen dankbar akzeptirt, man hat die Bestimmungen über die Minderjährigen mit sehr erheblichen Beschränkungen angenommen und die übrigen Bestimmungen, auf welche die Regierung das Hauptgewicht legen muß, einfach abgelehnt. Die Staatsregierung kann das nur bedauern, und ich muß Sie bitten, die Artikel I und III wieder herzustellen. Ich muß es bestritten, daß die Regierung von ihren Nachmitteln noch nicht genügend Gebrauch gemacht habe. Es spielt sich eine ganze Reihe von Fällen in der Monarchie ab, ohne daß es möglich ist, strafrechtlich gegen solche Vereine einzuschreiten, oder Vereine, in denen diese Dinge geschehen, aufzulösen. Ich will nur einige Fälle anführen, ich habe aber ein ganzes Heft davon. In einer sozialdemokratischen Vereinsversammlung ist offen gesagt: wenn man den Staat schädigen und untergraben könne, solle man es nur in jeder Weise thun. Eine gerichtliche Verfolgung wurde abgelehnt. In einer Versammlung in Hanau hieß es: Man müßte sehen, den Staat durch alle möglichen Mittel zu Fall zu bringen, man müsse am Staate rütteln und seinen Boden untergraben, damit er falle. Dasselbe negative Ergebnis! In einer anarchischen Versammlung in Frankfurt (Rufe links: Wann?) vom 12. November 1893 (Gelächter links) hieß es: Die alte Gesellschaft verachtet sich Genußmittel durch Betrug und Ausbeutung; der Zeitpunkt ist für die Arbeiter gekommen, wo sie sich zusammenschließen und Mache nehmen können an dem ausbeutenden Kapital. Ein anderer Anarchist sagte: Sei ein Individualist (Heiterkeit links), halte nur dein eigenes Ich im Auge (Große Heiterkeit links, große Unruhe, Glöde des Präsidenten), er würde nicht zurückschrecken, wenn er Revolver oder Dolch gebrauchen müßte; Diebstahl und Gasfahrmannerei halte er nicht für ein Verbrechen. (Unruhe.) Im Kongress in London hat eine Resolution angenommen, monach Polen wiederhergestellt werden solle. Die polnischen Sozialisten haben sich damit einverstanden erklärt, aber eine strafgerichtliche Verfolgung war nicht möglich. In Hannover hat 1895 in einer Versammlung ein Herr gesagt: Die Preußen hätten Hunger und Noth, zu Hause hätten sie nichts anderes zu essen als Kartoffelschalen. Die Hannoveraner trügen den militärischen Noth, aber nur zum Schein, denn im Herzen blieben sie hannoversch. Auch dagegen war eine gerichtliche Ahndung nicht zu erreichen. Ferner wurde in einer Versammlung davon gesprochen, daß Hannover seine recht-mäßigen Fürsten wieder erhalten müsse. (Unruhe links.) Ich habe Ihnen Beispiele von anarchischen Versammlungen in der Mehrzahl vorgeführt, weil sich die Tendenz der Vorlage nicht gegen die bürgerlichen Parteien richten soll. Ich möchte Veranlassung nehmen, an einzelne Aeußerungen in der ersten Lesung anzuknüpfend, der Ansicht entgegenzutreten, als wenn es sich bei der sozialdemokratischen Partei um eine Reformpartei handelte, die auf dem besten Wege sei, sich zu maulern. Die Staatsregierung steht nicht auf diesem Boden. Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre mit dem Endziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich will Ihnen einige Aeußerungen aus gerichtlichen Erkenntnissen mittheilen. Das Ober-Verwaltungsgericht hat es ausgesprochen, daß ein Beamter sich des Vertrauens unwürdig macht, wenn er die Bestrebungen dieser Partei unterstützt. Das Kammergericht hat dieselbe Auffassung 1895 zum Ausdruck gebracht. Das Ober-Verwaltungsgericht hat es als notorisch bezeichnet, daß in den ehemals polnischen Landestheilen eine Bestrebungen besteht, welche die Sicherheit des Staates gefährdet. Es wird nun behauptet, daß sich ein großer Entrüstungssturm gegen die Vorlage erhoben habe. In der Presse ist sehr scharf gegen die Vorlage zu Felde gezogen worden. Auf die königliche Staatsregierung hat das nicht den geringsten Eindruck gemacht. (Beifall rechts.) Es hat sich vielmehr nur der Eindruck befestigt, daß die Regierung sich auf dem richtigen Wege befindet, und die Regierung kann nur bedauern, daß sich ein großer Theil der Presse dazu hergegeben hat, nicht die eigentliche öffentliche Meinung wiederzugeben, sondern sie zu falschen. (Zustimmung rechts. Widerspruch links.) Ich weiß nicht, daß binnen kurzer Zeit die Auffassung der Presse eine andere sein wird. Ich sehe auch nicht ein, inwiefern die Auffassung der Regierung reaktionär sein soll. Sie bedeutet nichts anderes, als gewissen Mißbräuchen abzuwehren. Das kann ich nur eine gesunde Reaktion nennen. (Zustimmung rechts.) Man kann den Staaten, welche sich bereits im Besitz dieser Mittel befinden, nur gratuliren, daß sie sich durch Hilfe einer weisen Landesvertretung im Besitze dieser Mittel befinden. (Heiterkeit.) Wenn man den Zweck will, muß man auch über die Bedenken sich hinwegsetzen, die etwa dagegen sprechen können. Ich habe keinenwegs bestritten, daß Mißbräuche möglich sind, solche Unschlichkeiten werden immer vorkommen, so lange wir nicht Engel sind. Wenn ein schrankenloses Versammlungsrecht besteht, dann müssen die Versammlungen von untergeordneten Polizeibeamten beaufsichtigt werden, denn wir können nicht überall hin höhere Polizeibeamte senden. Die Verantwortung ist keine leichte. Wenn Sie bedenken, welche Entwicklung die Sozialdemokratie gewonnen hat, welchen Einfluß sie hat auf die Kraulenlassen und Gewerkschaften, wie sie befreit ist, den Zusammenschluß der Eisenbahn-Arbeiter zu fördern, wenn Sie bedenken, welche Musterung sie gehalten hat bei den Ausständen, dann werden Sie es begreifen, wenn die Regierung auf ihrer Vorlage besteht. Die Bevölkerung wird die Ablehnung dieser Vorlage nicht verstehen (Lachen links. Sehr richtig! rechts), sie wird in späterer Zeit sicherlich Abrechnung halten. (Lachen links.) Je länger man zögert, desto scharfer müssen die Mittel sein, die man nachher bewilligt. (Sehr richtig! rechts.)

Der Antrag der konservativen Partei deckt sich so wesentlich mit der Vorlage, daß ich dagegen keinen Widerspruch erhebe. Hinsichtlich des Antrags der freikonservativen Partei hat eine Beschlußfassung der Regierung noch nicht stattgefunden. Es läßt sich nicht verlernen, der Antrag sucht die Lösung der Frage auf einem anderen Wege, er giebt der Regierung mehr Nachmitteln als der Kommissionsantrag; er richtet sich gegen die Bestrebungen, gegen welche sich die Regierungsvorlage besonders wendet. Ich muß aber vorläufig bitten, für die Regierungsvorlage einzutreten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Zedlitz (l.): Wir haben uns im wesentlichen an die Fassung des Sozialistengesetzes angeschlossen, dessen 12jährige Praxis in der Rechtsprechung und Verwaltung vorliegt. Nicht bloß auf dem Boden geistigen Kampfes muß den Umsturzbestrebungen entgegengetreten werden, sondern auch mit den Nachmitteln des Staates. Wenn wir zu verschiedenen Ergebnissen dabei kommen, so ist der Standpunkt des Grafen Limburg, der lieber etwas nimmt, wo er alles nicht erhalten kann, praktischer als der des Herrn Schmieding, der der Regierung Vorwürfe macht, daß sie ihre Nachmitteln nicht ausreichend gebraucht habe, aber bei dieser Vorlage nicht mitmacht. (Zuruf des Abg. Krause: Unangenehme Mittel!) Ein preussisches Sozialistengesetz, während in anderen Staaten nichts ähnliches besteht, soll nicht wirksam sein. Die Gesetzgebung der anderen Staaten enthalten auf dem Gebiete des gemeinen Rechts die genügenden Nachmitteln, die hier erst geschaffen werden sollen. Im Reiche ist an eine Gesetzgebung gegen die Sozialdemokraten nicht zu denken, da müssen wir uns mit einer preussischen Gesetzgebung begnügen. Das Verhalten der Nationalliberalen ist keine richtige Realpolitik. Das Zentrum bekämpft sich als Gegner der Sozialdemokratie; aber deshalb sollte es der Regierung die Nachmitteln nicht verweigern, die nach unserem Antrag nicht gegen das Zentrum verwendet werden können. (Widerspruch im Zentrum.) Ist denn das Sozialistengesetz jemals gegen das Zentrum

angewendet worden? Die Mißstände datieren von dem Augenblicke an, wo die Verlängerung des Sozialistengesetzes abgelehnt und damit das Odium von der Sozialdemokratie genommen wurde. (Sehr richtig! rechts.) Es soll nicht ein morsches Brett über den Brunnen gedeckt, sondern eine weithin sichtbare Warnungstafel aufgerichtet werden für die treuen deutschen Bürger, daß sie nicht in den sozialdemokratischen Sumpf fallen. (Zustimmung rechts.) Auf dem Gebiet des Vereinswesens ist die Anwendung der Wuchsmittel vielleicht noch notwendiger als auf dem Gebiete der Versammlungen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Herren Polen für den Antrag zu Art. III stimmen werden, weil sie damit am besten beweisen können, daß sie allen Bestrebungen auf Abtrennung eines Theiles des Staatsgebietes entgegenzutreten gewillt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Mottly (Pole) erklärt sich gegen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und gegen alle Anträge. Einen so trüben Horizont, wie ihn Graf Limburg-Stürum zu sehen scheint, könne er nicht erdulden. Die Mittheilungen des Ministers über die in einzelnen Versammlungen gehaltenen Reden beweisen nichts. Um alle solche Reden zu unterdrücken, müßte man Tausende von Gesetzen machen. Medner wendet sich gegen die freikonservativen Anträge.

Abg. v. Kardorff (H.): Der Abg. Porsch hat die Behauptung aufgestellt, das Sozialistengesetz hätte zur Einschränkung der Sozialdemokratie nicht geholfen. (Sehr richtig! links.) Das ist statistisch unrichtig. Ich habe die Zahlen im Reichstage gegeben. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ging zurück nach Erlass des Sozialistengesetzes. Während der Dauer des Gesetzes verstärkte sich die Sozialdemokratie, weil das Gesetz den verheerenden Ausweitungssparagrafen enthielt und weil es nicht dauernd war. Aber die Steigerung der Stimmen war eine geringe; sie wurde erst beträchtlich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, die ich noch heute bedauere und die auf einem Mißverständnis des Reichstages beruht. (Sehr richtig! rechts.) Man darf sich nicht wundern, wenn bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokraten 2 1/2 Millionen Stimmen erreichen werden. Das Sozialistengesetz wurde vom Fürsten Bismarck in milder Form vorgelegt und von den Nationalliberalen abgelehnt. Es wurde nachher in viel schärferer Form angenommen von den Nationalliberalen und auch von einem Theil des Zentrums.

Die katholische Kirche führt einen harten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Aber in Belgien wächst die Sozialdemokratie trotzdem bedenklich. Nicht bloß von der evangelischen Kirche geschieht etwas gegen die Sozialdemokratie, sondern auch von der Landwirtschaft, seitdem sie erkannt hat, daß sie die Handelsverträge hauptsächlich den Sozialdemokraten verdankt. Wie kann man mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie kämpfen, die selbst nur durch Verheerung und Terrorismus zu wirken sucht! Ebenso gut könnte man auch jedes Verbrechen, den Diebstahl, den Mord u. s. w. nur mit geistigen Waffen bekämpfen.

Das Sinken des monarchischen Bewußtseins ist bedauerlich; das hängt zusammen mit dem Rückgang der Landwirtschaft. Gegenwärtig ist die Monarchie noch stark genug. Aber wie lange wird das dauern, wenn die sozialdemokratische Verheerung so weiter geht? Dann wird es nicht mehr heißen: Nicht Ros und Reife schützen die steile Höhe! Wenn die Nationalliberalen die Bestimmung über die Minderjährigen annehmen, dann können Sie auch einen Schritt weiter gehen. Die Nationalliberalen berufen sich immer auf den Fürsten Bismarck, aber wenn es darauf ankommt, dann lassen sie ihn in Stich. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Fürst Bismarck hat gemeint, die Sozialdemokraten händen mit ihren Bestrebungen außerhalb des Gesetzes und deshalb könnten sie auf den Schutze des Gesetzes nicht rechnen. Ich weiß, daß dieses Programm im Reichstage nicht durchgeführt werden kann; aber wir werden daran festhalten und bis im Reichstage etwas erreicht werden kann, muß das Mindestmaß dessen bewilligt werden, was hier verlangt wird. (Zustimmung rechts.)

Abg. Sattler (natl.): Fürst Bismarck hat selber erst kürzlich anerkannt, daß er bei den Nationalliberalen treue Mitarbeiter gefunden habe. Warum hat sich Herr v. Kardorff hier auf die Krone berufen? Das dient den Interessen der Krone nicht. Wir haben es niemals für richtig gehalten, in das Land hinauszurufen, daß das monarchische Gefühl im Schwinden begriffen ist. Damit wollte er wohl nur nach einer anderen Richtung hin wirken. Aus der Geschichte des Sozialistengesetzes hätte Herr v. Kardorff die Erfahrung schöpfen können, daß man weiter kommt, wenn man feste Griffe nimmt, als wenn man dehnbare, lautschalartige Vorschriften erläßt. Graf Limburg und der Minister haben von der Verantwortung gesprochen, die uns zufallen würde, und von der Abrechnung, die uns droht. Ich bin erstaunt gewesen, auf welchen kolossalen Widerspruch die Vorlage stieß. (Hört! links.) Die Gefahr der Verantwortung und Abrechnung scheuen wir nicht. Es soll jetzt der letzte Moment sein, wo noch geholfen werden kann. Da müßte doch eine akute Gefahr vorhanden sein, die plötzlich hervorgetreten sein muß, denn sonst wäre die Vorlage doch früher gekommen. Das Material, welches der Minister vordrachte (Heiterkeit), war für mich von keiner erschütternden Bedeutung. Zur Bekämpfung des Welsentums würde die Regierung am meisten beitragen nicht durch strafgerichtliche Einschreiten, sondern dadurch, wenn sie bei der Auswahl ihrer Beamten vorsichtiger wäre; wenn sie nicht Leute nach Hannover schickte, die mit bürokratischer Dreieiberschneidigkeit auftreten, die es für ihre Aufgabe

halten, Streitigkeiten in die Kreise hineinzutragen, die fest auf dem Boden des preussischen Staates stehen. (Sehr richtig! links.)

Die Nationalliberalen haben noch 1890 für das Sozialistengesetz gestimmt, und zwar für ein dauerndes, während die Konservativen dagegen stimmten. Ich kann nicht anerkennen, daß wir bloß die Kosten aus dem Kuchen genommen haben. Der Antrag Jedlich schlägt untaugliche Mittel vor, weil sie nicht für ganz Deutschland gelten. In Hamburg und Sachsen sind allerdings solche Bestimmungen vorhanden, aber wo ist der Nutzen dieser Bestimmungen? Die sozialdemokratische Agitation ist nur aus den Vereinen und Versammlungen verdrängt, aber nicht geschwächt worden. Es besteht ein Widerspruch zwischen der Vorlage und den Jedlich'schen Anträgen; die letzteren bilden ein Spezial-Ausnahmegesetz, während die Vorlage allgemein gehalten war. Für die Ausnahmegesetzgebung muß die Staatsregierung in erster Linie die Verantwortung selbst übernehmen. Deshalb werden meine Freunde sich lediglich an die Beschlüsse der Kommission halten in dem Bewußtsein, daß wir die Grundlage des Staates schützen, aber dabei darf nicht der Schaden größer sein als der Nutzen. (Beifall links.)

Abg. Nicker (fr. Vg.) verzichtet auf das Wort.
Abg. Lieber (Z.): Die Ausführungen des Ministers aus anarchistischen Versammlungen haben auch auf mich keinen erschütternden Eindruck gemacht; sie waren das reine Pavendelwasser gegenüber dem, was der frühere Minister v. Köller bei der Umsturzvorlage vorgebracht hat. Der Minister hat davon gesprochen, daß im Hause Leute seien, welche sich nicht überzeugen lassen wollen. Das macht keinen Eindruck. Wenn der frühere Minister mit seiner Vertretung der Umsturzvorlage keine Anerkennung gefunden hat bei einem Manne, der jetzt vor Gericht steht, so wird der Minister von der Rede für diese Vorlage auch keine „tauschische“ Anerkennung finden. (Beifall links und im Zentrum. Widerspruch rechts.)

Nach Schluß der Debatte folgen persönliche Bemerkungen.
Darauf wird der Antrag des Grafen Limburg gegen die Stimmen der Konservativen und der Abgg. von Eckardtstein, Reich und von Leher, Thop abgelehnt; ebenso die Regierungsvorlage. Ueber den Antrag v. Jedlich wird namentlich abgestimmt. Bei Anwesenheit von 399 Mitgliedern (da 2 Mandate erledigt sind, fehlen von dem vollen Bestande des Hauses also nur 32 Mitglieder) wird der Antrag v. Jedlich mit 206 gegen 193 Stimmen unter großem Beifall der Linken und des Zentrums abgelehnt. Für den Antrag stimmt mit den beiden konservativen Gruppen der nationalliberale Abg. Wuef.

Artikel I und III der Regierungsvorlage bleiben also gestrichen. Nach Artikel II der Beschlüsse der Kommission sollen an den Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden „sollen“, Minderjährige nicht teilnehmen dürfen. Das Wort „sollen“ ist von der Kommission eingefügt worden.

Abg. Porsch (Z.): Das Zentrum wird gegen den Artikel stimmen, weil der Begriff der politischen Angelegenheiten sich nicht streng umgrenzen läßt. Auch wirtschaftliche Fragen, wie Lohnverhältnisse, Arbeitszeit u. s. w. sind schließlich öffentliche Angelegenheiten. Ueber diese Fragen können aber auch die Minderjährigen sprechen. Das geschieht auch in christlichen Lehrlings- und Gesellenvereinen, in denen man auf Angriffe der Sozialdemokraten eingehen muß.

Abg. Hansen (L.) tritt für den Artikel II ein.

Obg. Oberregierungsrat v. Philippborn verteidigt die Vorlage.

Abg. Nicker: Nach den Kommissionsverhandlungen bezeichnete der Minister auch gewerkschaftliche Versammlungen als solche, die politisch sein könnten. Das steht aber in Widerspruch mit dem § 152 der Gewerbe-Ordnung. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Absicht des Ministers undurchführbar ist. Soll das Koalitionsrecht der Arbeiter, der minderjährigen Arbeiter gefährdet werden durch die Polizeiwilkkär? Ich möchte auch an die Nationalliberalen die Frage richten, ob es sich lohnt, wegen dieser Frage der Minderjährigen überhaupt etwas von dem Gesetze zu stande kommen zu lassen.

Geheimrath v. Philippborn: Der Minister hat nicht alle gewerkschaftlichen Versammlungen als politisch bezeichnet; manchmal gestalten sie sich aber zu politischen Versammlungen aus. Was unter dem Koalitionsrecht der Arbeiter zu verstehen ist, spricht das Reichsgericht in zwei interessanten Erkenntnissen aus, von 1887 und 1892. Danach betrifft das Koalitionsrecht nur die konkreten Arbeitsvertrags-Verhältnisse; würden diese Grenzen überschritten, so würden die Vereine politische Vereine, auf welche alle Beschränkungen für politische Vereine zutreffen.

Abg. Krause (natl.): Die Bedenken des Herrn Nicker sind durch die Mittheilung des Regierungsvertreters erledigt (Widerspruch des Abg. Nicker). Wenn das nicht der Fall ist, dann richten sich die Bedenken gegen das Gesetz, nicht gegen die Handhabung desselben. Bei den katholischen Gesellenvereinen kann das Verbot der Minderjährigen schädlich sein; aber von vornherein sollten politische Dinge in diesen Vereinen doch nicht erörtert werden. Die große Zahl der Versammlungen kommt hierbei in Betracht, in denen die Minderjährigen geradezu einen Krebsbuben bilden. Insofern haben wir allerdings die Kosten mit in den Kuchen übernommen. Die Kommission hat das Wort „sollen“ eingefügt, weil von vornherein feststehen muß, ob politische Dinge in einer Versammlung erörtert werden sollen, damit die Minderjährigen von vornherein wissen, ob sie teilnehmen können oder nicht.

Geheimrath v. Philippborn erklärt, daß die Regierung ihren Widerspruch gegen die Einfügung des Wortes „sollen“ nicht aufgeben habe.

Abg. Munkel: Die Kosten sollen wir gar nicht haben; denn nach der vorübergehenden Abstimmung bezweifle ich, daß der Minister die Vorlage Gesetz werden lassen wird. Lassen wir die Vorlage fallen! Nehmen wir den Torso auch wirklich an, Gesetz wird er eben doch nicht. (Zuruf des Abg. Busch: Doch! — Heiterkeit.) Das Gesetz scheitert an dem Widerspruch der verbündeten Regierungen. (Große Heiterkeit.) Was gut an dem Gesetz ist, haben wir im Reichstage angenommen, und wenn die preussische Regierung das will, so setzt sie es bei den verbündeten Regierungen auch durch. Wenn wir jetzt etwas annehmen, bekommen wir das Gesetz nur abgeändert vom Herrenhause zurück und sehen dasselbe den schwankenden Abstimmungsverhältnissen aus. Das mächtige Herrenhaus ist uns ja im Reichstage als Schreckbild vorgeführt worden. (Heiterkeit.) Wenn wir Artikel I und III bekommen oder garnichts, dann ziehe ich das „Garnichts“ vor. Mit diesem Gesetze wird einem großen Kreise preussischer Staatsbürger das Versammlungsrecht geraubt. Werden die Schulkente, Gendarmen, Polizeilieutenants das Gesetz richtig anlegen? Ich bin manchmal bei den Ausführungen des Ministers zweifelhaft, ob sie ganz den Gesetzen entsprechen! Und die Minderjährigen sollen bei Anzeige einer Versammlung schon entscheiden, ob politische Dinge erörtert werden, und ob sie teilnehmen können oder nicht. Die Gefahr der Kollision mit dem Koalitionsrecht ist auch nicht ausgeschlossen, trotz der Reichsgerichts-Erkenntnisse. Besonders die Frauen werden davon betroffen. Jede öffentliche Angelegenheit kann in das politische Gebiet hineinspielen. Den Sozialdemokraten wird dadurch das Wasser nicht abgegraben, aber alle anderen politischen Parteien würden schwer geschädigt. Ich bitte heute die ganze Vorlage zu beseitigen.

Abg. Bremer (L.): Der Vordränger hat die Nationalliberalen ermahnt, den Torso nicht anzunehmen. Ich habe mir nicht den Kopf der Nationalliberalen zu zerbrechen. Wir wollen das Verbindungsverbot nicht ohne Aequivalente aufheben. Wir haben diese Aequivalente in der Vorlage und schließlich im Antrag Jedlich gefunden. Da beide abgelehnt sind, so werden wir für den Artikel II stimmen. Wie wir zuletzt in dritter Lesung stimmen werden, weiß ich noch nicht.

Das Wort „sollen“ wird gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theils der Freikonservativen aufrecht erhalten; Artikel II wird in der Fassung der Kommission gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen angenommen.

Um 4 1/2 Uhr wird ein Vertagungsantrag abgelehnt gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen.

Artikel IV hebt das Verbindungsverbot auf und bestimmt, daß Minderjährige politischen Vereinen nicht beitreten und Versammlungen derselben nicht anwohnen dürfen.

Abg. Krause (natl.) beantragt, daß Minderjährige und weibliche Personen an politischen Versammlungen dieser Vereine nicht teilnehmen dürfen, aber an anderen Versammlungen.

Abg. Nicker will die Theilnahme von weiblichen Personen an Versammlungen zulassen.

Geheimrath v. Philippborn glaubt, daß durch den Antrag Krause der Anhang des Gesetzes Thür und Thor geöffnet würde.

Abg. v. Jedlich beantragt mit Rücksicht auf die vorliegenden wichtigen Anträge wiederum die Vertagung der Sitzung.

Abg. Wachen (Z.) beantragt die Abhaltung einer Abend Sitzung. Nicht die Rücksicht auf die Reichstagsmitglieder, welche den Ausflug nach Hamburg machen wollen, bestimme ihn dazu, sondern die Höflichkeit gegenüber den Hamburger Herren, welche die Einladung haben ergeben lassen.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen.

Der Antrag Nicker wird abgelehnt, der Antrag Krause und mit diesem der Art. IV werden angenommen.

Zu Art. V haben die Konservativen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt betreffend die Auflösung von Versammlungen, in denen Minderjährige anwesend sind; diese Bestimmung war von der Kommission gestrichen worden. Es blieb nur aufrecht erhalten die Strafbestimmung für die Minderjährigen, welche an politischen Versammlungen teilnehmen.

Abg. v. Jedlich will dafür Bestimmungen aufgenommen wissen, wonach der Vorsitzende die Strafbestimmung zum Verlassen einer politischen Versammlung auffordern muß, und erst wenn dieser Aufforderung von den Minderjährigen nicht nachgegeben wird, soll die Auflösung erfolgen können.

Geheimrath v. Philippborn hält die Regierungsvorlage für das zweckmäßigste. Sollte das Haus aber darauf nicht eingehen, so bittet er, den Antrag anzunehmen.

Abg. Krause (natl.): Wir billigen die Tendenz des Antrages, soweit er die Entfernung von Minderjährigen aus politischen Versammlungen betrifft, aber nicht, soweit er eine Auflösungsbesugniß giebt. Unsere Abstimmung wird aber nur eine vorläufige sein.

Abg. Hansen (L.): Ohne die Möglichkeit der Auflösung ist die ganze Bestimmung nichts werth.

Geheimrath v. Philippborn: Bei einiger Energie des Vorsitzenden wird es niemals zu einem Mißbrauch der Auflösungsbesugniß kommen.

Der Antrag v. Jedlich wird in der vom Abg. Krause angebotenen Beschränkung angenommen und mit ihm Artikel V. Damit ist die zweite Verathung der Vorlage erledigt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Handelskammer-Gesetz.)

! Trinkt keinen Fusel!
sondern dopp. reifl. Kornbranntwein
von **Carl Sass, Stralsund.**
Borrätig unter diesen anderen bei:
H. Sams, Markgrafenstr. 102.
F. Zubeil, Lindenstr. 106.
C. Kunstmann, Stalitzerstr. 107.
H. Grünber, Stubenstr. 15.
A. Berndt, Wollenmarkt 7.
M. Uhle, Kreuzbergstr. 60.
F. Kitzing, Belle-Alliancestr. 74 a.
W. Lorenz, Soltstr. 48.
G. Robinsky, Südpotstr. 63.

Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.
(früher Kämpel), Köpnicke Landstrasse. Im großen Saale: **Tanz, Ponny- und Esel-Reiten.**
II Sesselbahnen. — Kaffeehölzer (à Liter 70 Pf.)

Schulz' Festsäle, vorm. Paster
Neue König-Strasse 7.
Jeden Donnerstag: 15889*
Damen-Kränzchen.
Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
Bereitszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Geschäftl.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26,
achten alten Rordhäuser Viter Nr. 1. — 1/2 u. 3/4 u. 5/8.
extra alte Waare „ 1,40 „ „ 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.
Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Jeden Sonntag: Frei-Konzert.
Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeehölzer.

Haferland's Restaurant,
Ober-Schönweide,
empfehlst seinen Saal, Garten, Regelt-
bahn, Kaffeehölzer. Solide Preise.
Prima Rükensfett,
à Pfd. 50 Pf., bei 5 Pfd. 45 Pf.,
Cahler, ohne Knochen, à Pfd. 75 Pf.
C. Schubert, Pringestr. 25.

Verwaltung der Kochanstalt
Stadt, Schlachthof
Täglich (Sonntags vorn. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Schodtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund. (16309*)

Am Sonntage vor Pfingsten
bleiben unsere Warenhäuser, wie an jedem Sonn- und Festtage,
gänzlich geschlossen.
Warenhaus A. Wertheim

Preisliste von Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

168 Oranienstr. 168.

Potsdam:

Brandenburgerstr. 23.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

A. Anzüge.

Jaquet-Anzug v. melirt. u. kariert. Buckskin, schöne Muster	17,50
Jaquet-Anzug von melirtem gewirnten Buckskin, schöne Muster, sehr haltbar	20,-
Jaquet-Anzug von dunkelblau oder schwarz Cheviot, ein- oder zweireihig	20,-
Jaquet-Anzug von feinem Cheviot, kariert und melirt	25,-
Jaquet-Anzug von dunklem Velour, schöne Muster, sehr haltbar und schwer	36, 37 und 38,-
Jaquet-Anzug v. blauem Cheviot, eleg. Anzug, 1- od. 2-reihig	30,-
Jaquet- oder Rock-Anzug von Kammgarn, haltb. u. eleg.	36,-
Jaquet- oder Rock-Anzug v. gemust. Kammg., eleg. Anzug	36,-
Jaquet- oder Rock-Anzug v. einf. Kammg., fein. Salonanz.	36,-
Jaquet-Anzug v. feinst. Cheviot, blau, schwarz od. braun	42,-
Jaquet-Anzug von prima Cheviot, blau, schwarz od. braun	42,-
Jaquet-Anzug von prima melirtem Cheviot, grösste Neuheit, hochelegant und sehr haltbar	45,-
Jaquet- oder Rock-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit	42,-
Jaquet-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein	45,-
Gehrock-Anzüge in Kammgarn oder Tuch, sehr elegant,	36, 40, 45 bis 54,-

B. Paletots.

Paletot v. melirtem Cheviot	15,-
Paletot v. dunkl. Chev. l. grau, braun u. schw. melirt. Farben	18,-
Paletot von glattem Satin, sehr elegant	24 u. 20,-
Paletot v. Chev. in hochf. neuen Farben mit feinstem Futter	25,-
Paletot v. ff. Kammg., Cheviot, Satin etc., sehr eleg.	33 u. 30,-
Havelocks u. Mäntel v. echt bayer. Lodenst.	36, 30, 20 bis 9,-

C. Hosen.

Hose von gewirntem Buckskin in melirten Mustern	3,10
Hose von gewirntem Buckskin, schöne Melangen	4,50
Hose v. Zwirnbuckskin, schöne gestr. Must. in haltbar. Stoffen	5,50
Hose v. Forster Zwirn-Cheviot, elegante, haltbare Stoffe	7,50
Hose von Velour, in kräftiger, gestreift. Waare, hell u. dunkel	6,50
Hose von Velour, in sehr kräft. Waare, gestr. od. gemustert	8,-
Hose von schwarzem Satin	15,-, 12,-, 10,- und 8,50
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster	9,50
Hose von Velour, prima	12,-
Hose von Aachener Kammgarn, sehr elegant	12,- und 10,-
Hose von prima Kammgarn, hochfein	20,- bis 15,-
Hose v. Kottbuser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest	8,50
Hose von Kottbuser Cheviot	14,- und 12,-

D. Knaben-Anzüge.

In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr grosse Auswahl der neuesten Stoffe u. Façons u. empfehle dieselben schon von 4 Mark an.

E. Jünglings-Anzüge

Jaquet-Anzug in Diagonal-Cheviot	12,-
Jaquet-Anzug in Diagonal-Kammgarn	15,- bis 18,-
Jaquet-Anzug in Satin, kräftiger Anzug	18,- bis 24,-
Jaquet-Anzug in Satin oder Rips-Kammgarn	20,- bis 24,-
Jaquet-Anzug in prima Diagonal oder Kammgarn	27,- bis 33,-
Jaquet-Anzug in Zwirnbuckskin, sehr haltbar	15,- bis 20,-
Jaquet-Anzug in blau oder braun Cheviot	18,- bis 27,-

F. Radfahrer-Anzüge.

Jaquet-Anzug in Trikot	30,-, 25,- und 15,-
Jaquet-Anzug in Loden	36,-, 30,-, 25,-, 20,- und 15,-
Jaquet-Anzug in Cheviot	36,-, 30,-, 27,-, 25,-, 22,50 und 15,-

Die Radfahrer-Anzüge sind zum grössten Theil so eingerichtet, dass die Hosen lang und kurz getragen werden können.

G. Joppen.

Joppe von Loden ohne Futter	5,-
Joppe von Loden ohne Futter	7,50
Joppe von Loden mit Futter	9,50
Joppe von Loden mit Futter	10,50
Joppe von Kameelhaar-Loden ohne Futter	8,50
Joppe von Kameelhaar-Loden	12 bis 20,-

Sämmtliche Joppenstoffe sind wasserdicht imprägnirt.

Die festen Preise sind an jedem Gegenstande deutlich angegeben, ein Handeln findet nicht statt.

Nach Auswärts sende Muster und Maassanleitung franko zu und garantire für tadellosen Sitz, worüber viel unverlangte Anerkennungen vorliegen.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Rouloir 15889, Garni-Strasse 4/5, Kasanien-Allee 101. Sonntags geöffnet.

Stroh-, Filz- und Seiden-Hüte bedeutend billiger wie überall in G. Klettman's Fabriklager, Mariannenstr. 33 pt. Kein Laden.

Hüte-Ansverkauf

Engros-Geschäft Gabriel Gräner Weg 112. pt. Herrenhüte, weich und steif von 1,50-2,50. Ganzfilz von 5 M. an. Knabenhüte von 50 Pf. an. Herrenmägen, große Auswahl. Eleg. Cylinder von 5-15 Mark.

Hüte

für Herren, nur gute, dauerhafte Waare in allen Farben, weich u. gefeilt 2,60, echte Lodenhüte 2 M., Rinderhüte 1,60.

J. Streblow, Brückenstr. 15 a. [15619]

Herren-Hüte,

neueste Façons, steif 1,50 M., weich 1,50 M. gibt ab Fabrik. 1729L. Gränerweg 27. I. Et.

Möbel

verliehen geweihte und neue, stannend billig, Theilsablung gestattet. Besuchen ohne Anschaffung. 17919. Neue Königstr. 59.

Niemand sollie verjäumen

bei Bedarf Brunnenstr. 110 (neben dem Pferdebad-Depot) von Jgnatz Sello zu beziehen: Bräuh. Maltrank, 1/2 Liter 50 Pf.; alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., hochfeinen Stonsdorfer inf. Orig.-Bl. (1/2 Liter) 4 80 Pf., Halb und Halb, feinste Bittermischung, per 1/2 Champagner-Flasche inf. 90 Pf., Ingwer-, Pfeffermünz- u. ff. Liköre 1/2 Liter inf. 1.10 M., 1/2 Liter inf. 55 Pf., Himbeer- und Kirschsaft, rein und bid eingedocht, per Liter 1.10 M., süßen Ungarwein, Orig.-Bl. (1/2 Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. Weine, Cognac, Rum etc. Spirituosen im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf No. 110, Brunnenstr. No. 110 zu achten. [17159]

Betten Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Reifelosser, Regulatoren, Remontordröhren, Wäcker, Wolbpaaren sportbillig Pfandleiche, Reanderstr. 6.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. Compl. Wohnungs-Einrichtungen. Tischlermeister, [15878]. Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.



Parteigenossen! Hüte nur mit Kontrollmarke Schirme, Stöcke, Kravatten Otto Gerholdt, Trebbenerstr. 9, Ecke Stallgerstraße.

Brunhilde! Roland Cheviot! Unverwüsthliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11 Weberel und Versand-Geschäft. Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Fortiären steht auf Wunsch franko zur Verfügung. Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die Vorzüglichkeit unserer Stoffe.



Arnold & Eggert, Hut-Engros-lager, Waldemarstr. 44, part. rechts im Komptoir. Kein Laden. Nur moderne Waaren in grosser Auswahl.

Anzüge nach Maass 25-30 M. Herm. Graf, Schneidernstr., Alexanderstr. 30 (Laden). Getragene Stiefel sind billig zu haben. Charlottenburg, Sprestr. 24.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a, 11 Brückenstrasse 11, Ecke Rungestrasse, nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke, schrägüber dem Ostend-Theater. 16 Gr. Frankfurterstr. 16,

Zum Feste! Zur Reise! Zum Radeln!

Festtags-Anzüge	<p>Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.</p> <p>Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.</p> <p>Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.</p> <p>Eigene Fabrikation in grossem Massstabe.</p>
Smoking-Anzüge	
Rock-Anzüge	
Gehrock-Anzüge	
Festtags-Hosen	
Sommer-Paletots	
Sommer-Havelocks	
Sommer-Joppen	
Loden-Joppen	
Radfahrer-Anzüge	
Radfahrer-Hosen	
Sweater, Strümpfe, Mützen	
Knaben-Anzüge	
Jünglings-Anzüge	
Berufs-Kleidung für alle Gewerke	

Die 9. reich illustrierte Preisliste 1897 wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Monopol-Cheviot!!

Unsere bekannte Specialität solid u. modern bewiesen durch zahllose Empfehlungen, liefern wir in schwarz, blau oder braun 3 1/2 Meter zum Anzuge für 10 Mark. — Extra prima, 140 Centimeter breit, 3 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Wolle, echte Farbe. Muster hiervon und allen anderen Herrenstoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang. Wilkes & Cie. Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Das grösste Brot

schmackhaft u. kräftig — ca. 6 1/2 Pfd. 50 Pf. — der Brotfabrik von H. Bobel jr., Müllerstr. 10-11

ist in folgenden Verkaufsstellen zu haben: 17839 Müllerstr. 173, Bahstr. 10a, Hiedomstr. 23, Deumlerstr. 11, Wollinerstr. (Ecke Fürstenerstr.), Kasanien-Allee 83, Dausgerstr. 15, Elssasserstr. 9, Vinkenstr. 23, Emdenerstr. 3.

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen,

Rödenider Landstrasse, (4. Hof) hinter der Herr. Bindungsbohne, Restaurant mit grossem Garten (ca. 2000 Berl.), ff. Saal für Vereine (100 Berl.), 2 neue verdeckte Regelbahnen. Kaffeeküche. Jeden Sonntag: Frei-Konzert. 16869

Gastwirthschaft von G. Lindenhayn

Friedrichstrasse 2. [17082] Zimmer von 25-30 Personen. Saal bis 80 Personen mit Piano. — Garten u. Regelbahnen. Arbeiter-Verkehrszokal.

Wirthshaus Schmargendorf,

Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeeküche (3 Liter 60 Pf.). Vereinen und Gesellschaften ungelegentlich empfohlen. — Verzähl. Speisen und Getränke zu billigen Preisen. Vahenhofer Bier. Glas 10 Pf. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Karl Baier.

Bichelswerder, Der Alte Freund.

Für Landpartien und Ausflüge empfehle mein Lokal. Brückenstrasse 11 wird vergütet. Auch Dampferanlege stelle. Es ladet ein. [15842]